

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

64. Sitzung

Hannover, den 13. Dezember 2000

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

a) Zustimmung gemäß Artikel 29 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung - b) Vereidigung gemäß Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung 6119

Zur Geschäftsordnung:

Frau Pothmer (GRÜNE) 6119
Möhrmann (SPD) 6120, 6121
Schünemann (CDU) 6120

Frau Pothmer (GRÜNE) 6121, 6128
Plaue (SPD) 6122, 6129
Schünemann (CDU) 6123
Gabriel, Ministerpräsident 6124, 6128
Wulff (Osnabrück) (CDU) 6126, 6127
Gansäuer (CDU) 6130
Frau Harms (GRÜNE) 6131
Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales 6132
Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 6132
Dr. Pfeiffer, Justizminister 6132

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde 6132

a) Existenzgefährdung niedersächsischer Werften: Rot/Grün versagt bei Schiffsbaubeihilfen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2085 6133
Dr. Biester (CDU) 6133
Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 6134
Frau Steiner (GRÜNE) 6135
Ontijd (CDU) 6136

Adam (SPD) 6138

b) Der Wahnsinn hat Methode: Wer SPD-Landwirtschaftspolitik sät, wird Agrarfabriken ernten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2086 6139
Frau Harms (GRÜNE) 6139
Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 6140, 6147
Ehlen (CDU) 6143
Beckmann (SPD) 6145
Klein (GRÜNE) 6145

c) BSE-Krise in Europa - Vertrauen in die niedersächsische Ernährungs- und Landwirtschaft zurückgewinnen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/2087 6148
Beckmann (SPD) 6148
Schwarzenholz (fraktionslos) 6149
Frau Harms (GRÜNE) 6150

Tagesordnungspunkt 3:

28. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/2056 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2093 6151
Frau Steiner (GRÜNE) 6151
Beschluss 6152

Tagesordnungspunkt 4:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungs-gesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1941 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen - Drs. 14/20756152
Zachow (CDU), Berichterstatterin.....6152
Beschluss.....6153
 (Direkt überwiesen am 11.10.2000)

Tagesordnungspunkt 5:

Einzig (abschließende) Beratung:

Verfassungsgerichtliches Verfahren Organstreitverfahren des Mitgliedes des Deutschen Bundestages Ronald Pofalla, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, Büro: Mauerstr. 29, Haus I, Berlin, gegen 1. den Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, Berlin, vertreten durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, 2. den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, Berlin, wegen Verletzung von Abgeordnetenrechten - Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 07.11.2000 - 2 BvE 2/00 - - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/2041.....6153
Beschluss.....6153

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001 - HG 2001 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1740 - Ergänzungsvorlage - Drs. 14/1906 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2083 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2084 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/2060 bis 14/2074 **b) 27. Übersicht über Beschlussempfehlungen der Ständigen Ausschüsse zu Eingaben** - Drs. 14/20556154

und

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2001 - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1830 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/2033 - Zweite Beratung - a) Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Haushaltsgesetz 2001 - b) Berichterstattung zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2001 - c) allgemeinpolitische Debatte (über Regierungs- und Haushaltspolitik).....6154

Zur Geschäftsordnung:

Möllring (CDU).....6154
Möhrmann (SPD)6155

Wiesensee (CDU), Berichterstatter.....6155
Wulff (Osnabrück) (CDU).....6160, 6163
Plaue (SPD)6170, 6173
Golibrzuch (GRÜNE).....6180
Möllring (CDU).....6185, 6197, 6198
Schwarzenholz (fraktionslos).....6188
Aller, Finanzminister6190

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ministergesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1660 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/20786198

und

Tagesordnungspunkt 9:

Zweite Beratung:

Erste Konsequenzen aus den ernsthaften Fehlern in der Amtsführung des früheren Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski - Änderung des Niedersächsischen Ministergesetzes - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1395 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/20796198
Schlüterbusch (SPD), Berichterstatter.....6198
Ontijd (CDU), Berichterstatter.....6200
Schröder (GRÜNE).....6200
Beschluss.....6202
 (zu TOP 8: Erste Beratung: 52. Sitzung am 20.06.2000)
 (zu TOP 9: Erste Beratung: 44. Sitzung am 16.02.2000)

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes -

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 14/1394 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs.

14/2080 6202

Schuster-Barkau (SPD), Berichterstatterin 6203

Dr. Biester (CDU) 6204

Schröder (GRÜNE) 6205

Frau Bockmann (SPD) 6206

Beschluss 6207

(Erste Beratung: 44. Sitzung am 16.02.2000)

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, der

Niedersächsischen Landkreisordnung und des Niedersächsischen Meldegesetzes - Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD - Drs. 14/2090 6207

Collmann (SPD) 6207

Eveslage (CDU) 6209

Klein (GRÜNE) 6211

Ausschussüberweisung 6212

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)	Staatssekretär Schneider, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	Staatssekretär Lichtenberg, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Dr. Trauernicht (SPD)	Staatssekretärin Witte, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium
Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Knorre	Staatssekretärin Dr. Grote, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	
Justizminister Dr. Pfeiffer (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltminister Jüttner (SPD)	
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff	

Beginn: 10.33 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 64. Sitzung im 27. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Geburtstag hat heute die Abgeordnete Frau Bührmann.

(Beifall)

Der Beifall gilt als Glückwunsch.

Zur Tagesordnung: Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor. Es liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die Freitag früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Mittelpunkt unseres Tagungsabschnitts steht die Beratung des Haushalts für das Jahr 2001. Der Ablauf der Haushaltsberatungen weicht insofern vom Verfahren der vergangenen Jahre ab, als die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte dieses Mal in zwei Zeitblöcken zusammengefasst ist, die morgen Vormittag und morgen Nachmittag behandelt werden.

Der Bericht des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und die allgemeinpolitische Debatte, in der über die Regierungs- und Haushaltspolitik gesprochen werden soll, sind für heute vorgesehen.

Für alle Beratungsblöcke sind Redezeiten festgesetzt worden.

Abgeschlossen wird die Haushaltsberatung am Freitagvormittag mit den notwendigen Abstimmungen, die nach der vorgegebenen Haushaltsgliederung und weitgehend gebündelt durchgeführt werden sollen.

Ich gehe davon aus, dass das Haus mit diesem Ablauf und den vom Ältestenrat für die Haushaltsberatungen wie auch für die weiteren Punkte festgesetzten Redezeiten einverstanden ist. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so.

Wir haben insgesamt ein umfangreiches Programm zu erledigen. Ich appelliere deshalb an Sie, die

Debatte trotz aller unterschiedlichen Meinungen fair und diszipliniert zu führen.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.20 Uhr enden.

Ich möchte Sie nun noch auf eine Veranstaltung hinweisen. In der Portikushalle - Sie werden das gesehen haben - ist die vom Landkreis Emsland konzipierte Ausstellung "50 Jahre Emsland" zu sehen. Der Landkreis Emsland empfindet diese Ausstellung auch als Dankeschön gegenüber dem ständigen Engagement des Landes Niedersachsen für das Emsland. Ich empfehle diese Ausstellung Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag 12 Uhr - wird erinnert

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Hansen:

Es haben sich entschuldigt von der Fraktion der SPD Herr Endlein und Frau Saalman sowie von der Fraktion der CDU Herr Meier.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 1:

a) Zustimmung gemäß Artikel 29 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung - b) Vereidigung gemäß Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung

Zur Geschäftsordnung hat sich Frau Abgeordnete Pothmer gemeldet.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Abweichend von dem, was in der Tagesordnung ausgewiesen ist, beantrage ich für meine Fraktion zu Punkt 1 der Tagesordnung eine Debatte. Der Landtag ist, wie Sie wissen, nach § 29 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung aufgefordert, über die Berufung neuer Mitglieder der Landesregierung abzustimmen.

Nun haben wir gestern einer dpa-Meldung entnommen, dass die designierte Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales in einer Nacht- und Nebelaktion - so kann man das ja wohl nennen - zur Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium ernannt worden ist.

(Zurufe von der CDU)

Offensichtlich funktioniert das „System Gabriel“ nach eigenen Regeln. Wir sind nicht ganz sicher, ob diese Regeln für Niedersachsen gut sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Deswegen glauben wir, dass das Parlament und auch die Fraktionen umfänglich über die Hintergründe dieser Aktion informiert werden müssen. Denn letztlich geht es auch um Versorgungsansprüche, die auf Niedersachsen zukommen können. Wir glauben, dass wir hierzu dringend eine Debatte brauchen, und schlagen zugleich vor, die Vereidigung der Ministerinnen und Minister auf morgen zu verschieben,

(Beifall bei der CDU)

damit es die Möglichkeit gibt, mit dem Parlament und den Fraktionen zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Abgeordneter Möhrmann zur Geschäftsordnung!

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So ist das, wenn die Opposition keine Themen mehr hat. Dann gibt es solche Debatten.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben gegen eine Aussprache zu diesem Punkt nichts einzuwenden. Wir sind bereit, darüber zu diskutieren, gibt uns das doch Gelegenheit, einmal zu prüfen, wie bei anderen Gelegenheiten die Parteien, die in diesem Haus die Opposition stellen, sich in gleich gelagerten Fällen verhalten haben. Das wird eine interessante Debatte werden. Wir sind allerdings nicht bereit, auf die Vereidigung heute zu verzichten.

Wir sollten für die Vereidigung den in der Tagesordnung vorgesehenen Ablauf beibehalten und danach die Aussprache führen, wie das nach der Geschäftsordnung möglich ist.

(Beifall bei der SPD – Fischer [CDU]:
Das ist unglaublich!)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Abgeordnete Schünemann!

Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich natürlich froh, dass Herr Möhrmann gesagt hat, dass wir darüber reden können. Aber, meine Damen und Herren, es ist doch ein Aberwitz, wenn zunächst die Vereidigung erfolgen soll und wir der Berufung zustimmen sollen, über diesen Fall aber zuvor nicht reden können. Dies macht überhaupt keinen Sinn, zeigt aber, dass Sie in der SPD-Fraktion unsicher sind. Das ist unglaublich!

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass man auch darüber sprechen muss, wie eigentlich die Kabinettsumbildung zustande gekommen ist. Wir werden natürlich auch beantragen, darüber zu sprechen. Nach unserer Verfassung ist es ganz eindeutig, dass dann, wenn Kabinettsmitglieder entlassen werden, das Parlament dem zustimmen muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal die dpa-Meldung vom gestrigen Tage zitieren:

"Herr Gabriel dankte den dreien für ihre langjähriger Arbeit. Er räumte ein, dass eine Personalentscheidung, wie die von ihm getroffene, auch ein Stück Bitternis bedeutet."

Meine Damen und Herren, von einem freiwilligen Rücktritt kann also überhaupt keine Rede sein. Das war ganz klar eine Entlassung, und insofern muss das Parlament beteiligt werden.

(Beifall bei der CDU)

Zusammengefasst: Wir müssen diese Debatte führen. Wenn, dann macht sie wirklich nur Sinn, wenn wir diese Debatte vor der Vereidigung füh-

ren. Sie sollten sich noch einmal einen Ruck geben.

(Möhrmann [SPD] meldet sich zu Wort)

- Ich habe gesehen, dass Sie sich gemeldet haben, Herr Möhrmann. Sie werden diesem Begehren sicherlich stattgeben. - Vielen Dank im voraus.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Bitte sehr, Herr Möhrmann!

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu dem Wunsch von Frau Pothmer geäußert, die verlangt hatte, die Vereidigung auf morgen zu verschieben. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, dass wir heute Morgen zunächst die Debatte führen und danach die Vereidigung vornehmen. Ich kann Ihnen aber jetzt schon sagen: Es wird bei der Vereidigung bleiben!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit ist die Geschäftsordnungslage folgendermaßen einzuschätzen: Erstens. Es ist darum gebeten worden, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt 1 a - Zustimmung gemäß Artikel 29 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung - eine Aussprache führen. Dem hat niemand widersprochen. So verfahren wir.

Zweitens. Sie, Frau Pothmer, haben beantragt, dass der Punkt 1 b - Vereidigung - von heute auf morgen verschoben werden soll. Darüber müssen wir abstimmen. Wer für diesen Antrag von Frau Pothmer ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Das ist damit abgelehnt. Insofern bleibt der Punkt auf der Tagesordnung.

Ich darf Ihnen Folgendes mitteilen: Der Ministerpräsident hat davon Kenntnis gegeben, dass Frau Ministerin Heidrun Merk und Herr Minister Dr. Peter Fischer mit Schreiben vom 22. November 2000 und Herr Minister Dr. Wolf Weber mit Schreiben vom 28. November 2000 ihren Rücktritt erklärt und um ihre Entlassung aus

den Ministerämtern nachgesucht haben. Der Ministerpräsident hat diesem Ersuchen entsprochen.

(Lachen bei der CDU und bei den GRÜNEN - Möllring [CDU]: Das widerspricht aber der Äußerung von gestern! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bin weiterhin bei den Mitteilungen.

(Möllring [CDU]: Dabei können Sie ernst bleiben?)

Ich danke der ausgeschiedenen Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales, dem ausgeschiedenen Minister für Wirtschaft und Verkehr und dem ausgeschiedenen Justizminister an dieser Stelle für die dem Land Niedersachsen geleisteten Dienste.

(Starker Beifall bei der SPD und Zustimmung von Golibrzuch [GRÜNE])

Der Herr Ministerpräsident hat weiterhin mitgeteilt, dass er beabsichtigt, Frau Staatsrätin Dr. Gitta Trauernicht zur Ministerin zu berufen

(Lachen bei der CDU - Möllring [CDU]: Wo ist sie denn?)

und ihr die Leitung des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales zu übertragen, Frau Dipl.-Politologin Dr. Susanne Knorre zur Ministerin zu berufen und ihr die Leitung des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zu übertragen und Herrn Universitätsprofessor Dr. Christian Pfeiffer zum Minister zu berufen und ihm die Leitung des Justizministeriums zu übertragen.

Meine Damen und Herren, wir haben gerade vereinbart, eine Debatte zu führen. Wer möchte sich dazu melden? Frau Pothmer?

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Ja! - Beckmann [SPD]: Das gibt es doch nicht! Da muss man noch gezwungen werden, zum Rednerpult zu gehen, oder was?)

- Bitte sehr!

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aktion, die hier gestern zunächst einmal unter

Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden hat - -

Präsident Wernstedt:

Entschuldigen Sie bitte, Frau Kollegin. Ich muss ansagen, wie viel Zeit wir in Anspruch nehmen wollen. Ich gehe davon aus, dass zunächst einmal alle fünf Minuten reden und wir dann weiter sehen werden. Wir werden es nicht streng handhaben.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Ich fange noch einmal neu an. - Die Aktion, die gestern stattgefunden hat - zunächst einmal unter Ausschluss der Öffentlichkeit -, wirft ein weiteres bezeichnendes Licht auf diese Kabinettsumbildung; denn wieder hat es den Griff in die Trickkiste gegeben. Das hat bei dieser Kabinettsumbildung ja schon eine gewisse Tradition. Ganz offensichtlich hat auch Frau Trauernicht nicht unbedingt das Zutrauen, dass sie hier mindestens zwei Jahre oder vielleicht auch etwas über zwei Jahre

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

tatsächlich Mitglied im niedersächsischen Kabinett sein wird. Deswegen hat die Landesregierung wohl auch versucht, ihre versorgungsrechtlichen Ansprüche, die sie aus ihrem beamtenrechtlichen Verhältnis aus Hamburg mitbringt, in die Zeit, die sie in Niedersachsen tätig ist, hinein zu verlängern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dazu etwas sagen: Es kann ja sein, dass es im Beamtenrecht Regelungen gibt, die es teilweise erschweren oder verhindern, gute Leute in ein Kabinett zu kriegen. Wenn das der Fall ist, dann muss man diese Regelungen meines Erachtens hinterfragen und im Gesetzgebungsverfahren angehen. Meines Erachtens geht es aber nicht an, dass die Regelungen immer dann, wenn sie einem nicht passen, durch den Griff in die Trickkiste umgangen werden. Ich frage Sie: Was sollen sich denn die Bürgerinnen und Bürger dabei denken, die mit den Regelungen, die wir hier basteln und die der Bundesgesetzgeber bastelt, leben müssen und nicht die Möglichkeit haben, sie immer dann, wenn sie ihren Interessen zuwiderlaufen, zu umgehen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, noch einmal sehr deutlich zu machen, was der Hinter-

grund seiner Aktion ist. Ich habe - um das deutlich zu sagen - den Eindruck, dass es hier um neue Kabinettsmitglieder geht, die nur auf Zeit gewählt werden sollen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Um das Wort hat der Abgeordnete Plaue gebeten.

(Busemann [CDU]: Man gut, dass die Fraktion nicht eingebunden war, oder?)

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Möhrmann hat den Sachverhalt hier schon richtig dargestellt. Hier geht es um Klamauk, weil Ihnen die Sachthemen fehlen. Deswegen versuchen Sie, Personen anzugreifen und keine Politik.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Widerspruch bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Das hat mit Christian Pfeiffer angefangen und ist jetzt auf Gitta Trauernicht ausgedehnt worden.

Ich sage Ihnen deutlich: Ihnen ist völlig bewusst, dass die Menschen in diesem unseren Lande uns mehr als Ihnen trauen, und deshalb müssen Sie auf das ausweichen, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das nicht der Fall wäre, dann müssten Sie doch einmal ehrlich auf Ihre eigene Vergangenheit zurückschauen. Das, was hier passiert, meine Damen und Herren, ist ein normaler Vorgang, den das Beamtenrecht so gestaltet.

(Lachen bei der CDU)

- Wissen Sie, wenn Sie darüber lachen, dann darf ich Sie vielleicht daran erinnern, dass es in diesem Bundesland einen Minister Möcklinghoff gegeben hat.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das wird doch dadurch nicht besser, Herr Plaue!)

Der Mann war Regierungspräsident in Nordrhein-Westfalen und ist hier Minister geworden auf

genau die gleiche Art und Weise wie die, die Sie hier jetzt kritisieren, meine Damen und Herren. Ich halte das, was Sie hier machen, für unehrlich.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Haben Sie da genauso geredet wie jetzt?)

Herr Wulff, wenn Sie ein weiteres Beispiel haben wollen, dann kann ich Ihnen auch das Beispiel von Herrn Oschatz nennen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ich frage nur, wie Ihr Vorgänger damals geredet hat!)

Herr Oschatz war damals Oberstadtdirektor in Hildesheim. Dann wurde er Wahlbeamter in Wiesbaden und ist von dort aus von Herrn Albrecht in das Kabinett geholt worden. Weil seine möglichen Versorgungsansprüche in Wiesbaden um drei Monate nicht erreicht worden wären, ist der Kabinettsposten drei Monate verwaist geblieben und mitverwaltet worden, damit das organisiert werden konnte. Herr Kollege Wulff, bleiben Sie doch ehrlich! Das ist bei Ihnen genauso geschehen, und deshalb ist das, was Sie hier machen, unerträglich.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Und was haben Sie damals gesagt?)

Meine Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, das sind zwei Fälle gewesen, an denen ich als Parlamentarier nicht beteiligt war. Ich kenne aber einen Fall, an dem ich beteiligt war. Als 1990 Gerhard Schröder in einer sehr schwierigen Situation mit sehr vielen Emotionen, in der er eine oder die andere vielleicht daran gezweifelt hat, dass das klappen würde, zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, sollte jemand zur Frauenministerin gewählt werden, die aber noch Bundestagsabgeordnete war: Waltraud Schoppe. Sie ist von dem Mandat erst in dem Moment zurückgetreten, als Gerhard Schröder hier vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, um sicher zu sein, dass sie für den Fall der Fälle Bundestagsabgeordnete bleiben könne. Meine Damen und Herren, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Lachen bei der CDU und bei den GRÜNEN - Hagenah [GRÜNE]: Donnerwetter!)

Ich sage hier ganz klar und deutlich: Wer bei einem ganz normalen Vorgang,

(Zurufe von der CDU)

- Sie können mich ja eines Besseren belehren -, der Gitta Trauernicht eher schlechter stellt, als sie sich stehen würde, wenn sie in Hamburg beurlaubt werden würde, was auch möglich wäre, ein solches Theater inszeniert, der macht sich lächerlich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Schünemann!

Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Herr Plaue hier gerade geboten hat, war wirklich Klamauk,

(Beifall bei der CDU)

vor allen Dingen das Beispiel mit der Ministerin Schoppe. Vielleicht darf ich Sie nur noch einmal an Herrn Ravens erinnern, der sogar noch Minister geblieben ist, obwohl er sich hier zur Wahl stellen wollte. Das sind alles Beispiele, die überhaupt nichts taugen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das sage ich in allem Ernst: Die Versorgungsmentalität der 70er- und 80er-Jahre ist Gott sei Dank hier in Niedersachsen überwunden. So haben wir gedacht.

(Beifall bei der CDU)

Denn dieses Parlament hat Zeichen gesetzt. Anfang der 90er-Jahre haben wir das Abgeordnetengesetz geändert und haben bewusst unsere Versorgungsansprüche drastisch reduziert. Das sollte ein Zeichen sein. Dies war auch absolut notwendig; denn die Bürger haben zu Recht gesagt, dass wir überversorgt gewesen sind.

Meine Damen und Herren, natürlich waren die Vorfälle, wie hier genannt worden sind, nicht in Ordnung. Das bekennen wir hier auch; überhaupt keine Frage. Nur, meine Damen und Herren, wenn wir aus diesen Dingen nichts lernen und sogar das außer Acht lassen, was wir hier im Parlament selber beschlossen haben, als wir das Abgeordnetengesetz geändert haben, dann macht das überhaupt keinen Sinn. Das ist ein Zeichen der Arro-

ganz der Macht, was Sie hier machen, nichts anderes!

(Beifall bei der CDU bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Trauernicht erwirbt sich hier millionenschwere Ansprüche,

(Widerspruch bei der SPD)

und da muss man sich schon fragen, warum sie eigentlich ihre Arbeit nicht ernst nimmt und nicht wenigstens am heutigen Tag auf der Staatssekretärsbank sitzt. Nicht einmal das macht sie.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte, wirklich ernsthaft darüber nachzudenken, bessere Zeichen zu setzen, damit unsere Arbeit, die wir hier machen, nicht ins Zwielicht gerät und wir wieder von Bürgerinnen und Bürgern in eine Ecke gestellt werden, in die wir nicht gehören. Die SPD hat offensichtlich aus der Vergangenheit nichts gelernt. Sie haben hier in den 70er- und 80er-Jahren wirklich Klamauk gemacht. Daran können Sie sich nicht erinnern. Sie ziehen noch nicht einmal die Lehren daraus. Das ist bedauerlich. Ich meine, sie sollten diese Entscheidung noch einmal überdenken.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern die Frage von Frau Abgeordnete Pothmer beantworten. Lassen Sie mich zu Beginn nur darauf hinweisen, dass sich die zurückgetretene Ministerin und die beiden zurückgetretenen Minister auf Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung berufen haben. Damit ist die Frage geklärt. Alles andere ist eine Veranstaltung, die ich verstehen kann, bei der wir alle miteinander Verständnis für die Opposition haben sollten. Aber sie hat mit der Verfassung nichts zu tun. Frau Kollegin Pothmer, ich finde Ihre Frage berechtigt, und deshalb möchte ich sie gern in aller gebotenen Sachlichkeit und übrigens auch Ausführlichkeit beantworten. Sie hatten mich ja darum gebeten.

Frau Dr. Trauernicht war als Staatsrätin - gleichbedeutend wie bei uns Staatssekretärin - die Chefin

der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg. Gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 3 des Hamburgischen Beamtengesetzes wäre die Beamtin kraft Gesetzes aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen, wenn sie ein öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis zu einem anderen Dienstherrn einginge. Mit dem Wirksamwerden der Entlassung entfielen die bis dahin in ihrer beruflichen Tätigkeit erworbenen Anwartschaften auf Beamtenversorgung. Es wäre eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung notwendig. Die Versorgungsverhältnisse würden sich erheblich verschlechtern. Sie würde ihre durch Arbeit erworbenen Versorgungsansprüche verlieren.

Der Hamburgische Senat kann abweichend von dem eben geschilderten Grundsatz die Fortdauer des Beamtenverhältnisses neben dem neuen Dienst- oder Amtsverhältnis anordnen. Nun wird es wichtig, Frau Kollegin Pothmer, weil Sie sich auf die Rechtslage bezogen haben. Im umgekehrten Fall, eine Beamtin oder ein Beamter aus Niedersachsen würde Senatorin oder Senator in Hamburg, wäre die Beurlaubung von Gesetzes wegen geregelt. Sie bzw. er hätte im niedersächsischen Fall einen Rechtsanspruch darauf, und zwar nach § 36 Abs. 1 Nr. 2 des Niedersächsischen Beamtengesetzes.

Die Gespräche mit der Freien und Hansestadt Hamburg zielten ursprünglich auf eine Gleichbehandlung, also nach niedersächsischem Recht, ab. Das heißt, Frau Dr. Trauernicht sollte analog zur niedersächsischen Regelung beurlaubt werden. Hierzu hat sich der Hamburger Senat nicht bereit erklärt. Deshalb ist einvernehmlich mit Hamburg der Weg der Versetzung gewählt worden. Durch die Versetzung in den niedersächsischen Landesdienst werden bei Frau Dr. Trauernicht in Hamburg erworbene Ansprüche, die sich auch in Zukunft gegen die Hansestadt Hamburg richten und nicht gegen Niedersachsen - Frau Pothmer, nicht ganz unwichtig, glaube ich -, erhalten.

(Frau Schliepack [CDU]: Zahlen die keine Steuern in Hamburg? – Weitere Zurufe)

- Ich wollte das eigentlich in aller Ruhe vortragen. Ich antworte sachlich auf eine Frage. Diese Zwischenrufe will ich trotzdem aufgreifen. Es wird gesagt: Wo das Geld herkommt, ist gleichgültig. Verstehen Sie, das ist eine Regel. Jeder von uns hätte den Wunsch, dass die durch Arbeit erworbenen Versorgungs-, Pensions- oder Rentenansprüche

che gesichert würden; jeder von uns! Solche Zwischenrufe haben nach meinem Eindruck nichts mit der Realität der eigenen Wünsche zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Versetzung in den niedersächsischen Landesdienst werden bei Frau Dr. Trauernicht die in Hamburg erworbenen Ansprüche, die sich auch in Zukunft gegen die Hansestadt Hamburg richten, erhalten. Dies ergibt sich durch den Wirkungsmechanismus des § 107 b Beamtenversorgungsgesetz. Danach sind nach einer Versetzung die beamtenrechtlichen Versorgungslasten anteilig von den beiden Dienstherren im Verhältnis der jeweilig abgeleiteten Dienstzeiten zu tragen. Da sich die niedersächsische Dienstzeit auf einen Tag als Staatssekretärin begrenzt, ist das gewünschte Ziel des Erhalts der Ansprüche gegen Hamburg ohne Belastung Niedersachsens erreicht. Diese Versetzungsregelung ist einvernehmlich zwischen Hamburg und Niedersachsen vereinbart worden.

Um die Versetzung technisch möglich zu machen, wurde eine freie Staatssekretärsstelle in Niedersachsen benötigt. Frau Kollegin Pothmer, ich will nur darauf hinweisen, dass es sich bei dieser Entscheidung nicht um eine „Aktion“ handelt, sondern um eine ganz normale Kabinettsentscheidung. Die ist nicht öffentlich. Allerdings gebe ich zu, dass wir vorher bereits, auch zur Absicherung dieses Weges, mit einer Reihe von Kollegen über die Frage diskutiert haben und aus unserer Sicht keinerlei Probleme bei dieser Regelung vorherrschten. Aber die Kabinettsentscheidung war keine „Aktion“, sondern eine einstimmige Abstimmung im Kabinett.

(Möllring [CDU]: Einstimmig, ja?)

Um die Versetzung technisch möglich zu machen - das habe ich bereits erklärt -, wurde eine freie Staatssekretärsstelle in Niedersachsen benötigt. In der Vergangenheit hat es mehrfach Fälle gegeben, bei denen durch eine solche Aktion unbillige Härten - um nichts anderes geht es; es geht um den deutlichen Verlust durch Arbeit erworbener Versorgungsansprüche - bei Übernahmen vermieden worden sind. Zu erinnern ist an die Versetzung des damaligen Regierungspräsidenten von Münster, Herrn Dr. Möcklinghoff, der nach erfolgter Versetzung zum Innenminister des Landes Niedersachsen berufen wurde. Dies war exakt der gleiche Ablauf wie bei Frau Dr. Trauernicht. Erwähnenswert ist

auch die Berufung des späteren Kultusministers Oschatz (CDU). Dieser war Oberbürgermeister in Wiesbaden und sollte Niedersachsens Kultusminister werden. Da er zur Absicherung von Ansprüchen noch einige Monate Dienstzeit in Wiesbaden benötigte, blieb der Platz des Kultusministers nach der Wahl 1982 für mehrere Monate unbesetzt. Interessant ist auch die Berufung von Waltraud Schoppe zur Niedersächsischen Frauenministerin.

(Eveslage [CDU]: Das ist überhaupt nicht vergleichbar!)

- Ich versuche nur, das ausführlich zu beantworten.
- Frau Schoppe legte erst nach erfolgter Wahl ihr Bundestagsmandat nieder, auch um Versorgungsansprüche zu sichern, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Im aktuellen Fall ist zu berücksichtigen - das, glaube ich, Herr Schönemann, ist wichtig -, dass sich in Niedersachsen die Ministerversorgung und nicht nur die Abgeordnetenversorgung zwischenzeitlich deutlich verschlechtert hat. Die veröffentlichten Zahlen zur Versorgungssituation der jetzt ausscheidenden Minister zeichnen deshalb ein falsches Bild; denn sie sind noch nach altem Recht entschieden worden. Nach neuem Recht ergeben sich ein völlig anderes Bild und deshalb auch eine ganz schlechte Versorgungssituation gegenüber der alten Versorgungssituation. Deshalb halten wir es für angemessen, dass in diesem Fall ähnlich wie schon bei anderen Fällen auf der Basis niedersächsischen Rechts erworbene - ich wiederhole: durch Arbeit erworbene - Versorgungsansprüche nicht verloren gehen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Erstens. Zur Vermeidung unbilliger Härten war eine Versetzung von Frau Dr. Trauernicht nach Niedersachsen zwingend notwendig.

Zweitens. Damit bleiben die erworbenen Ansprüche gegenüber Hamburg erhalten. Niedersachsen ist davon materiell nicht berührt.

Drittens. Frau Dr. Trauernicht hat trotzdem nach erfolgter Ernennung zur Ministerin in Niedersachsen eine deutlich schlechtere Versorgungssituation als zuvor in Hamburg. Vor diesem Hintergrund sind Vorwürfe, sie würde sich millionenschwere Versorgungsansprüche sichern, nur dann gerechtfertigt, wenn die CDU-Fraktion davon ausgeht, dass Frau Dr. Trauernicht für die nächsten 15 oder

20 Jahre Ministerin bleibt, was mich allerdings freuen würde.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Die Gewinnung qualifizierter Ministerinnen und Minister wird - Frau Pothmer, da haben Sie mit Ihrem Hinweis Recht - wie in der Vergangenheit immer wieder auch an die Frage der Sicherung angemessener Versorgungsansprüche aus der bisherigen beruflichen Tätigkeit geknüpft sein. Es gibt dabei durch die Unterschiedlichkeit der beamtenrechtlichen Situation in Niedersachsen und anderen Bundesländern in der Tat Schwierigkeiten. Ich kann nur sagen: Niemand, meine Damen und Herren, würde in welches Amt auch immer wechseln - wir alle miteinander tun uns damit keinen Gefallen -, wenn wir dabei die berufliche Vorlaufbahn und die dabei erworbenen Leistungen auf Null setzen oder auf weniger als die Hälfte reduzieren würden. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir dann, wenn wir politisch qualifiziertes Führungspersonal auch aus abgesicherten versorgungsrechtlichen Situationen gewinnen wollen, eine derartige Debatte anzetteln, die mit der Sache nur relativ wenig zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Wulff, bitte!

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die älteren Kollegen hier im Landtag haben mir eben gesagt, dass sie sich nicht daran erinnern könnten, dass eine Kabinettsumbildung hier in diesem hohen Hause jemals so missglückt ist wie diese Kabinettsumbildung.

(Beifall bei der CDU)

Niemals zuvor war ein Ministerpräsident gezwungen, sich vor der Vereidigung neuer Minister hier in dieser Form zu rechtfertigen. Der Grund dafür liegt darin, dass die Konfusion jetzt komplett ist.

(Zuruf von Möhrmann [SPD])

Ich möchte, weil Sie hier eben "Möcklinghoff" dazwischengerufen haben, jetzt etwas zu dem ersten Vorgang sagen. Ich habe an das Jahr 1978 noch Erinnerungen.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, aber nur vage Erinnerungen. Insofern bin ich in der Beurteilung auch ein bisschen freier - deshalb ist auch Uwe Schünemann etwas freier in der Beurteilung dieser Frage - und kann ich sagen: Hinter die Frage, ob wir das damals gemacht hätten, setzen wir ein großes Fragezeichen. Hinter die Aussage, dass wir es heute nicht machen würden, setzen wir jedoch ein großes Ausrufezeichen.

(Beifall bei der CDU)

Schlicht unmöglich ist nun aber, meine Damen und Herren, dass man zu diesem Thema damals seitens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wochenlang Kampagnen gefahren hat, dass man Stimmung gemacht hat, dass man hier Reden gehalten hat, jetzt aber sagt: Was schert uns das Geschwätz von gestern? - Herr Plaue stellt sich nun selbstgerecht hier hin und sagt: Das war damals Opposition. Damals hatten wir keine Verantwortung. Jetzt aber, da wir die Verantwortung haben, machen wir es, wie wir gerade lustig sind. - Das ist eine schlichte Sauerei, Herr Plaue.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich so unmoralisch verhält zu den Ansprüchen, die er hier zu der Zeit, zu der er in der Opposition war, aufgepäppelt hat, ihnen dann aber, wenn er sich in der Regierung befindet, nicht mehr gerecht wird, der disqualifiziert sich selbst. Das haben Sie hier am heutigen Tage getan.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt möchte ich etwas zum Fall der neuen möglichen Ministerin Trauernicht sagen. Frau Trauernicht ist zentraler Gegenstand eines Untersuchungsausschusses in der Hamburger Bürgerschaft. Staatssekretär Wewer ist demnächst zentraler Gegenstand eines Untersuchungsausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Vor diesem Hintergrund fragen angesehene Zeitungen wie die "FAZ", ob hier als nächstes vielleicht diejenigen, die in Düsseldorf und anderswo Gegenstand von Untersuchungsausschüssen sind, sozusagen zwischen- und ausgelagert werden, um anderen die Probleme zu nehmen. Wenn dann vorgetragen wird, dass sich der Hamburger Senat weigere, Frau Trauernicht zu beurlauben, dann bedeutet bereits dieser Vorgang - weil wir hier unsere Pflicht zu tun und den Dingen nachzugehen haben -, dass wir als Opposition ein Recht darauf haben, über die Gründe informiert und in die Sache eingebunden zu werden. Deshalb beantrage ich schon aus diesem Grunde eine Unterbrechung der Plenarsitzung,

damit die Fraktionen beratend tagen und sich vom Ministerpräsidenten informieren lassen können.

Nun noch ein zweiter Punkt. Der Ministerpräsident hat eben gesagt, es lägen Rücktrittsschreiben vor; alles Weitere obliege nicht der Nachprüfung des Landtages. Dies ist falsch. Diese Schreiben sind datiert, nachdem die neuen Minister präsentiert worden sind. Das ist eine Geschmacklosigkeit. Die Schreiben allein aber reichen als Ausweis für einen Rücktritt nicht aus. Das hat der Staatsgerichtshof in Bückeburg aufgrund von Klagen der Abgeordneten Hartmann und anderer hin ausdrücklich und ausführlich ausgeführt, als es seinerzeit um das Rotationsprinzip bei den Grünen ging. Damals gab es auch Briefe: Wir möchten den Landtag verlassen. Wir treten von unserem Mandat zurück. Es sollen Neue nachkommen. - Damals ist gefragt worden: Geschieht das freiwillig oder aufgrund von Parteitagsbeschlüssen? Im Zusammenhang damit wurde vor dem Hintergrund unserer Geschichte ausgedeutet, dass z. B. bei der KPD jedem Fraktionsvorsitzenden von jedem Abgeordneten ein undatiertes Rücktrittsschreiben vorlag, das der Fraktionsvorsitzende jederzeit mit einem Datum einreichen konnte, um Fraktionsdisziplin herzustellen.

(Widerspruch bei der SPD - Unruhe -
Glocke des Präsidenten)

- Ich muss Ihnen wirklich sagen - - -

(Unruhe)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, lassen Sie Herrn Wulff bitte weiterreden!

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Es mag für Sie völlig unbedeutend sein, ob Frau Merk gedrängt, gezwungen, entlassen worden ist oder zurückgetreten ist. Für uns als Parlament ist die Frage, aufgrund welcher Verfassungsbestimmung, ob freiwillig oder unter Druck, ob zurückgetreten oder entlassen, von wesentlicher Bedeutung, weil es um Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte dieses Parlaments geht. Auf die allerdings legen wir Wert.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben an den Ausführungen von Wirtschaftsminister Fischer keinerlei Zweifel. Er hat deutlich gemacht, dass er von seinem Amt nach zehn Jah-

ren freiwillig zurücktritt. Wir haben Respekt, wenn jemand zu solch einer Entscheidung kommt. Im Falle des Justizministers Weber und im Falle der Sozialministerin Merk gibt es allerdings nachhaltige Zweifel nach deren Einlassungen in den unterschiedlichsten Medien bzw. bei Versammlungen oder Veranstaltungen nicht nur zu ihrem eigenen Ausscheiden, sondern im Falle von Herrn Weber ja auch zur Kompetenz des berufenen Nachfolgers. Dem ist durch das Parlament nachzugehen.

Der Ministerpräsident hat eben vorgetragen, dass Artikel 29 Abs. 3 die Bestimmung sei, auf die sich die Minister berufen hätten. Das sei vom Parlament zur Kenntnis zu nehmen und nicht weiter zu hinterfragen. Artikel 29 Abs. 3 lautet:

"Die Landesregierung bedarf zur
Amtsübernahme der Bestätigung
durch den Landtag."

Jetzt kann man ausdeuten, ob die gesamte Landesregierung zurückgetreten ist und wir geheim einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen haben. Das würde ich aus Artikel 29 Abs. 3 - - -

(Lachen bei der SPD)

- Wenn Sie lachen, lese ich es Ihnen noch einmal vor:

"Die Landesregierung bedarf zur
Amtsübernahme der Bestätigung
durch den Landtag."

Das ist Artikel 29 zur Regierungsbildung. Wenn Sie sich darauf berufen haben, so wird sich das Prozedere heute allerdings anders gestalten, als Sie es sich, als Sie heute Morgen aufgewacht sind, noch vorgestellt haben.

In Artikel 33, der hier denkbarer Weise ebenfalls angewendet werden könnte, weil er mit dem Wort "Rücktritt" überschrieben ist, heißt es in Absatz 3:

"Scheidet die Ministerpräsidentin oder
der Ministerpräsident aus oder tritt sie
oder er zurück, so gilt die Landesre-
gierung als zurückgetreten."

Jetzt können wir fragen: Ist die gesamte Landesregierung zurückgetreten? - Ich frage das. Ich möchte auf diese Frage eine Antwort des Ministerpräsidenten haben; denn wir müssen uns mit Blick auf Artikel 29 Abs. 3 und Artikel 33 Abs. 3 darüber klar werden, welches der Anlass für diese Kabinettsumbildung am heutigen Tage ist. Dazu

bitten wir um Klarheit. Deshalb brauchen wir eine Sitzungsunterbrechung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, es ist gefragt worden, aufgrund welchen Artikels die Rücktritte oder Entlassungen vollzogen worden sind. - Mit dem Schreiben, das ich vorhin zitiert habe, hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass die drei betreffenden Mitglieder der Landesregierung zurückgetreten seien. Er hat sich eben in seiner Rede auf Artikel 29 berufen.

(Eveslage [CDU]: Artikel 29 Abs. 3!)

- Artikel 29 Abs. 3. - Möchte er dazu etwas sagen?

(Lachen bei der CDU - Möllring [CDU]: Das ist vielleicht eine Staatskanzlei!)

Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich selbst bin mit den berufenen Mitgliedern, wie Sie wissen, nach Artikel 29 Abs. 3 am 15. Dezember berufen worden. Der Rücktritt ist nach Artikel 33 erfolgt. Die Berufung erfolgt nach Artikel 29 Abs. 4. Insofern sind die Dinge, glaube ich, bereinigt, Herr Wulff.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist alles völlig anders!)

Ich sage Ihnen noch etwas: In meiner Rede vorhin habe ich mich, wenn ich mich richtig erinnere, auf den falschen Absatz der Verfassung bezogen, was den Rücktritt angeht. Die Berufung erfolgt nach Artikel 29 Abs. 4 und der Rücktritt nach Artikel 33, Herr Kollege Wulff. Wenn Ihnen damit Genüge getan ist, dass ich Ihnen den richtigen Artikel nenne, dann müssten Sie ja jetzt zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Wulff, Sie haben beantragt, dass wir unterbrechen. Bleiben Sie bei diesem Antrag?

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ja!)

Darüber muss ich abstimmen. Wer dafür ist, dass wir diesem Antrag nachgeben, also die Sitzung unterbrechen, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Zweite war die Mehrheit. Dann unterbrechen wir die Sitzung nicht.

(Fischer [CDU]: Augen zu und durch!)

Meine Damen und Herren, wir sind noch in der Debatte. Die Abgeordnete Frau Pothmer hat sich zu Wort gemeldet.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es für einen großen Fehler, dass das Parlament der Sitzungsunterbrechung nicht zugestimmt hat. Ich kann hier für meine Fraktion erklären, dass auch nach den Erklärungen, die Sie, Herr Ministerpräsident, gegeben haben - das ist ja das erste Mal, dass uns hier überhaupt erläutert worden ist, vor welchem Hintergrund diese Aktionen stattgefunden haben -, für mich nichtsdestotrotz noch einige Fragen offen sind.

Wenn Sie so sicher sind, dass das ein völlig normaler Vorgang ist, der in der Republik ständig und stündlich vorkommt, dann fragen wir Sie: Warum haben Sie neben Ihren Kollegen nicht auch die Fraktionen informiert? Dann hätten wir uns im Vorfeld vielleicht eine Meinung bilden können. Warum hat es zu der Ernennung einer Staatssekretärin überhaupt keine Pressemitteilung der Staatskanzlei gegeben? Im Normalfall lassen Sie sich so etwas doch nicht entgehen.

Lassen Sie mich noch auf einen inhaltlichen Punkt eingehen, Herr Ministerpräsident, weil ich da anderer Auffassung bin. Sie sagen, es gehe hier um die Vermeidung unbilliger Härten. Ich glaube, wir müssen uns einmal fragen, ob wir da nicht mit zwei unterschiedlichen Maßstäben messen. Das Beamtenrecht, so wie es gestrickt ist, hat ein ganz bestimmtes Bild zum Hintergrund, nämlich das Bild, dass der Beamte oder die Beamtin lebenslang diesem Staat zu dienen hat und nicht einfach die Entscheidung treffen kann, irgendwo anders einen attraktiveren Posten anzunehmen. Deswegen gibt es diese Regelung auch.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Fragen Sie zum Beispiel bitte einmal einen Steuerbeamten, der ein großes Interesse hat, in die Privatwirtschaft überzuwechseln.

(Beckmann [SPD]: Jetzt wird es aber peinlich!)

Der verliert auch seine Versorgungsansprüche.

Sie hätten jede Möglichkeit gehabt, Frau Trauernicht nachzuversichern. Gut, das wäre mit einigen Einbußen einhergegangen. Aber so sind die Regelungen nun mal. Natürlich hätte es Möglichkeiten gegeben - nicht für den Fall Trauernicht, nicht für heute und jetzt, aber grundsätzlich -, zum Beispiel über einen Staatsvertrag mit Hamburg, da eine Gleichbehandlung herzustellen.

Was meiner Ansicht nach aber nicht geht, ist, dass Sie in einem solchen Problemfall das Amt des Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium als Jongliermasse nutzen, um hier Versorgungsansprüche sicherzustellen. Das wird, glaube ich, niemand in diesem Lande verstehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Plaue!

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht nur streckenweise, sondern immer wieder im Laufe dieser Debatte den Eindruck gewonnen: Hier spielen sowohl die Grünen als auch die CDU das Spielchen „Haltet den Dieb“.

(Möllring [CDU]: Das ist auch richtig!)

Sie stecken etwas an und schreien „Feuer, bitte löschen!“. Das kann doch wohl nicht sein! Dieses - wie Sie, Herr Kollege Wulff, gesagt haben - unwürdige Spiel ist von Ihnen und Ihren Parteifreunden und von den Grünen hier in den Landtag hineingetragen worden, von niemand anderem. Dann müssen Sie sich nicht darüber beklagen, dass das ein unwürdiges Spiel ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wulff, wenn Sie sich hier dazu hinreißen lassen, das Verhalten einer demokratisch gewählten Regierung mit der KPD, einer verfassungsfeindlichen Partei, in Verbindung zu bringen, dann macht das deutlich, wie tief Sie gesunken sind!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich will jetzt nicht die Retourkutsche machen. Aber in Sachen Demokratie und Widerstand gegen totalitäre Institutionen haben wir die besseren Erfahrungen als Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bei der Diskussion um Herrn Möcklinghoff und Herrn Oschatz für sich die Gnade der späten Geburt in Anspruch genommen, Herr Wulff.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, lassen Sie Herrn Plaue bitte reden!

Plaue (SPD):

Das haben Sie für Herrn Schünemann dann auch getan. Nun könnte ich das ja auch machen und sagen: Ich war damals noch nicht Mitglied dieses Landtages. Aber eines ist ja wohl deutlich geworden in dieser Situation: Es geht nicht darum, jemandem ungerechtfertigte Vorteile zukommen zu lassen, sondern um die Frage, ob erworbene Versorgungsansprüche - ob Renten- oder Beamtenversorgungsansprüche - verloren gehen oder nicht.

(Möllring [CDU]: Das haben Sie bei Möcklinghoff aber kritisiert!)

- Das mag sein. Ich nicht, aber die damalige Fraktion. Gut.

(Lachen bei der CDU)

Darum geht es, meine Damen und Herren.

Dann hat Herr Kollege Schünemann erklärt: Wir haben ja daraus gelernt. Deswegen haben wir das alles geändert. - Nein, Herr Kollege, wir haben das nicht geändert. Diesen Punkt haben wir aus gutem Grunde nicht geändert. Denn hier im Niedersächsischen Landtag sitzen auf allen Seiten des Hauses - auch bei den Grünen - Beamtinnen und Beamte, die ihr Mandat hier unter Beurlaubung von ihrem Beamtenverhältnis ausüben, weil sie dann, wenn sie nicht mehr Landtagsabgeordnete sind, die Möglichkeit haben, in ihren Job zurückzukehren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unredlich, dem einen das vorzuhalten, was man selbst für sich in Anspruch nimmt!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Schluss sagen. Diese Debatte, wer weshalb und warum zurückgetreten ist, kennen wir ja schon. Die ist schon älter als die aktuelle. Bei Gerhard Glogowski haben Sie das getan. Jetzt fangen Sie wieder damit an. Wir machen diese Art der neuen Gesinnungsschnüffelei nicht mit!

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie haben Glogowski doch abgesägt, wir nicht!)

Präsident Wernstedt:

Der Abgeordnete Gansäuer hat um das Wort gebeten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit das gleich klar ist und Sie sich die Zwischenrufe sparen können: Ich bin dabei gewesen und kann mich sehr gut an die Presseerklärungen verschiedener Kollegen in Sachen Bernd Oschatz erinnern. Einige von ihnen sitzen noch hier im Landtag. Ich sage das mal mit einer Überschrift. Sie haben Oschatz bestätigt, das sei „Raffke-Mentalität“. Deshalb frage ich heute nach 22 Jahren - so lange ist das ja her -: Was ist das jetzt, Herr Kollege Plaue?

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zuruf von Plaue [SPD])

- Das ist keine; aha. - Herr Plaue hat gerade gesagt: Das ist keine. Damals bei Oschatz war es eine. Jetzt bei Frau Trauernicht ist es keine.

Ich möchte Ihnen etwas sagen, Herr Kollege Plaue, was mich eben ziemlich bestürzt hat. Nur deshalb stehe ich hier. Wenn ein Ministerpräsident sich hier hinstellt - der ansonsten, zum Teil zu Recht, soziale Gerechtigkeit einklagt - und über eine Pension redet, die an die 10.000 DM im Monat reicht, aber gleichzeitig Ihre IG-Metaller gegen eine Rentenreform bei Renten zwischen 2.000 und 3.000 DM demonstrieren, dann habe ich für einen Sozialdemokraten kein Verständnis mehr. Das

muss ich Ihnen ganz offen sagen. Dafür habe ich kein Verständnis.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Jetzt nur noch zwei Bemerkungen. Herr Ministerpräsident, ich habe eine Frage.

(Plaue [SPD]: Was bekommt Herr Horrmann?)

- Ja, okay, Sie haben es damals so gemacht.

(Plaue [SPD]: Ein böses Spiel, Herr Kollege!)

- Lesen Sie das nach! Ich kann Ihnen die Zeitungsartikel geben.

(Weiterer Zuruf von Plaue [SPD])

- Jetzt bekomme ich aber Angst vor Ihnen, Menschenskinder!

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn man hier als Abgeordneter sitzt, dann fragt man sich, nachdem Sie uns diesen ganzen Paragrafenwald hier vorgetragen haben: Wer zwingt Frau Trauernicht denn eigentlich, hier in Niedersachsen Ministerin zu werden? Wir ganz bestimmt nicht. Von uns aus kann sie in Hamburg bleiben, nicht wahr?!

(Starker Beifall bei der CDU)

Wenn ich den "Spiegel", der ansonsten nicht meine Abendlektüre ist, richtig gelesen habe, dann ist es auch gar nicht so wünschenswert, dass sie nach Niedersachsen kommt.

(Starker Beifall bei der CDU)

Eine letzte Bemerkung: Als Sozialministerin - da passt diese Mentalität besonders gut - wünsche ich Frau Trauernicht bei den Einweihungsreden z. B. in Altenheimen schon viel Freude, wenn sie dort über soziale Gerechtigkeit redet.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Darüber müssen ausgerechnet Sie reden! Das ist nicht zu glauben!)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Harms.

(Plaue [SPD]: Sagen Sie den Leuten einmal, was Sie an Altersversorgung haben! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren - - -

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, nun ist es aber genug!

(Zurufe von der CDU: Herr Plaue soll reden! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Frau Harms (GRÜNE):

Was haben Sie jetzt vor, Herr Präsident?

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Wernstedt:

So! Jetzt bitte ich Sie, das Wort zu ergreifen.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Warum eigentlich diese ganze Aufregung?

(Unruhe bei der SPD - Mühe [SPD]:
Ihr habt das angezettelt!)

- Herr Kollege Mühe, ich will Ihnen sagen, warum es meiner Meinung nach zu dieser Aufregung gekommen ist. Da passt für mich in dieser Debatte auch ein Zitat des Ministerpräsidenten, das ich vor kurzem in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" gelesen habe. Da hat der Ministerpräsident in einer Art und Weise, die ihm liegt, d. h. in einer anbiedernden Art und Weise,

(Unruhe bei der SPD)

vor großem bauerlichen Publikum gesagt: Wir Politiker können eigentlich gar nichts. Wir sind Universaldilettanten. Wir reden über Vieles, aber können nichts. - Richtig! Das ist nämlich genau das Problem. In dieser Staatskanzlei hat es seit geraumer Zeit immer wieder Abläufe gegeben, die gezeigt haben, dass man dort nicht mehr in der Lage ist, schwierige Abläufe politisch-handwerklich ordentlich abzuwickeln. Wenn das dann an die

Öffentlichkeit kommt, dann, finde ich, gehört dazu, dass man auch die Verantwortung für diese falschen Abläufe übernimmt, sich hinstellt und sagt: Das ist schlecht gelaufen. Das war kein ordentlicher, korrekter Ablauf. - Das hätte man den Fraktionen gestern mitteilen können - es wäre "Schwamm drüber" gewesen -,

(Lachen und Unruhe bei der SPD)

wenn man denn in der Lage wäre, mit Fehlern und Problemen so umzugehen, dass man sie auch benennt. Das ist doch immer das, was niemand im Lande versteht, dass Politiker Fehler machen und hinterher so tun, als seien es keine gewesen. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Aussprache liegen mir nicht vor.

(Zurufe von der CDU: Plaue! - Gegenruf von Plaue [SPD]: Seien Sie ganz vorsichtig; ich will Sie ja nicht zu sehr erregen! - Zurufe von der CDU: Plaue soll kommen! - Fischer [CDU]: Plaue, Klappe 3!)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung. Wer den von mir vorhin erwähnten vorgeschlagenen Berufungen die nach Artikel 29 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit sind die drei Berufenen gewählt.

(Zuruf von der CDU: Wer denn?)

- Wie ich vorhin mitgeteilt habe, handelt es sich um Frau Dr. Gitta Trauernicht, um Frau Diplom-Politologin Dr. Susanne Knorre und um Herrn Universitätsprofessor Dr. Christian Pfeiffer.

Der Herr Ministerpräsident wird jetzt die Ernennungsurkunden aushändigen. Für diesen Akt unterbreche ich die Sitzung und bitte Sie, auf Ihren Plätzen sitzen zu bleiben.

(Möllring [CDU]: Was soll das denn?
Seit wann machen wir das so?)

Unterbrechung: 11.25 Uhr.

Wiederbeginn: 11.27 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben sich die Ministerinnen und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Landtag zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates zu bekennen und den in der Verfassung vorgeschriebenen Eid vor dem Landtag zu leisten. Ich bitte alle Anwesenden, sich dazu von ihren Plätzen zu erheben.

Frau Ministerin Dr. Trauernicht, ich bitte Sie, das Bekenntnis abzulegen und den vorgesehenen Eid zu leisten.

Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Frau Ministerin Dr. Knorre, ich bitte Sie, das Bekenntnis abzulegen.

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und

Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsident Wernstedt:

Herr Dr. Pfeiffer!

Dr. Pfeiffer, Justizminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe!

Präsident Wernstedt:

Frau Dr. Trauernicht, Herr Dr. Pfeiffer, Frau Dr. Knorre, für Ihre Berufung zur Landesministerin bzw. zum Landesminister spreche ich Ihnen die Glückwünsche des Niedersächsischen Landtages aus und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit zum Wohle des Landes alles Gute.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD - Plaue [SPD] überreicht den Ministerinnen und dem Minister jeweils einen Blumenstrauß - Wulff (Osnabrück) [CDU] gratuliert den Ministerinnen und dem Minister)

Meine Damen und Herren, ich möchte die Pressevertreter bitten, jetzt den Raum zu verlassen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen drei Beratungsgegenstände vor: a) Existenzgefährdung niedersächsischer Werften: Rot-Grün versagt bei Schiffsbaubeihilfen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2085 - b) Der Wahnsinn hat Methode: Wer SPD-Landwirtschaftspolitik sät, wird Agrarfabriken ernten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2086 - c) BSE-Krise in Europa - Vertrauen in die niedersächsische

Ernährungs- und Landwirtschaft zurückgewinnen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/2087.

Ich hatte die Vertreter der Medien gebeten, den Raum zu verlassen. Wenn Sie das nicht sofort tun, dann unterbreche ich die Sitzung. - Das gilt auch für den Norddeutschen Rundfunk. Ich hatte darum gebeten, dass der Saal jetzt verlassen wird. Wir wollen weiter beraten.

(Möllring [CDU]: Die machen doch eine Direktübertragung! Das ist doch mit der Landtagsverwaltung abgesprochen! - Gegenruf von Möhrmann [SPD]: Quatsch!)

Es stehen für die Beratung der Punkte der Aktuellen Stunde insgesamt 60 Minuten Redezeit zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann über höchstens 20 Minuten Redezeit verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, so wie heute, dann bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet. Jeder Redebeitrag, auch von Mitgliedern der Landesregierung, darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit wird das Klingelzeichen ertönen, das auf die letzte Minute der Redezeit hinweist.

Ich eröffne die Beratung zu Punkt 2 a):

a) Existenzgefährdung niedersächsischer Werften: Rot/Grün versagt bei Schiffsbaubeihilfen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2085

Dazu hat sich Herr Dr. Biester von der Fraktion der CDU gemeldet.

Dr. Biester (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Ministerin Knorre, kaum vereidigt, schon ist der erste Tagesordnungspunkt im Plenum zu behandeln, der mit dem Thema der Schiffsbaubeihilfe in Ihren Zuständigkeitsbereich fällt. Ich darf dies zum Anlass nehmen, Ihnen herzlichst zu Ihrer Ernennung zu gratulieren, und verbinde dies mit dem Wunsch, dass Sie diesem Thema der Schiffsbaubeihilfe, das es von der Bedeutung her wert ist, Ihre Aufmerksamkeit zuwenden und in dem Bereich seitens der Landesregierung behilflich sein werden.

Meine Damen und Herren, vor einiger Zeit hat in Emden eine große maritime Konferenz stattgefunden. Da hat die Bundesregierung - wie bei Bundeskanzler Schröder immer - medienwirksam etwas in Szene gesetzt,

(Beckmann [SPD]: Erstmals!)

hat zum Ausdruck gebracht, dass die maritime Wirtschaft bei der Bundesregierung besonderes Gewicht bekommen sollte, man hat die Schifffahrtstandorte Niedersachsen und Deutschland gelobt, man hat den Schiffbau in Deutschland gelobt, und man hat einen Staatssekretär eingesetzt, damit er als maritimer Koordinator tätig werde. - Das ist die Ankündigung.

Nun, wenige Monate später, kommt die Realität. Die Realität besteht darin, dass es dieser Bundesregierung nicht gelungen ist, im Rahmen der Europäischen Union dafür Sorge zu tragen, dass die notwendige, von allen Beteiligten als notwendig erkannte Beihilfe für Schiffbauten fortgesetzt werden kann. Dies, meine Damen und Herren, ist ein schlimmes Ergebnis für Werften in Niedersachsen.

Wir wissen, dass die Situation schwierig ist. Wir haben zwar auf der einen Seite eine starke Nachfrage, auf der anderen Seite aber auch einen ausgesprochenen Preisverfall zu verzeichnen, der durch das Dumpingverhalten insbesondere Koreas hervorgerufen wird. Nun sollen es ausgerechnet die skandinavischen Länder gewesen sein, die sich einer Fortgeltung der Beihilferichtlinie versagt haben. Das will nicht einleuchten. Schiffbau spielt in Skandinavien kaum eine Rolle. Warum ist es denn dieser Bundesregierung nicht möglich gewesen, diese Länder, die ja selbst gar nicht unmittelbar betroffen sind, davon zu überzeugen, dass diese Beihilfe für andere Länder, in denen der Schiffbau von Bedeutung ist, unbedingt erforderlich ist?

(Adam [SPD]: Das ist ja abenteuerlich!)

Meine Damen und Herren, da muss man Folgendes tun: Man muss im Vorfeld einmal mit den Beteiligten reden, um zu erfahren, wie sie darüber denken. Dann wäre es auch möglich gewesen - das ist unsere feste Überzeugung -, dafür Sorge zu tragen, dass deren Widerstand aufgebrochen wird.

(Möhrmann [SPD]: Ach nee!)

Das Verweisen darauf, dass man sagt „Wir haben ja eine Welthandelsorganisation, die schon ein Verfahren einleiten wird, und dann wird es auch zu entsprechenden Handelssanktionen gegen Korea kommen; das wird helfen, das Thema zu bewältigen“ ist natürlich genauso falsch. Jeder weiß, wie lange dieses Verfahren dauern wird. Jeder weiß, wann diese Sanktionen frühestens irgendwann einmal greifen könnten. Das hilft überhaupt nicht.

Wir als Niedersachsen müssen dringend darauf hinwirken und die Bundesregierung dringend dazu auffordern, das Thema nicht als gelaufen zu betrachten, sondern dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Europäischen Union auch weiterhin für eine - dann eben - Neugeltung der Schiffsbau-beihilfe gerungen wird und dass entsprechende Mehrheiten geschaffen werden, weil nur so dem niedersächsischen Schiffbau geholfen werden kann.

Seitens der Unternehmen und der Arbeitnehmer in diesem Bereich werden zahlreiche Anstrengungen unternommen. Wir wissen, dass sich die Werften spezialisieren, und wir wissen, dass die Werften ein ausgesprochen gutes technisches Know-how besitzen. Aber wir wissen auch, dass das allein - aufgrund des Verhaltens von Korea - eben nicht ausreicht, um in diesem Weltmarkt zu bestehen. Die gewährte Beihilfe in Höhe von 7 % war erforderlich und wird auch in Zukunft erforderlich sein, um die Auftragsbücher niedersächsischer Werften wieder zu füllen. Wir fordern die Bundesregierung auf, weiter zu verhandeln und hier zu Ergebnissen zu kommen.

Wir möchten auch gerne wissen, was die Niedersächsische Landesregierung zu diesem Thema denkt. Es mag vielleicht am Wechsel im Amt liegen, dass man von dieser Seite bisher nichts zu diesem Thema gehört hat. Aber die Aktuelle Stunde ist ja auch dazu da, der Landesregierung Gelegenheit zu geben, hier und heute zu erklären, inwiefern sie bereit ist, den niedersächsischen Werften bei diesem Thema zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere die Landesregierung also auf, heute hierzu Stellung zu nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]:
Wie Herr Möllring im Haushaltsausschuss sind Sie im Häfenausschuss auch nur körperlich anwesend!)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Knorre.

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst - - -

Präsident Wernstedt:

Sie müssen den Präsidenten schon zuerst anreden, Frau Ministerin!

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident, ich übe noch. Aber ich verspreche Ihnen: Das war das letzte Mal, dass das passiert ist. - Ich bedanke mich zuerst einmal sehr dafür, dass ich die Gelegenheit habe, meine Premiere ausgerechnet mit dem Thema „Wettbewerbshilfen für Werften“ zu haben. Das ist nämlich eines der Themen, die mir aus vielfältigen Gründen besonders am Herzen liegen.

Ich darf Ihnen sagen: Die Situation ist eigentlich ziemlich einfach zu beschreiben. Es geht hier schlicht und ergreifend um die Frage: Liegen die Gründe, die bislang für die Gewährung von Wettbewerbshilfen für die Werften vorgelegen haben, nach wie vor vor, oder sind diese Gründe für Wettbewerbshilfen entfallen? - Die Niedersächsische Landesregierung beantwortet diese Frage zusammen mit der Bundesregierung ganz eindeutig und sagt: Die Gründe, die bislang dafür gesprochen haben - nämlich massive Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten -, gelten nach wie vor. Sie alle kennen das Thema des Dumpings; Sie haben es kurz angesprochen. Wir haben es diesbezüglich nach wie vor mit massiven Verstößen insbesondere von der südkoreanischen Seite zu tun. Wir bedauern, dass wir auch zusammen mit der Bundesregierung bei der EU mit unseren Argumenten bislang kein Gehör gefunden haben.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die frühere Bundesregierung schon!)

Das hat dazu geführt, dass der EU-Ministerrat Anfang Dezember beschlossen hat, dass die Schiffbau-richtlinie auslaufen wird. Das heißt, dass die Situation im Augenblick wie folgt ist: Wir können nur noch die Aufträge, die bis Ende des Jahres hereingenommen werden, wie bislang un-

terstützen. Ablieferungszeitraum ist, wie Sie wissen, bis Ende 2003. Insofern ist also zunächst ein Zeitraum gesichert. Aber ich gebe Ihnen Recht: Es ist im Augenblick so, dass wir mit der Situation nicht zufrieden sein können.

Wir haben jetzt bis Ende Mai Zeit - in der Bilanzrechnungslegung würde man sagen, es gibt einen Erhellungszeitraum -, unsere Argumente noch einmal vorzubringen; denn bis dahin wird sich die Kommission erneut mit dem Thema befassen, und bis dahin wird man eben sehen, ob es Möglichkeiten gibt, über die WTO wegen der Dumpingvorwürfe vorzugehen. Wenn es solche Möglichkeiten nicht gibt - wir werden unsere Argumente gegenüber der Bundesregierung natürlich noch einmal nachdrücklich vertreten -, dann befinden wir uns allerdings in einer Situation, die wir uns alle nicht wünschen.

Aber weil wir das natürlich voraussehen konnten - die Diskussion ist ja nicht neu -, haben wir bereits in diesem Jahr massiv Vorsorge getroffen. Sie wissen, dass das Fördervolumen in dem diesjährigen Bund-Länder-Programm einmalig hoch ist. Das heißt, dass auch in Niedersachsen das Fördervolumen einmalig hoch ist. Wir haben in einem ersten Schritt rund 190 Millionen DM für Niedersachsen bereitstellen können. Hinzu kommt - ich finde, das ist noch wichtiger -: Wir gehen auch den zweiten Schritt mit. Sie wissen, der Bund hat 80 Millionen DM zusätzlich bereitgestellt, und das ergibt zusammen mit dem Zweidrittelanteil der Länder noch einmal 240 Millionen DM. Niedersachsen wird auch hier seinen Beitrag voll leisten, sodass wir die niedersächsischen Werften in diesem Jahr umfassend bei ihren Aufträgen unterstützen können.

Ich sage noch einmal ganz klar: Hier geht es nicht um irgendeine Subvention, sondern hier geht es darum, in einem unfairen Wettbewerb Unternehmen in die Lage zu versetzen, sich überhaupt fair durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat also insofern alle Voraussetzungen erfüllt. Die Auftragsbücher sind voll, und wir können das abarbeiten. So gesehen besteht aus meiner Sicht im Augenblick kein Anlass zur Panik. Bis in die Jahre 2003/2004 können die Aufträge gesichert abgearbeitet werden.

Wir werden unsere Position in diesem Zeitraum bis Mai gegenüber der Bundesregierung erneut deut-

lich machen, damit sie auch noch einmal mit allem Nachdruck in Brüssel vertreten werden kann. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Frau Steiner.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Biester hat das Thema ja durchaus sachlich behandelt. Im Vorfeld - wir konnten das der Presse an der Küste entnehmen - wurde aber ein ganz anderer Eindruck erweckt, der durch die Überschrift dieser Aktuellen Stunde noch einmal verschärft werden sollte, nämlich: Rot-Grün hat die Arbeitnehmer und die Unternehmer wieder einmal im Regen stehen gelassen.

Der Sachverhalt ist aber ein anderer. Der EU-Ministerrat hat die Fortsetzung der bisher praktizierten Subventionierung europäischer Werften mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Dominiert war die Entscheidung von Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Dänemark, den Niederlanden und Schweden, deren Wirtschaftsstruktur nicht gerade durch einen hohen Anteil der Werftindustrie gekennzeichnet ist. Aber das ist ein Mechanismus, den wir aus der EU schon länger kennen: Erst einmal wird die Fahne des Wettbewerbs hoch gehalten und wird das Prinzip bekräftigt, aber dann unterlaufen die Länder, die von dem Strukturwandel in einer Branche besonders betroffen sind, anschließend den Wettbewerb mit verdeckten Beihilfen und klagen lauthals. Wir brauchen uns nur an die Krisen der Stahlindustrie zu erinnern. Hier ist die Situation ähnlich: Eine gezielte Subventionierung des Schiffbaus im EU-Raum soll auslaufen. - Natürlich erkennen auch wir an, dass sich damit die Probleme, die sich aus der von koreanischer Seite geförderten Wettbewerbsverzerrung durch Dumpingpreise ohnehin ergeben, verschärfen - mit den entsprechenden Auswirkungen auf Auftragsvergabe und auf Arbeitsplätze. Aber wenn ich mir die Initiative der CDU ansehe, wundere ich mich schon.

Grundsätzlich halten Sie immer und überall - auch zu Zeiten der schwarz-gelben Regierung auf Bundesebene - die Fahne des Ordoliberalismus hoch und höher.

(Möllring [CDU]: Werftenhilfe haben wir immer gemacht!)

Sie fordern Subventionsabbau und offenen Wettbewerb, es sei denn, es geht um Ihre spezielle Klientel.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Wir hatten noch Einfluss in Europa! Rot-Grün nicht!)

Aber kaum gibt es ein konkretes Problem, fordern Sie Subventionen - etwa für die Landwirte wegen ihrer Einbußen aufgrund von BSE oder für die Spediteure wegen ihrer Einbußen aufgrund der Ökosteuer.

(Möllring [CDU]: Wir wollen die Abschaffung der Ökosteuer!)

Jetzt wird die Subvention für die Werftindustrie besonders hoch gehängt. - Sie müssen sich endlich einmal entscheiden, worin das wirtschaftspolitische Profil Ihrer Fraktion liegen soll: Sind Sie nun für Ordoliberalismus, oder sprechen Sie mehr für staatliche Eingriffe?

Abgesehen davon: Die Tränen, die Sie um die Werftindustrie weinen, und Ihr tiefes Mitgefühl, das Sie in Bezug auf den Verlust der Beihilfen zum Ausdruck bringen, nimmt man Ihnen nicht ab. Allein die Formulierungen, die Sie im Vorfeld gebraucht haben, zeigen, dass diese Diskussion für Sie nur ein Vehikel ist, um Rot-Grün mal wieder an den Karren zu fahren. Ich habe mich gewundert, dass Sie hier nicht auch noch die schrecklichen Auswirkungen der Ökosteuer untergebracht haben. - Diese Attacke weisen wir natürlich zurück.

Die Bundesregierung - das hat Frau Ministerin Knorre gerade ausgeführt - engagiert sich in dem Bereich, soweit sie kann. Es ist natürlich schwierig, im Ministerrat eine qualifizierte Mehrheit zu bekommen. Trotzdem ist es erforderlich, den Druck auf die WTO, Maßnahmen gegen Korea zu ergreifen, zu erhöhen. Gleichzeitig unternehmen sowohl Bundes- als auch Landesebene erhebliche finanzielle Anstrengungen, sodass zumindest in den nächsten drei Jahren die Aufträge mit den entsprechenden Beihilfen auch finanziert werden können. Ich bin guter Hoffnung, dass man in dieser Zeit auf WTO-Ebene in Bezug auf Korea etwas bewegen kann.

Ich möchte aber noch einen anderen Punkt ansprechen, der eigentlich dazu gehört. In Deutschland

gehen Arbeitsplätze verloren, weil deutsche Reeder ihre alten Schiffe nicht etwa hier, sondern in Indien zu Billigstlöhnen und unter schlimmsten Arbeitsbedingungen abwracken lassen. Ich erwarte, dass sich die Bundesregierung auch insofern engagiert, um diese Arbeitsplätze wieder nach Deutschland zurückzuholen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss. - Ich will nur noch einmal betonen: Wir lassen uns nicht nachsagen, wir würden für die Werftindustrie so wenig tun, wie es die schwarz-gelbe Regierung während ihrer Regierungszeit für die Stahlindustrie getan hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Herr Ontijd.

Ontijd (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin Knorre, auch von mir einen herzlichen Glückwunsch zum neuen Amt!

Sie haben richtig umschrieben, vor welcher Situation wir stehen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind und welche Arbeit auf Sie persönlich, aber auch auf die Landesregierung zukommt. Diese Arbeit ist eigentlich sogar schon vor längerer Zeit auf die Landesregierung zugekommen. Wir haben vermisst, dass im Parlament einmal darüber gesprochen wurde. Für heute mussten wir erst eine Aktuelle Stunde beantragen, damit Herr Adam einmal wieder das hört, was er uns jahrelang erzählt hat, wenn es darum ging, dass die Wettbewerbshilfe wieder eingestellt werden musste.

(Adam [SPD]: Ach, Wolfgang!)

Und Herr Haase sitzt ziemlich ahnungslos daneben und weiß nicht, wovon er redet.

Frau Steiner, Ihr Verständnis von Subventionen ist sehr merkwürdig. Wenn es uns darum geht, Arbeitsplätze zu erhalten, dann lachen Sie darüber. Das mögen Sie ruhig tun. Aber bedenken Sie: Es geht immer um Menschen. Bei unseren Werften mit ihren rund 100.000 Arbeitsplätzen - die Zulieferbetriebe eingeschlossen - geht es auch um Menschen. Da geht es nicht um Wirtschaftsliberalis-

mus, wie Sie ihn beschreiben, sondern um Arbeitsplätze, um Wirtschaftskraft und um den Erhalt der Strukturen an unserer Küste. Es geht natürlich auch um den Wirtschaftsstandort. Aber wenn Sie das alles mit Wirtschaftsliberalismus vermischen wollen, bitte!

Meine Damen und Herren, mit dem 1. Januar nächsten Jahres fallen nach dem EU-Recht sämtliche Staatshilfen weg. Wir wissen seit Jahren, was damit auf uns zukommt: Damit wird dem koreanischen Dumping im Schiffbau Tür und Tor geöffnet. Schon jetzt geht jeder zweite Neubauftrag an Korea.

Schritt halten konnten unsere deutschen Werften viele Jahre durch die so genannte Werftenhilfe von Bund und Ländern mit ihrer 7-prozentigen Stützung; mein Kollege Dr. Biester hat das schon gesagt.

Rot-Grün stellt jetzt seit zwei Jahren die Bundesregierung. In dieser Zeit hat man hinsichtlich einer Verlängerung der Werftenbeihilfe aber nichts anderes erreicht, als dass Wirtschaftsminister Müller jetzt dem Kanzler sagt, er müsse helfen. Wir wissen, dass Herr Schröder auf der von ihm seinerzeit groß angelegten maritimen Konferenz in Emden gesagt hat - ich zitiere -: Handeln für das Küstenflaggschiff Werften. - Das Ganze wollte er zur Chefsache machen.

(Zuruf von der SPD: Hat er auch!)

Der Chef hat aber nicht gehandelt.

(Zustimmung bei der CDU - Haase [SPD]: Sicher hat er gehandelt!)

- Herr Kollege Haase, er hat nicht gehandelt. Das ist die Situation.

Für die kommenden drei Jahre liegen Schiffsaufträge im Wert von rund 15 Milliarden vor. Das ist ein Produktionsbestand von rund 20 Milliarden Dollardifferenzen, ein riesiger Auftragsbestand für unsere deutschen Werften. Ich sagte bereits: 100.000 Mitarbeiter der Werften, auch im Umfeld, und das gilt auch - das möchte ich hier einmal unterstreichen - für das Umfeld von Bremen, Bremerhaven und Hamburg. Da wären langfristig Arbeitsplätze gesichert - auf den niedersächsischen Werften mit 20.000 Mitarbeitern ebenso. Aber alle Orders stehen unter dem Vorbehalt der Wettbewerbshilfe von Bund und Ländern. Wir haben 300 Millionen DM als notwendig erachtet, von

denen 100 Millionen DM der Bund und 200 Millionen DM die Küstenländer beizusteuern haben, um das national abzufedern.

Nun möchte ich an Folgendes erinnern, Herr Kollege Adam:

(Adam [SPD]: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

Bis 1998 wiederholten Sie hier im Landtag von diesem Pult aus jährlich eine Zeremonie.

(Haase [SPD]: Mein Gott, Wolfgang!)

Mit großen Worten stellten Sie Anträge zur Werftenhilfe. Das war schon richtig gebetsmühlenartig, was Sie da gemacht haben. Mit markigen Worten forderten Sie von der Bundesregierung - seinerzeit Schwarz-Gelb - die Werftenhilfe ab. Sie hatten nie Verständnis dafür, dass sich der Haushaltsausschuss des Bundestages daranmachen musste und spät dran war.

(Zuruf von Adam [SPD])

Was haben wir jetzt in Berlin erlebt? - Nächtelang hat man sich gestritten, um überhaupt zu einem Kompromiss zu kommen. Seit 1998 ist Sendepause auf der Seite des Hauses hier, auf der die SPD sitzt. Seither ist nichts mehr geschehen. Sie forderten, die maritime Wirtschaft zur nationalen Aufgabe zu machen. Das waren Ihre geflügelten Worte, Kollege Adam, und davon hören wir nichts mehr.

Jetzt ist der Zeitpunkt da, zu dem die Erfüllung der nationalen Aufgabe abgefordert werden muss. Nun möchte ich von Ihnen gern hören, wie Sie sich das vorstellen.

(Beckmann [SPD]: Wenn du deinen Kollegen Biester meinst, dann darfst du nicht immer Adam ansprechen!)

Solange über die Klage bei der Welthandelsorganisation nicht entschieden ist,

(Glocke des Präsidenten)

muss der Bund gemeinsam mit den Küstenländern die Akquisition für den deutschen Schiffsbau über die Jahre 2003 und 2004 hinaus sichern. Das ist die Aufgabe, die jetzt ansteht, die eigentlich schon seit zwei Jahren ansteht.

(Möllring [CDU]: Da sind wir uns doch wohl einig, oder nicht? - Gegenruf von Beckmann [SPD])

Von Papenburg über Emden bis nach Rostock werden die Räder stillstehen - wie Sie früher in Gewerkschaftsversammlungen immer sagten -, wenn für die Zeit ab dem Jahr 2003 nichts geschieht. CDU/CSU und FDP haben die Werftenhilfe immer wieder durchgesetzt - trotz OECD-Abkommen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin hat den entsprechenden Antrag in diesen Wochen eingebracht,

(Glocke des Präsidenten)

damit auch dem Begehren des deutschen Reederverbandes Rechnung getragen wird. Weil sich die Entscheidung über die Klage bei der WTO bis zu zwei Jahre hinauszögern kann, ist Zeit gewonnen, um das zu regeln, was erforderlich ist und was wir auch von Ihnen als Landesregierung und als SPD-Fraktion wirklich einfordern. Ich warte darauf, dass Sie - Herr Adam oder wer immer dazu sprechen wird - nun auch markige Worte finden, damit das auf den Weg gebracht wird. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Herr Kollege Adam.

Adam (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst einmal bei dem Kollegen Ontijd dafür, dass er mich so oft namentlich genannt hat. Ich habe allerdings den Eindruck gewonnen, dass er nicht mich, sondern Herrn Dr. Biester gemeint hat.

(Zustimmung bei der SPD - Möllring [CDU]: Die kann man aber gut auseinander halten!)

Meine Damen und Herren, nach der Rede des Kollegen Dr. Biester und noch mehr nach der Rede des Kollegen Ontijd habe ich mich natürlich gefragt: Was mögen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Werften sowie die Werftenbesitzer denken, wenn sie diese Reden hören und an die Umsetzung denken?

(Möhrmann [SPD]: Die werden melancholisch!)

Der Kollege Gansäuer hat in der Debatte vorher den Schatz seiner Erfahrungen von vor 25 Jahren, glaube ich, hier Revue passieren lassen.

(Möllring [CDU]: 22 Jahre!)

- Das ist auch egal. Schade für Sie, Herr Möllring, dass Sie das nicht erreichen.

(Möllring [CDU]: Das habe ich schon fast!)

Meine Damen und Herren, mein politischer Erfahrungsschatz geht nur bis 1986 zurück. Ich weiß, dass die damalige CDU-geführte Bundesregierung seit 1986 permanent die Werftenhilfe streichen wollte

(Beifall bei der SPD)

und dass es nur dem Einsatz von Haushaltspolitikern aller Fraktionen aus den Küstenregionen zu verdanken ist, dass die Werftenhilfe im Haushalt geblieben ist. Die CDU-geführte Bundesregierung und der damalige Finanzminister Waigel haben es aber immer wieder geschafft, die Beiträge zurückzufahren.

Meine Damen und Herren, während wir heute von 960 Millionen DM sprechen, gab es damals 250 Millionen DM. Das ist genau der Beitrag, den das Land Niedersachsen heute allein leistet. Wenn angesichts dessen das Land aufgefordert wird, noch mehr Aktivitäten zu entfalten, dann zeigt mir das, dass es eigentlich gar nicht um die Sache, sondern nur um Polemik geht. Wenn Hafenpolitiker fordern, endlich einmal informiert zu werden, dann muss ich sagen, meine Damen und Herren: Permanent - sowohl unter dem Vorsitz von Udo Zempel als auch unter dem Vorsitz von Wilfrid Adam, als auch unter dem Vorsitz von Hans-Dieter Haase - ist der Ausschuss für Häfen und Schifffahrt vom Wirtschaftsministerium über die Situation der Werften informiert worden, übrigens nicht auf Antrag der CDU, sondern auf Antrag der Sozialdemokraten.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn angesichts dessen hier gesagt wird, es gebe keine Information, man wisse nicht, was los sei, dann zeigt mir das, dass dieser Antrag eigentlich nur gestellt wurde, um ein bisschen Stimmung in diesen Laden zu bringen. - Ich nehme „Laden“ zurück, Herr Präsident.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, am Anfang habe ich mich wirklich geärgert, weil wir in hafenpolitischen Fragen eigentlich eine große Einigkeit im

Ausschuss für Häfen und Schifffahrt haben. Lesen Sie bitte die Reden von Martin Döscher, von Wolfgang Ontijd und von all den anderen nach!

(Unruhe bei der CDU)

- Wolfgang, du darfst nicht nur reden, du musst auch einmal Herrn Pöttering in Brüssel sagen, dass er handeln soll, Mensch!

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osna-brück) [CDU]: Wir haben doch keinen Kommissar bekommen!)

Am Anfang habe ich mich also geärgert, aber nachdem die Frau Ministerin die Gelegenheit nutzen konnte, den großen Erfolg der deutschen und der niedersächsischen Werftenpolitik hier vorzutragen, sage ich: Ich danke der CDU dafür, dass sie uns die Gelegenheit gegeben hat, auf erfolgreiche sozialdemokratische Politik hinzuweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Wir kommen damit zu

b) Der Wahnsinn hat Methode: Wer SPD-Landwirtschaftspolitik sät, wird Agrarfabriken ernten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2086

(Dinkla [CDU]: Das war ein nahtloser Übergang!)

Wer bringt den Antrag ein? - Frau Harms, bitte!

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich vor dieser Debatte gefragt, was denn nun eigentlich in Niedersachsen jemanden prädestiniert, Landwirtschaftsminister zu werden. Ich möchte Ihnen hier einmal die derzeit moderne Methode des Multiple Choice anbieten:

Erstens. Er muss Bauer sein.

Zweitens. Er muss viel und gern Fleisch essen; man sollte es ihm auch ansehen.

Drittens. Der Bauernpräsident muss ihn für einen feinen Kerl halten.

Viertens. Er muss immer dann, wenn es Probleme mit der Landwirtschaft gibt, ungeheuer geschickt auf Brüssel zeigen und sagen: Schuld haben die da in der EU.

Fünftens. Er muss Tierschützer sein, und zwar überzeugend dann, wenn es darum geht, den Lebensraum für Käfighennen um 10 cm² zu erweitern.

Sechstens. Er muss Umweltschützer sein, und er muss z. B. dem Umweltminister immer klarmachen, dass die Umweltpolitik eigentlich am besten im Landwirtschaftsministerium gemacht werden könnte.

Siebtens. Er muss immer wieder sehr viel Geld aus Brüssel und Berlin beschaffen. Wenn er mit seiner Landwirtschaftspolitik Fehlschläge erleidet, muss er außerdem noch in der Lage sein, dafür zu sorgen, dass das Geld möglichst so unter die Bauern gebracht wird, dass sich an den Ursachen für die Probleme, die wir immer wieder haben, jetzt z. B. mit BSE, möglichst wenig ändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, anhand dieses Katalogs darauf gekommen sind, dass Landwirtschaftsminister Funke dieses Anforderungsprofil hervorragend erfüllt, dann haben Sie 100 Punkte. 120 Punkte bekommen Sie von mir, wenn Sie feststellen, dass auch Minister Bartels als Statthalter Funkes in Niedersachsen diese Anforderungen weitgehend erfüllt.

Nun ist es aber so, dass die Erfolgsstory „Karl-Heinz Funke“ jäh abgestürzt ist. Wer sein Agieren in Sachen BSE verfolgt hat, muss sich darüber nicht wundern. Schuld an dem Einbruch in der Karriere von Herrn Funke ist ein Rindvieh in Schleswig-Holstein. Ein freiwilliger Test dort hat zum Ende des Selbstbetruges der Landwirtschaftsminister und weitgehend auch der Landwirtschaftsfunktionäre geführt.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

BSE ist inzwischen in ganz Europa ausgebreitet, Herr Kollege. BSE hat keinen Bogen um die Bundesrepublik gemacht, auch wenn SPD- und CDU-Landwirtschaftspolitiker das immer wieder suggeriert haben. Ein Ende dieses Seuchenzuges ist überhaupt nicht in Sicht. Wir haben jetzt Tests eingeführt, und Tiermehlverfütterung wird verboten.

Das alles sind richtige Maßnahmen, kommen aber viel zu spät. Was finden wir vor? - Wir finden ruinierte Bauern, ruinierte Schlachthöfe, ruinierte Schlachter und ratlose Verbraucher vor. Herr Landwirtschaftsminister, wer übernimmt dafür eigentlich die Verantwortung? Wo ist eigentlich die Entschuldigung derjenigen, die diese Landwirtschaftspolitik zu verantworten haben, gegenüber den Betroffenen? Ich habe von Herrn Funke oder von Ihnen, Herr Bartels, erst recht nicht vom Herrn Ministerpräsidenten, der ja auch eine Verantwortung trägt, keine Entschuldigung gehört. Es gibt keine Verantwortlichen für das, was angerichtet worden ist, folglich auch keine Entschuldigung.

Dafür ist aber eine unglaublich gut entwickelte achte Eigenschaft für Landwirtschaftsminister zu nennen: Dann, wenn alles schief gegangen ist, setzen sie sich an die Spitze der Gegenbewegung. Es ist wirklich so, dass wir eigentlich über Nacht nur noch Agrarpolitiker vorfinden, die sagen: Nieder mit der agrarindustriellen Entwicklung. - Ich kenne plötzlich niemanden mehr in Niedersachsen, der nicht schon immer gegen industrielle Käfighennenhaltung und Massentierhaltung von Schweinen und Rindern gewesen wäre.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Sie werden mich vielleicht eines anderen belehren. Wir haben heute Morgen die Kollegen gefragt. Alle Befragten, bis auf einen, sind schon seit mindestens 20 Jahren für den ökologischen Landbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer soll im Lande einem solchen Kurswechsel, selbst wenn er an der Spitze, und zwar durch den Kanzler vorgegeben wird, glauben? Wer soll diesen Landwirtschaftspolitikern vertrauen? - Ich kann, nachdem ich auf sieben Jahre sozialdemokratische Agrarpolitik hier im Landtag zurückblicken kann, eigentlich nur das sagen, was mir früh beigebracht worden ist: Trau, schau, wem.

Manchmal hilft ja an einer solchen Stelle schlicht und ergreifend der Blick in die Zeitungen. Herr Gabriel, der ja, seitdem wir diese BSE-Krise haben, auch Landwirtschaftspolitik betreibt, sagte gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“: Keine Berufsgruppe ruft so schnell nach dem Staat wie die Bauern. - Außerdem fordert er, dass zukünftig im Mittelpunkt der Landwirtschaftspolitik die Verbraucher sowie die Kundenorientierung stehen müssen und nicht mehr der Bauer. Die Drucker-

schwärze der „Leipziger Volkszeitung“ ist noch nicht trocken, da erklärt er am nächsten Tag gegenüber den Mitgliedern des Bauernverbandes in Niedersachsen, dass man sich sicher sein könne, dass der Verbraucher überhaupt nicht bereit wäre, mehr Geld für bessere Qualität zu zahlen.

Meine Damen und Herren, ich traue diesem Stimmungswechsel nicht. Ich traue in Sachen zukunftsfähige Agrarpolitik und verantwortlicher Umgang mit Verbraucherinteressen nur grüner Landwirtschaftspolitik.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle sagen, Herr Bartels, nachdem Sie in den Debatten der letzten Wochen auch gegenüber Frau Höhn so ausfällig geworden sind - Sie haben Sie nämlich des Wahnwitzes bezichtigt -: Auch eine Entschuldigung gegenüber grüner Landwirtschaftspolitik, gegenüber Frau Höhn wäre fällig. Das ist nämlich die einzige verantwortliche Landwirtschaftspolitikerin, die sich noch mit geradem Rücken in der Bundesrepublik bewegen kann. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Kethorn [CDU]: Na, na, na!)

Präsident Wernstedt:

Darauf antwortet der Ernährungsminister.

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich richtig, Frau Harms, wenn Sie darauf hinweisen, dass die Aufgaben eines Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bisweilen auch die Quadratur des Kreises zum Inhalt haben, angesichts der vielfältigen Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, und zwar vom Naturschutz über den Tierschutz, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und die Einbindung dessen, was wir in EU und WTO zum Thema Agrarpolitik machen. Das ist nicht einfach. Insofern haben Sie sicherlich mit der umfassenden Beschreibung Recht.

Sie hätten mit Ihren Ausführungen auch Recht, wenn wir uns so verhalten hätten, wie Sie das eben geschildert haben, wobei ich mich jetzt auf meine Aktivitäten beziehen möchte, wenn Sie es mir nachsehen. Ich könnte aber auch die acht Jahre

vorher mit meinem Kollegen Funke Revue passieren lassen. Sie hätten Recht, wenn wir uns so verhalten hätten, wie Sie es dargestellt haben, nämlich wenn wir uns sozusagen über Nacht aus dem Dunkel heraus an die Spitze einer neuen Bewegung gesetzt hätten. Das ist nicht der Fall. Ich kann Ihnen beweisen, dass wir damals, als Sie alle noch in den Schützengräben lagen und sich überhaupt nicht hochbewegt haben, z. B. hinsichtlich des Amsterdamer Vertrages vorneweg gewesen sind und gesagt haben, dass darin die Ziele einer bäuerlichen Landwirtschaft artikuliert werden müssen.

(Klein [GRÜNE]: Artikulieren reicht nicht, handeln!)

Das ist nicht geschehen. Bei den GATT- und Agenda-Vereinbarungen haben wir, Frau Harms, anstelle des gesamten Prämienwirrwarrs eine Grünlandprämie gefordert. Ich muss mich jetzt also nicht sozusagen neu entdecken, sondern ich kann sagen: Meine alten Vorstellungen finden jetzt durch die Agrarpolitik und die Geschehnisse Bestätigung. Ich habe also keinen Grund, mich entschuldigen zu müssen, sondern ich kann sagen: Meine Annahmen von vorher waren richtig. Sie waren aber auch in eine Richtung angelegt, die die Naturschutzverträglichkeit und die Verbraucher-verträglichkeit dieser Agrarpolitik unterstützen.

Wenn Sie hier aber ein Bild von einer Landwirtschaft zeichnen, die sozusagen von industriellen Agrarfabriken beherrscht ist, meine Damen und Herren, dann reden Sie über ein Land, das nicht Niedersachsen sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Faktum. Schauen wir uns das doch einmal an. Die überwiegende Mehrheit unserer Betriebe - 98 %, um es präzise zu sagen - sind von der Größe und Sozialstruktur her als bäuerliche Betriebe zu bezeichnen.

(Kethorn [CDU]: Genauso ist es!)

Bei den Rindermästern haben wir 317 von 4.046 Betrieben, die 200 und mehr Rinder mästen, und wir haben ganze 476 Betriebe von 22.637 Betrieben, die mehr als 100 Milchkühe haben. Gott sei Dank haben wir die. Frau Janßen, die ja aus bäuerlichem Hintergrund stammt, sitzt ja bei Ihnen. Wir wissen, dass diese Betriebe Zukunft haben und dass wir uns um die anderen Sorgen machen müssen. Ich

bin froh, dass wir sie in dieser Größenordnung haben.

Wir haben in der Schweinehaltung auch Betriebe, meine Damen und Herren, bei denen wir nicht von Strukturen reden können, wie wir sie z. B. in den neuen Bundesländern haben. Ich bedaure diese Strukturen, um das einmal klar zu sagen. Ich möchte sie nicht in Niedersachsen haben. Ich möchte auch nicht die Strukturen von Spanien, Portugal und England haben. Aber wir brauchen wettbewerbsfähige Strukturen.

Ich sage an dieser Stelle: Nicht die Größe ist das Ausschlaggebende, sondern die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Bäuerinnen und Bauern und natürlich die Fähigkeit, strukturelle Nachteile durch überbetriebliche Zusammenarbeit aufzuheben. Wie sonst sollen wir die kommenden Jahre überstehen, wenn die Konkurrenz noch stärker wird und die Erzeugerpreise weiter absinken? - Wir leben nicht unter einer Käseglocke, wo wir über Preise und Warenangebote politisch entscheiden können. Die Spielregeln auf unseren Märkten, meine Damen und Herren, werden von der EU- und der WTO-Runde gesetzt.

(Frau Harms [GRÜNE]: Genau!)

Sie werden aber auch, um das klar zu sagen, von dem Verbraucher, Frau Harms, gesetzt. Lassen Sie mich das doch ausführen. Die Verbraucher sind durch viele Ereignisse auf dem Lebensmittelmarkt verunsichert und misstrauisch. Sie wünschen sich in der überwiegenden Mehrheit gesundheitlich unbedenkliche und umweltverträglich erzeugte Nahrungsmittel sowie tierartgerecht erzeugte Fleischprodukte. Werbeaussagen allein reichen da nicht. Diese Eigenschaften müssen für den Verbraucher nachvollziehbar sein, und sie müssen dokumentiert worden sein. Damit sich auch die Nachfrage des Lebensmitteleinzelhandels entsprechend gestaltet, muss dieses von den Landwirten, von den Erzeugern geleistet werden.

Hier liegt die Chance, diesen Markt zu bedienen. Nicht Masse, sondern Klasse zählt. Mit nicht einfach austauschbarer Ware stärken wir unsere Stellung in dem immer schärfer werdenden Wettbewerb. Ein Blick zu unseren Nachbarn in Dänemark belegt im Übrigen, wie man sich mit transparenten, integrierten Produktionsverbänden vom Stall über die Schlachtung, über den Transport bis hin zur Ladentheke neue Märkte erobern kann. Diesen Weg, den wir beispielhaft schon in der Vergangen-

heit gegangen sind, werden wir auch in der Zukunft konsequent fortsetzen.

Auf diese Art und Weise lässt sich auch das Vertrauen der Verbraucher wieder zurückgewinnen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn wir ganz Niedersachsen sozusagen in ökologischer Wirtschaftsweise bewirtschaften könnten,

(Oestmann [CDU]: Dann wäre aber nichts mehr mit dem Agrarland Nummer 1!)

wenn wir den Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe nennenswert erhöhen könnten. Aber solange diejenigen, die hohe Preise für ökologisch erzeugte Produkte zahlen und dies nicht nur gegenüber der Presse behaupten, in der Minderheit sind, solange die Masse der Verbraucher zu den verschiedenen "Aldis" läuft - wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass das so ist -, und so lange ich rechtlich nicht die WTO-Bedingungen, EU und Binnenmarkt außer Kraft setzen kann, bleiben alle Vorstellungen vom flächendeckenden ökologischen Landbau fromme Wunschträume ohne Aussicht auf Verwirklichung.

Ich muss Lösungen finden, die für die gesamte Landwirtschaft in Niedersachsen gelten und die wirtschaftlich vertretbare Wirtschaftsweisen ermöglichen; im Einklang mit Verbraucherfragen, der Umwelt und dem Tierschutz. Daran arbeiten wir seit Jahren, meine Damen und Herren.

Ich sage noch einmal: Wir haben keine Mehrheit für eine Absicherung der bäuerlichen Landwirtschaft in der GATT-Runde gefunden. Ich habe Ihnen gerade noch einmal deutlich gemacht, dass uns hierfür die Unterstützung gefehlt hat. Wir hatten keine Unterstützung bei dem Wunsch, die vielfältigen Tierprämien in eine einfache Grünlandprämie umzugestalten. Wir haben auch keine Mehrheit dafür bekommen, die Flächenbezogenheit der landwirtschaftlichen Tierhaltung in Deutschland sozusagen per Gesetz als Grundlage für die Zukunft zu haben. Auch dabei waren die Grünen in der Anfangsphase außerordentlich hinderlich.

Aber wir haben den Tierschutz vorangetrieben. Dabei geht es nicht nur um wenige Quadratmeter, Frau Harms, sondern wir haben in vielen Produktbereichen, in vielen Bereichen der Tierhaltung mehr Tierschutz als irgendwo anders in

Europa installiert. Wir sind in diesen Dingen beispielhaft.

(Frau Harms [GRÜNE]: Was wir feststellen, ist doch, dass das alles nicht reicht! Bilanzieren Sie doch einmal ehrlich!)

- Das war eine ehrliche Bilanz, die ich gerade gezogen habe. Ich habe Ihnen gesagt, dass diese Schritte unternommen worden sind. Die betroffenen Landwirte haben uns manches Mal schon gesagt: Wir kommen in eine fast ausweglose Situation, weil ihr uns in Deutschland mit den erhöhten Anforderungen überfordert.

Das ist das, was wir als Gratwanderung zu tun haben: Tierschutz, weil uns der Verbraucher nichts anderes mehr durchgehen lässt; Verbraucherschutz ganz oben anstellen, weil der Verbraucher uns das abverlangt. Beides muss ich hinbekommen.

(Zuruf von Frau Harms [GRÜNE])

- Sie dürfen in Ihrem Beitrag gleich verdeutlichen, ob das so ist oder nicht. Ich antworte Ihnen schon jetzt darauf, dass wir beides in Europa beispielhaft verwirklicht haben. Wir sind selbstverständlich noch lange nicht dort, wohin wir wollen. Wir haben aber schon die entsprechenden Schritte eingeleitet und sind schon weit vor Ihren Kollegen in anderen Bundesländern. Das sind die Dinge, die wir heute als Bilanz vorweisen können.

(Glocke des Präsidenten)

Dass wir in dieser Richtung - verbraucherschutz-, tierschutz- und umweltschutzorientierte Landwirtschaftspolitik - weiterarbeiten müssen, ist unsere Auffassung. Das ist auch die Auffassung des Ministerpräsidenten. Wenn Sie an der Mitgliederversammlung des Landvolkes teilgenommen hätten, hätten sie feststellen können, dass das, was er gegenüber der "Leipziger Volksstimme" auf der einen Seite und was er während der Landvolkversammlung auf der anderen Seite gesagt hat, zusammenpasst und das Konzept dessen ist, was ich hier gerade dargestellt habe. - Schönen Dank.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das ist die Kunst von Politik, immer dafür zu sorgen, dass alles beim Alten bleibt!)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Ehlen!

Ehlen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal haben wir in der Aktuellen Stunde zwei Punkte, die sich mit BSE befassen. Ich meine schon, dass die Bevölkerung in diesem Zusammenhang große Aufmerksamkeit auf uns richtet und auch feststellt, wie man im Niedersächsischen Landtag mit dieser Problematik umgeht. Aufgrund vieler Nachfragen muss ich sagen, dass die Bevölkerung nach wie vor - auch zweieinhalb Wochen nach dem Auffinden des ersten BSE-Tieres in Deutschland - sehr, sehr verunsichert ist. Ich meine, dass wir uns nicht einfach so darüber auslassen und auch nicht versuchen sollten, alles das, was Landwirtschaft in Niedersachsen betrifft, in Frage zu stellen. Der Minister hat bereits darauf hingewiesen, dass wir in Niedersachsen eine hoch qualifizierte Ernährungswirtschaft haben, dass wir in Niedersachsen dicht an dem sind, was hinsichtlich der Lebensmittelqualität an Optimum erreicht werden kann. Die Fachleute, nämlich Professor Tangermann von der Universität Göttingen, Professor Kamphues von der Tierärztlichen Hochschule und auch die IG BAU - das heißt Bau, Agrar, Umwelt -, haben festgestellt, dass wir in Deutschland und speziell auch in Niedersachsen hochwertige Nahrungsmittel produzieren und dass dies mit keinem einzigen Wort in Frage gestellt werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich werfe den Grünen vor, hier Panikmache zu betreiben, die jeder Grundlage entbehrt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die normale landwirtschaftliche Produktion, die in Niedersachsen stattfindet, wird nach guter fachlicher Praxis durchgeführt. Wir haben den Bezug zwischen Tier und Fläche.

(Frau Harms [GRÜNE]: Fachlich geschlachtet wird jetzt in Holland!)

Was jetzt hier in den Raum gestellt wird, ist völlig aus der Luft gegriffen und diskriminiert unsere Landwirte.

Ich habe große Bedenken gegen die Art und Weise, in der auf Regierungsebene mit dem Problem umgegangen wird.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Minister Funke hat immer erklärt, Tiermehl sei sicher.

(Schack [SPD]: Das hast du auch immer gesagt!)

Dann hat er den Entwurf einer Verbotsverordnung auf den Weg gebracht. Einen Tag später ist daraus ein Eilgesetz zum Verbot der Verfütterung von Tiermehl geworden, das am 1. Dezember in Kraft getreten ist. Am 2. Dezember hat er Ausnahmen von diesem Gesetz verkündet. Am 4. Dezember hat seine Kollegin, die Frau Gesundheitsministerin, diese Ausnahmen wieder aufgehoben.

Vom 1. Januar nächsten Jahres an haben wir in der EU ein Tiermehlverfütterungsverbot, und in der derzeitigen Situation, so sage ich einmal, eine undurchschaubare Rechtslage.

(Eveslage [CDU]: Hirnrissig ist das!)

Gelatine darf zur Vitaminstabilisierung in Futtermitteln nicht verwendet werden. Gummibärchen darf jedes Kind und darf jeder Greis essen. Wir Menschen dürfen im Moment Schmalzbrote essen, für Tiere ist Schmalz im Futter verboten. Das muss man sich einmal vorstellen. Fischmehl zu verfüttern ist in Deutschland verboten. Mit Fischmehl gefütterte Tiere dürfen aus den Niederlanden und anderen EU-Ländern eingeführt werden.

Außerdem muss man feststellen, meine Damen und Herren, dass fast jeder Politiker, der ein wenig auf Publicity aus ist, versucht, auf den Karren aufzuspringen. Ich frage den Umweltminister, was oder wer ihn geritten hat, zu behaupten: Lebensmittel werden immer billiger und die Qualität auch. Herr Minister, Sie haben nicht ein Beispiel dafür genannt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Harden [SPD])

- Beispiele dafür ist er schuldig geblieben. Das ist reine Polemik und Panikmache.

Meine Damen und Herren, unser Bundeskanzler, Ihr Bundeskanzler Schröder,

(Harden [SPD]: Unser aller Bundeskanzler!)

hat im vergangenen Jahr, als die Agenda 2000 verabschiedet wurde, verkündet: Wir machen unsere Landwirtschaft fit für den Markt! - In einer Talkshow sagte er, kurz nachdem der erste BSE-

Fall aufgetreten war: Wir müssen jetzt den Umbruch einleiten. Er könne sich eine Vertragslandwirtschaft vorstellen. Meine Damen und Herren, wer sich ein wenig auskennt, weiß, dass das eine Wende um 180 Grad ist.

(Klein [GRÜNE]: So etwas brauchen wir!)

Eine Vertragslandwirtschaft ist nahe an der Plan- oder Kommandowirtschaft, die wir glücklicherweise überwunden haben.

(Frau Harms [GRÜNE]: Was wird denn in Brüssel gemacht? Was ist das denn?)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass das, was von Ministerpräsident Gabriel in der "Leipziger Volksstimme" geschrieben war, sein wahres Gesicht gezeigt hat. Er sagte: Wir wollen Änderungen einleiten. - Damit verunsichert er die niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft und auch den Verbraucher; denn die müssen glauben, dass alles das, was in der Vergangenheit geschehen ist, verkehrt war, und dem ist eben nicht so.

Meine Damen und Herren, er hat auf der Mitgliederversammlung des Niedersächsischen Landvolkes versucht, diesen Eindruck gerade zu rücken.

(Klein [GRÜNE]: Das ist auch das richtige Gremium, um das Problem zu lösen!)

Die Landwirte haben aber begriffen, dass dieser Eindruck nicht gerade gerückt worden ist. Er hat - genauso wie es eben Landwirtschaftsminister Bartels getan hat - vielmehr versucht, die Landwirtschaft so darzustellen, dass es in Niedersachsen keine Massentierhaltung gibt. Ich möchte ihm dafür danken, dass er das so klar gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte unserem Ministerpräsidenten - es ist schade, dass er nicht da ist - Folgendes mit auf den Weg geben: Meine Damen und Herren, es kann nicht angehen, dass er in diesem Amte mit zwei Zungen redet, indem er auf der einen Seite sagt, dass die ganze Ernährungsproduktion umgekrempelt werden solle, und auf der anderen Seite versucht, die Betroffenen zu beruhigen, indem er sagt, dass alles nicht so schlimm sei und er seine Bauern nicht im Regen stehen lasse.

(Frau Goede [SPD]: Es ist gut, dass er das tut!)

Meine Damen und Herren, dieses Verhalten erinnert mich an einen berühmten Fußballlehrer,

(Schack [SPD]: Oh!)

an Max Merkel. Der gute Max Merkel war anerkannter Fußballlehrer. Sein Motto war: mit Zuckerbrot und Peitsche. Das Gleiche hat der Ministerpräsident jetzt auch in Bezug auf die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft eingeläutet.

(Möhrmann [SPD]: Das Landvolk macht das genauso, Herr Kollege!)

Der gute Merkel ist 1968 mit dem 1. FC Nürnberg Deutscher Meister geworden. Der gute Merkel ist aber 1969 mit der gleichen Mannschaft abgestiegen. Ich glaube, dass es unserem Ministerpräsidenten genauso ergeht.

(Beifall bei der CDU - Möhrmann [SPD]: Schlechter Vergleich, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, das ist eine Sache, die Sie nicht so locker sehen sollten. Landwirte und Verbraucher reagieren sehr sensibel.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das ist ja unglaublich! - Glocke des Präsidenten)

Ich meine, dass wir uns hier nicht die Blöße geben sollten, Erwartungen zu wecken, die nicht haltbar sind, und Unsicherheit in die Welt zu setzen.

(Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie mich ganz kurz von einem Erlebnis berichten. Ich habe die Ansprache eines sehr besonnenen Familienvaters erlebt, der nachgefragt hat, wie das mit der Entsorgungsschiene des Tiermehls funktioniert. Der war so verstört, dass er zum Schluss gefragt hat: Und wo bleibt die Asche? - Meine Damen und Herren, so weit sind wir. Das aber kann es doch letztendlich nicht sein.

(Mühe [SPD]: Was will er damit sagen?)

Ich meine schon, dass wir aufpassen müssen, dass wir auf dieser Schiene der Behandlung dieses Themas nicht in eine Richtung gleiten, die von der christlich-ethischen Einstellung her nicht mehr zu verantworten ist.

Abschließend will ich unserem Landwirtschaftsminister mit auf den Weg geben, dass er in vielerlei Hinsicht darauf achten soll, dass sein Haus nicht zu einem Entsorgungsministerium verkommt.
- Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Herr Kollege Beckmann.

Beckmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte heute Morgen noch gehofft, dass wir die beiden Punkte - sowohl den Antrag der Grünen als auch den der SPD - gemeinsam beraten könnten. Ich hatte gehofft, dass wir das Thema ebenso wie in der letzten außerordentlichen Ausschusssitzung hätten behandeln können, nämlich mit dem Ziel, so viele Informationen wie möglich zu erhalten und das Thema so sachlich wie möglich zu diskutieren, um vielleicht doch den einen oder anderen neuen Gedanken aufzunehmen und daraus eine Strategie für eine bessere Zukunft in diesem Bereich zu entwickeln.

Frau Harms, Sie haben, wie schon aus der Überschrift deutlich wird, die Gelegenheit genutzt, daraus einen ausschließlich persönlichen Angriff zu machen. Ich hatte den Eindruck, dass bei Ihnen auch so ein bisschen die Freude darüber zum Ausdruck kam, dass diejenigen, die gehofft hatten, dass wir in Niedersachsen und in Deutschland keinen solchen Fall haben und auch keinen kriegen werden, dass die, die gehofft hatten, dass wir in Deutschland BSE-frei sind, nicht Recht gehabt haben. Ich gebe zu, dass wir das geglaubt haben bzw. daran glauben wollten. Es gab auch eine ganze Reihe von Gründen, die dafür sprachen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Nennen Sie einmal einen, Herr Beckmann!)

- Ich werde dazu gleich noch auf der Grundlage unserer Gesichtspunkte etwas sagen, weil ich glaube, dass wir insoweit wieder zu etwas mehr Sachlichkeit kommen müssen. - Ich meine, dass es überhaupt nichts nützt, dieses Thema nur unter dem Gesichtspunkt zu behandeln, wann welcher Minister zurücktreten muss. Das ist das Einzige, was aus Ihrer Rede hervorgegangen ist. Wir können nicht einfach so tun, als wenn wir die Dinge hier - isoliert von der europäischen Landwirtschaftspolitik - einfach umdrehen können. Wir

können auch nicht einfach so tun, als wenn alles das, was gewesen ist, grundsätzlich schlecht war, und von daher nur das, was Sie schon immer gepredigt haben, der richtige Weg ist.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Wie oft mussten wir uns hier im Landtag dafür beschimpfen lassen!)

- Was das Beschimpfen angeht, so sind Sie ja auch nicht gerade kleinlich! - Sie sollten aber nicht in Häme und schon gar nicht in Freude darüber ausbrechen, dass Sie nun doch Recht gehabt haben. Denn die Situation, in die wir jetzt geraten sind, ist sehr schwierig.

(Klein [GRÜNE]: Jetzt soll man sich noch dafür schämen, dass man Recht gehabt hat, oder?)

- Herr Klein, es ist immer eine Frage, wie man darauf eingeht. - Wir sollten die Chance, die damit verbunden ist, aufgreifen, um die Gedankengänge, die Sie in den früheren Berichten eingebracht haben, weiter zu verfolgen. Vielleicht haben wir ja noch die Gelegenheit, diese Diskussion unter dem nächsten Punkt zu führen. Aus diesem Grunde will ich mich jetzt hierzu so kurz wie möglich fassen, damit ich gleich noch darauf eingehen kann.

Ich möchte Sie nur darum bitten, Frau Harms: Lassen Sie uns gemeinsam zur Sachlichkeit zurückkehren. Ich darf mich insoweit besonders beim Ausschussvorsitzenden, Herrn Oestmann, bedanken für die Art und Weise, wie er die letzte Sitzung geführt hat. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist, wie wir diese Fragen zukünftig anpacken sollten. Die Position, die wir vertreten, werde ich gleich in der Beratung über unseren Antrag darlegen. Ich meine, schon die Überschrift, die Sie verwendet haben, hätten Sie vermeiden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Klein!

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ehlen, wie sensibel Landwirte reagieren, erleben wir gerade in diesen Tagen wieder, wo sie, wenn es darum geht, pro Rind ungefähr 200 bis 240 DM für eine gewisse Gesundheitssicherung auszugeben - das sind etwa 30 Pf/kg -, nichts schneller tun, als

diese Rinder an diesen Bestimmungen vorbei nach Holland zu schaffen und dort zu verkaufen.

(Kethorn [CDU]: Das ist falsch! Weil hier nicht mehr geschlachtet wird!)

Auf diese Sensibilität lege ich keinen besonderen Wert.

Herr Minister Bartels, Sie haben hier wieder den Eindruck erwecken wollen, als gebe es das Problem agrarindustrieller Strukturen in Niedersachsen nicht. Sie hatten formuliert, dass es sich um einen Griff in die ideologische Mottenkiste handele. Ich glaube, wer die Realität dieser Wirtschaftsweise in Niedersachsen nicht gesehen hat, der muss in den letzten Jahren blind durch dieses Land gelaufen sein, und der sollte endlich seine lobbygetönte Brille abnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder haben Sie nichts mitbekommen von den Schwierigkeiten, die durch die Stallbauten an der Küste oder im Raum Vechta/Cloppenburg eingetreten sind, haben Sie nichts mitbekommen von Dioxin in Futtermitteln und ähnlichen Entwicklungen? Alles das sind letztlich doch Dinge, die zurückzuführen sind auf eine bestimmte Produktionsweise, die in der Tat nichts mit der Tierkopffzahl zu tun hat, die aber mit der Art der Produktion zu tun hat. Ich habe es an dieser Stelle schon einmal mit anderen Worten gesagt: Wer Eier wie Schrauben produziert und Koteletts wie Zahnbürsten, der kann nichts anderes tun, als jeden Pfennig ausnutzen zu wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Harms [GRÜNE]: Er hat Recht!)

Dann kommen wir in die Situation, dass Masse rentabler ist als Klasse. Das ist der Grundzweifel, den wir haben müssen. Das industrielle Denken setzt da einfach die falschen Akzente.

Sie haben sich entschieden dagegen verwahrt, dass unser Ansatz, das System komplett umzubauen, also wirklich einmal Nägel mit Köpfen zu machen, ein möglicher Ansatz ist. Sie haben es heute etwas moderater ausgedrückt. An anderer Stelle haben Sie gesagt, ein Umbau in Richtung Biolandwirtschaft großen Stils wäre der Todesstoß für unsere Landwirtschaft. Herr Bartels, ich glaube, dass es Ideologie ist, wenn jemand eine ökologische und tiergerechte Landwirtschaft als nicht umsetzbar bezeichnet.

Ich frage mich: Wie muss man denn den Ansatz bewerten, wenn Sie letzten Endes doch mit den Mitteln, die diese ganze Misere verursacht haben, diese Misere auch wieder beheben wollen? Das geht nicht! Sie brauchen einen Systemwechsel.

Da gilt dieser schöne Bibelspruch „Nicht ihren Worten sollt ihr Vertrauen, sondern ihren Taten“. Sie haben davon geredet, dass sie alle diese Dinge wohl gern machen möchten. Aber was tun Sie denn konkret? - Sie haben jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt, bestehend aus Mitgliedern des Bundeslandwirtschaftsministeriums, des Landeslandwirtschaftsministeriums und des Berufsstandes, die die Probleme im Raum Vechta/Cloppenburg lösen soll. Ich frage sie: Wo sind denn die guten neuen Ansätze? Wo sind die Verbraucher in dieser Gruppe? Wo sind die Tierschützer in dieser Gruppe? Und wo sind diejenigen, die z. B. für eine Umstellung auf ökologischen Landbau in dieser Gruppe arbeiten und werben können?

(Oestmann [CDU]: Aber bezahlen tun die gar nichts!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, hier wird auch immer ein Popanz aufgebaut. Es wird gesagt: Die Leute sind nicht bereit, mehr Geld für bessere Lebensmittel auszugeben. Das ist wirklich Unsinn. Es kommt doch auch darauf an, dass man entsprechende Entwicklungen fördert. Festzustellen ist, dass z. B. der Absatz von Biofleisch bei einem Großhändler in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr um 400 % gestiegen ist, dass es seit dem ersten BSE-Fall eine Verdoppelung des Absatzes von Biofleisch in Berlin gegeben hat. Selbst die sicherlich unverdächtige Zentralstelle für Markt- und Preisberichte, Abteilung ökologischer Landbau, meldet 25 % Zuwächse. Ich sage Ihnen: Es ist ein Märchen, wenn Sie ständig behaupten, die Menschen wären nicht zu bewegen, für bessere und gesündere Nahrung auch ein bisschen mehr Geld auszugeben.

Ich glaube, Sie haben sich noch nie vor Augen geführt, wie so etwas aussehen könnte. Es ist in entsprechende Szenarien längst erwiesen und erforscht, dass eine selbst flächendeckende Umstellung auf biologischen Landbau nicht zu Versorgungspässen führen würde. Das Ertragspotenzial ist gleich. Es liegen Nachrichten von einer Langzeitstudie aus der Schweiz vor. Da ist über einen Zeitraum von 21 Jahren festgestellt worden, dass das Ertragsniveau beim biologischen Landbau um 20 % niedriger lag als beim konventionellen,

das aber bei einem geringeren Einsatz von Düngemitteln, der bei 30 bis 60 % lag. Das heißt, diese ganze Wirtschaft war insgesamt sogar ertragreicher als der konventionelle Landbau. Wir müssen berücksichtigen, dass biologischer Landbau volkswirtschaftlich schlicht und einfach die bessere Alternative ist, auch die höchste Rendite bringt. Es sind nicht unüberwindliche Sachzwänge, die uns hindern, das umzusetzen, sondern es sind denkblockaden in den Gehirnen derjenigen, die heute Landwirtschaftspolitik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Herr Minister, Sie haben noch eine Minute Redezeit!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es geahnt, dass diese beiden Themen - einmal die Frage, welche Schlussfolgerungen wir aus dem Geschehen ziehen, und zum anderen die Frage, wie wir sozusagen aktuell das BSE-Problem in Deutschland und in Europa bewältigen - miteinander vermischt werden. Ich finde es bedauerlich, dass das so geschehen ist. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten am Freitag die Gelegenheit genutzt und über die agrarpolitischen Konsequenzen miteinander geredet, aber nicht in Fünf-Minuten-Häppchen, wo man wirklich keine grundsätzlichen Ausführungen machen kann, die dann auch nachvollzogen werden können. Das finde ich zutiefst bedauerlich.

Ich habe manchmal den Eindruck, Herr Klein, dass Sie überhaupt kein Interesse daran haben, sich wirklich intensiv mit den Fragen auseinander zu setzen, mit den vielen Pros und Contras, die es da gibt,

(Frau Harms [GRÜNE]: Herr Minister, das ist eine infame Unterstellung!)

sondern dass Sie nur einen Schlagabtausch mit Schlagworten wollen. Das muss ich leider Gottes sagen.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, dass wir - das haben Sie ja bestätigt - in Niedersachsen keine agrarindustriellen Strukturen haben, wie Sie sie eben gebrandmarkt haben.

(Frau Harms [GRÜNE]: Süddoldenburg, was ist das denn?)

Dass es Probleme in Niedersachsen in bestimmten Verdichtungsregionen gibt, ist unbestritten. Dafür haben wir entsprechende Untersuchungen eingeleitet. Wir haben auch entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet, um diese Strukturen in Ordnung zu bringen.

Eine andere Frage ist: Wie bewältigen wir diese aktuelle BSE-Krise? Da warne ich auch meine Kollegen von der CDU, jetzt nicht das zu vergessen, was sie in den letzten Monaten und Jahren zu diesem Thema gesagt haben. Sie sollten sich in Erinnerung rufen, was Sie zu Tiermehl, zu Risikomaterial alles gesagt haben. Ich glaube, dann werden die Vorwürfe von Ihnen an dem, was aktuell gemacht wurde, weniger werden.

Ich meine, dass wir mit dem, was jetzt im Zusammenhang mit dem Auftreten eines BSE-Rindes in Deutschland auf den Weg gebracht worden ist, die schärfsten Regelungen haben, die es zur Zeit in Europa im Zusammenhang mit diesem Thema gibt. Das lässt sich unbestritten feststellen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Nachdem der Fall aufgetreten ist, Herr Minister! Sie haben verhindert, dass es früher geregelt wurde!)

Ich darf weiterhin sagen, dass es unser gemeinsames Anliegen sein müsste, dass diese Maßnahmen, wie sie hier in Deutschland praktiziert werden, auch in Europa punktgenau umgesetzt werden, dass europäische Regelungen nicht von den deutschen Regelungen abweichen dürfen; denn sonst werden die Verbraucherschutzinteressen und -ziele von Europa unterlaufen. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. - Herzlichen Dank.

(Eveslage [CDU]: Das müssen sie vorher bedenken und nicht hinterher!)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu

c) BSE-Krise in Europa - Vertrauen in die niedersächsische Ernährungs- und Landwirtschaft zurückgewinnen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/2087

Das Wort hat der Kollege Beckmann.

Beckmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion geht lückenlos weiter. Aber ich halte es doch für richtig - auch angesichts der Diskussion, für die wir ja am Freitag bei vier Anträgen zu dem Thema noch sehr viel Zeit haben -, auch unter dieser Überschrift und nicht nur unter der, die die Grünen geliefert haben, noch zwei, drei Sätze hinzuzufügen, von denen ich meine, dass wir am Freitag in dieser Richtung stärker diskutieren müssen.

Gerade wir in Niedersachsen - es wird immer vom Agrarland Nummer 1 gesprochen - sind doch in besonderem Maße betroffen. Auch wenn ich nicht aus diesem Beruf komme - der Herr Präsident betont zwar immer, dass ich *Flugzeugbauer* sei, was ja auch korrekt ist -, so weiß ich doch um die Situation der Landwirte gerade in meinem Wahlkreis: 150.000 Rinder, größtenteils Familienbetriebe nebenbei gesagt, nirgendwo industrialisiert, alles auf der Wiese draußen. Von daher sollten wir in dieser Frage das eine nicht zu sehr mit dem anderen vermischen, sondern sollten uns wirklich intensiv mit der BSE-Situation auseinander setzen.

Es gibt eine große Verunsicherung, und es nützt uns im Moment herzlich wenig, wenn wir uns gegenseitig die Schuld dafür zuweisen. Wir müssen vielmehr gemeinsam überlegen, wo die Politik helfen kann und wie wir Einfluss nehmen können - das scheint mir das Entscheidende zu sein - auf diejenigen, die weitestgehend die Landwirtschaftspolitik bestimmen. Das ist Brüssel. Da haben wir gemeinsam, alle, die politische Verantwortung tragen - - -

(Frau Harms [GRÜNE]: Ein gottgegebenes System offensichtlich!)

- Nein, es ist nicht gottgegeben, sondern die Frage ist, wie wir darauf einwirken können. Das hängt schon damit zusammen, wie viel wir dem Parlament zutrauen. Darüber sind wir doch auch nicht so ganz einig.

Wir haben eine Leitlinie in Brüssel, die ich nicht für gut halte, die aber das ganze Handeln bestimmt,

nämlich alles wird unter die Prämisse des Wettbewerbs gestellt. Dafür haben wir sogar einen eigenen Kommissar. Wir haben leider keinen Kommissar für guten Verbraucherschutz, sondern wir haben einen Kommissar für Wettbewerb. Alles, was wir in Europa machen - das müssen wir gemeinsam infrage stellen -, steht unter der Maxime: immer größer, immer schneller und immer billiger. Das reicht vom Laptop bis zum Steak in alle Wirtschaftszweige hinein. Die Maxime der Wirtschaftspolitik wird in Brüssel bestimmt. Herr Klein, da haben Sie uns doch auf Ihrer Seite.

(Zuruf von Klein [GRÜNE])

Das können wir nur gemeinsam verändern. Ich weiß gar nicht, wo da der Widerspruch zwischen uns beiden liegt. Das ist die Aufgabenstellung, die wir gemeinsam haben, diese Politik zu verändern. Zu glauben, das können wir auf der Insel Niedersachsen alleine machen, hieße, dass wir unseren Landwirten sagen: Es ist zu Ende mit euch, ihr seid nicht mehr dabei.

Deshalb kann es in Zukunft nur funktionieren, wenn wir von „immer schneller“, „immer größer“ und „immer billiger“ vielleicht zu „schmackhaft“, „genießbar“ und „gesund“ hinkommen. Wenn das die oberste Maxime werden soll, dann müssen wir die Brüssler Politik verändern. Darüber sind wir uns hier im Hause wohl alle einig. Darüber brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein. Wir müssen aber wissen, dass dies alles seinen Preis hat. Wir haben allerdings auch jetzt schon erfahren, dass auch das andere seinen Preis hat und viel, viel teurer wird.

Von daher stehen wir hier vor einer gemeinsamen Aufgabe, und wir sind hier meiner Meinung inhaltlich nach gar nicht so weit auseinander. Wir brauchen zunächst einmal eine lückenlose Aufklärung. Wir brauchen mehr Information. Wir brauchen mehr Mittel für Forschung, um zu erfahren, auf welchen Wegen die Krankheit zu uns gekommen ist. Wir müssen wissen, wie wir sie behandeln können, wie wir verhindern können, dass sie in Zukunft wieder auftritt. Diesbezüglich sind Bund, Land und EU gefordert, um hier für Aufklärung und entsprechende Wege zu sorgen. Wir müssen mehr Kapazitäten aufbauen, damit wir schon heute wissen, welches Rind krank ist und welches nicht. Wir brauchen eine intensive Ursachenforschung. Wir brauchen starke Kontrollen insbesondere im Bereich der Futtermittelherstellung. Wir brauchen eine verbesserte Kennzeichnungspflicht. Wir brau-

chen eine erhöhte Produktsicherheit. Das sind Punkte, über die wir uns in Zukunft unterhalten müssen.

Wir müssen auch - diesbezüglich stimme ich Ihnen zu - von der Industrialisierung der Viehhaltung - das ist nicht allein eine Frage der Massentierhaltung - Abkehr nehmen. Wir sollten gleichzeitig aber nicht all das, was heute läuft, verteufeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war richtig, dass man sofort reagiert hat, um so auszuschließen, dass durch eine mögliche Verfütterung von Fleischmehl weitere Fälle auftreten. Es war falsch, was Brüssel beschlossen hat. Dieser Beschluss, die Maßnahmen auf ein halbes Jahr zu begrenzen, bedeutet in beide Richtungen nur Unsicherheit. Mit Blick auf die Entsorgung weiß niemand, wie es in Zukunft weitergehen soll. Kein Mensch wird investieren, wenn er nicht weiß, ob das in einem halben Jahr wieder vorbei ist. Im Übrigen müssen wir bedenken, dass wir uns in einem europäischen Rechtsraum befinden. Von daher ist dieser Beschluss, der in Brüssel gefasst worden ist, falsch gewesen. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob ein genereller Stopp in dieser Art und Weise, wie wir das beschlossen haben, der richtige Weg ist. Auch darüber müssen wir gemeinsam nachdenken. Es macht wenig Sinn, zu sagen: Du, Mensch, darfst das essen. Ansonsten ist das für niemanden genießbar. - Diese These wird auf Dauer nicht haltbar sein.

Mit den Punkten, die ich angesprochen habe, habe ich deutlich gemacht, dass es noch eine ganze Reihe von Fragen gibt, über die wir gemeinsam sprechen müssen. Oberste Maxime muss ein erhöhter Verbraucherschutz sein. Wir dürfen hier nicht den Eindruck erwecken, Frau Harms, als wäre der Verbraucher der Schuldige an dieser Situation. Umgekehrt muss es sein. Der Verbraucher steht an oberster Stelle.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das darf man aber auch den Bauern nicht so sagen! Darüber müssen Sie einmal mit Ihrem Ministerpräsidenten reden!)

- Darüber muss man auch mit den Bauern reden. Die Bauern in diesem Zusammenhang aber zu verunglimpfen macht aber nur wenig Sinn und ist auch nur wenig hilfreich. Wenn wir etwas verändern wollen, dann können wir das nur mit allen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam tun. Das müssen wir mit den Landwirten, mit den Bauern,

tun. Lassen Sie uns die Diskussion am kommenden Freitag in diesem Sinne fortführen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Abgeordnete Schwarzenholz für bis zu drei Minuten.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als wir vor einem Monat anlässlich einer Aktuellen Stunde eine BSE-Debatte geführt haben, haben wir auch über das Problem diskutiert, die deutschen Grenzen gegen falsch deklariertes Rindfleisch aus dem Ausland abzuschotten. Jetzt stehen wir vor der Situation, dass alles das, was wir befürchtet haben und in der letzten Debatte auch schon analysiert worden ist, noch viel, viel schlimmer eingetreten ist. So ist inzwischen nachgewiesen worden, dass Deutschland kein BSE-freier Bereich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir den Kern angucke, frage ich mich, vor welcher Situation die Menschen in unserem Land stehen, die Fleisch kaufen wollen. Wir müssen feststellen, dass es keine wirksamen Tests gibt, die Sicherheit dafür bieten, dass das Rindfleisch, das ich am Tresen angeboten bekomme, tatsächlich BSE-frei ist. Die Tests, die vorgenommen werden, sind notwendig, sie schaffen aber keine ausreichende Sicherheit, denn es gibt sie schlichtweg nicht.

Ein Weiteres: Wir haben Rinderaltbestände, bei denen insgesamt keine Sicherheit dafür besteht, dass sie, wenn sie geschlachtet werden, tatsächlich BSE-frei sind. Das heißt, wer heute sichergehen will, dass er sich diese Krankheit nicht einfängt, der muss entweder vollständig auf Rindfleisch verzichten, oder er muss Rindfleisch dort kaufen, wo es in einer Art und Weise produziert wird, die Sicherheit dafür gewährleistet, dass man nicht erkrankt.

(Ehlen [CDU]: Wo ist das?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Aufzuchtswesen, bei denen kein Tiermehl verfüttert worden ist. Es gibt eine artgerechte Tierproduktion, bei der die Quellen für die Verbreitung der Krankheitswege unterbrochen worden sind.

(Beckmann [SPD]: Könnte es sein, dass die Mutter vor 15 Jahren damit gefüttert worden ist?)

- Herr Kollege Beckmann, Sie sollten über diese Frage vielleicht einmal mit Ihrem Kollegen Stolze diskutieren. Ich begreife sowieso nicht, warum der nicht schon längst niedersächsischer Landwirtschaftsminister ist. Wenn das, was Minister Jüttner und andere gesagt haben, ernst gemeint wäre und man wirklich eine andere Agrarpolitik haben wollte, dann kann ich nur sagen: Fragen Sie ihn danach, wie er es macht. Ich als Verbraucher kann nur sagen: Wenn ich bei ihm Rindfleisch kaufe, bekomme ich tatsächlich ein Höchstmaß an Sicherheit geboten.

(Beckmann [SPD]: Das hört sich schon anders an!)

Aber nur bei ihm, bei keinem anderen. Wenn Sie solche Anforderungen formulieren und ich mir Ihre Reden aus der letzten Parlamentsdebatte ansehe, dann frage ich mich ernsthaft: Welches sind Ihre Konsequenzen? - Die CDU ist aus der Debatte schon völlig raus. Diesbezüglich stimme ich Ihnen zu. Bei der CDU soll ja alles so weitergehen. Ich möchte wieder verantwortbar Rindfleisch kaufen können. Dazu brauchen wir aber eine Politik, wie sie z. B. von Ihrem Kollegen Stolze vertreten wird. Verstecken Sie ihn hier gefälligst nicht, sondern nehmen Sie sich an seiner Politik ein Beispiel.

Präsident Wernstedt:

Frau Harms, Sie haben noch bis zu zwei Minuten Redezeit.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Kollege Beckmann, ich muss Ihnen ausdrücklich Recht geben. Wir hatten mit dieser Aktuellen Stunde überhaupt nicht die Absicht, das Thema zu versachlichen. Immer wenn wir hier in Niedersachsen über Skandale in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelproduktion geredet haben, ist viel zu schnell versachlicht worden. Im Grunde genommen ist zu einem verantwortungslosen Alltag übergegangen worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle Initiativen zu einem verbraucherorientierten Umbau der Landwirtschaft und zu einer ökologisch orientierten Landwirtschaft sind in den letzten Jahren an dieser Landesregierung abgeprallt. Uns

geht es darum - dazu bekenne ich mich -, diese falsche Versachlichung, das Verstecken hinter Brüssel, hinter GATT und WTO überhaupt nicht mehr zuzulassen. Ich glaube, es geht im Gegenteil wirklich um Emotionen. Ganz berechtigt geht es zum einen um die Wut der bäuerlichen Landwirte, die zu Unrecht betroffen sind, die mit in den Strudel gerissen werden. Denn Herr Bartels, auch das ist von Ihnen zu verantworten. Getroffen werden am Ende die kleinen und nicht die großen Strukturen. Die überleben immer. Ganz zu Recht geht es auch darum, dass bei den Verbrauchern angesichts dessen, was immer wieder auch auf die deutschen Tische kommt, Angst und grenzenloser Ekel angesagt sind. Es ist doch nicht mehr feierlich und geht auf keine Kuhhaut mehr, was anlässlich solcher Skandale en passant immer wieder bekannt wird. Hühnerkot wird dem Rinderfutter beigemischt. Ja, mein Gott! Wo lebe ich denn? Ich will diesen Dreck nicht mehr essen. Ich glaube, dass es nur mit einer emotionalen Debatte geht, die die Empfindungen der Verbraucher, der Eltern deutlich macht, die nicht mehr wissen, was sie ihren Kindern geben sollen, und die auch gegen Brüssel gerichtet ist, Herr Beckmann.

(Kethorn [CDU]: Das ist doch Schwachsinn, was Sie da sagen! Völliger Schwachsinn! - Oestmann [CDU]: Das ist ein hilfreicher Beitrag, den Sie hier liefern!)

Ich widersetze mich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion ausdrücklich einer Versachlichung der Debatte.

(Frau Zachow [CDU]: Sie? - Kethorn [CDU]: Dann sollten Sie einmal dazu beitragen!)

Wo wir mit dieser sachlichen Landwirtschaftspolitik angekommen sind, können Sie seit 14 Tagen in den Zeitungen lesen. Landwirte sind ruiniert. Das habe ich schon gesagt. Schlachthöfe sind ruiniert. Niemand will dafür die Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Oestmann [CDU]: Das ist Ihr Beitrag dazu?)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit ist die Beratung des Tagesordnungspunktes 2 c beendet.

Zur Information der Mitglieder dieses Hauses: Wir haben uns darauf verständigt, die Tagesordnungspunkte, die noch vor der Mittagspause abgehandelt werden sollen, jetzt noch abzuhandeln, allerdings mit der Erlaubnis, dass die Landesregierung, die aus Zeitgründen in der Mittagspause bestimmte Sachen erledigen muss - z. B. die Übergabe der Häuser -, bei diesen Punkten, über die in den Ausschüssen Einstimmigkeit geherrscht hat, nicht dabei sein muss. Ich sage das nur vorsichtshalber, damit keine falschen Eindrücke entstehen.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 3:

28. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/2056 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2093

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, dem 15. Dezember, zu beraten. Ich halte das Haus für damit einverstanden.

(Kethorn [CDU] spricht mit Ministerin Knorre)

- Herr Kethorn, das können Sie alles draußen erzählen.

(Oestmann [CDU]: Da kann er nicht so intim sein!)

Ich halte das Haus für damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben reden, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Ich rufe daher zunächst die Eingaben aus der 28. Eingabenübersicht in der Drucksache 2056 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Gibt es Wortmeldungen? - Bevor wir zur Abstimmung über die unstrittigen Eingaben kommen, weise ich auf den Wunsch des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr hin, der Berichtstatterin zu der Eingabe 1976 das Wort zu erteilen. Mir ist gesagt worden: nur ganz kurz. Das ist ein außergewöhnliches Verfahren.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Das hat sich der Ausschuss ausgedacht!)

Frau Steiner, bitte!

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem Wirtschaftsausschuss lagen drei Petitionen aus dem Taxigewerbe in Osnabrück vor. Der Anlass war die Befürchtung, dass der ruinöse Wettbewerb, schlicht verursacht durch Schwarzarbeit in diesem Bereich, die Unternehmen treffen und deren Existenz gefährden würde.

Die Vorwürfe der Taxiunternehmer waren, dass sich ein großer Teil der Unternehmen im Taxigewerbe illegale Wettbewerbsvorteile verschaffe

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und verschafft habe durch Missbrauch von Sozialleistungen, Nichtabführung von Sozialabgaben, Steuerhinterziehung in hohem Maße, d. h. all die Auswirkungen der Schwarzarbeit im Taxigewerbe.

Vonseiten des Gesamtverbandes des Taxigewerbes wurden die Kontrollen, die in diesem Zusammenhang gefordert wurden, als in dem Maße nicht durchführbar und nicht notwendig erachtet. Aber die Vermutung, dass es sich hier um begründete Vorwürfe handele, zusätzliche Informationen und eine Anzeige führten dazu, dass im Mai dieses Jahres die Staatsanwaltschaft in Osnabrück umfangreiche Überprüfungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen vorgenommen hat.

Die Vorwürfe der Petenten wurden im vollen Umfang bestätigt. Um Ihnen nur die Dimension klar zu machen: Es wurden 600 bis 700 Wagen, Unternehmen und Computeranlagen untersucht. Es haben sich nicht gemeldete Umsätze und Lohnsummen in Millionenhöhe ergeben, sodass die Befürchtung bestehen muss, dass das nicht ein auf eine Stadt in Westniedersachsen beschränktes Phänomen ist, sondern dass es in allen größeren Städten des Landes und der Bundesrepublik ähnliche Verhältnisse gibt. Das war die Bedeutung dieser Petition, die uns veranlasst hat, zu bitten, öffentlich darüber Bericht zu erstatten.

Als Konsequenz hat sich dann ergeben, dass der Ausschuss die Maßnahmen, die vorgeschlagen worden sind und die auch im Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales erörtert werden, als richtig angesehen und befürwortet hat, nämlich dass die Landesregierung verschiedene Kontrollmöglichkeiten - die ich jetzt nicht im Einzelnen aufzählen möchte - komplizierter Art prüft bis dahin, dass nach Kontrollen und Beleg auch das Erlöschen von Konzessionen bzw. der Konzessi-

onsentzug durch die Kommunen möglich ist, was von einer gewissen Bedeutung ist; denn eine andere Sanktion kann man da nicht erreichen.

Außer dem Beschlussvorschlag, die Eingabe der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, hat der Ausschuss Ihnen zusätzlich die Beschlussempfehlung unterbreitet, die Eingabe zuständigshalber dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zuzuleiten. Also auch durch Veränderung von Bundesgesetzen und Verordnungen will man dieses Problems Herr werden. Das haben wir damit hoffentlich auf den Weg gebracht.

Wir meinen, dass es notwendig war, diesen Punkt auch öffentlich zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, ich bitte, dass dem Ältestenrat das beim nächsten Mal vorher mitgeteilt wird, damit man sich darauf verständigen kann.

(Mühe [SPD]: Ein sehr guter Vorschlag!)

Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich lasse über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 2056 abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer insoweit den Ausschussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist damit beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1941 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen - Drs. 14/2075

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 1941 wurde am 11. Oktober 2000 an den Ausschuss für Umweltfragen zur Beratung und

Berichterstattung überwiesen. Berichterstatterin ist Frau Zachow. Bitte!

Zachow (CDU), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Ausschüsse haben diesem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt. Da das die einzige, abschließende Beratung ist, haben wir uns geeinigt, dass ich kurz berichte, was in dem Gesetz steht, damit wir die Gesetzesberatung auch ernst nehmen.

In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass Abfälle ohne die erforderlichen Erlaubnisse und häufig unter Missachtung der technischen Anforderungen an eine ordnungsgemäße Entsorgung in anderen als ihren Herkunftsstaaten entsorgt wurden oder das jedenfalls versucht wurde. Für diese Abfälle ist bereits 1989 im Baseler Abkommen auf internationaler Ebene vereinbart worden, dass die Herkunftsstaaten derartiger Abfälle verpflichtet sind, sie zurückzunehmen und für ihren Rücktransport zu sorgen. Zwar ist in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Abfallverbringungsgesetz hierfür grundsätzlich der Exporteur der Abfälle zuständig. Ist dieser aber nicht oder nicht zeitnah zu ermitteln oder ist er handlungsunfähig, so treffen die Rücknahme- und Rücktransportpflichten das Land, das mit der Notifizierung der Abfallverbringung befasst war oder hierfür zuständig gewesen wäre. Aber auch die Frage der innerstaatlichen Verantwortlichkeit für den Rücktransport der Abfälle lässt sich nicht immer kurzfristig klären. Deshalb haben die Länder mit dem diesem Gesetzentwurf zugrunde liegenden Staatsvertrag die Bildung einer Zentralen Koordinierungsstelle vereinbart, die vor allem eine Ermittlung des Verantwortlichen übernehmen und hilfsweise erste Maßnahmen zur Rückholung der Abfälle veranlassen soll.

Die Zentrale Koordinierungsstelle wird in Baden-Württemberg eingerichtet. Da sie grundsätzlich nur erste Maßnahmen treffen soll und es in den letzten Jahren nur wenige und meist wenig bedeutende Rücktransportfälle gegeben hat, ist für ihre Ausstattung nur eine Stelle des höheren und eine halbe Stelle des gehobenen Dienstes vorgesehen. Die vom Land Niedersachsen hierfür anteilig zu übernehmenden feststehenden Personal- und Sachkosten betragen derzeit 18.220 DM pro Jahr; eine Anpassung dieses Betrages entsprechend der Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten ist vereinbart. Sollten der Zentralen Koor-

dinierungsstelle im Rahmen von Rückholmaßnahmen Mehraufwendungen bei den Sachkosten entstehen, so sind diese dem Land Baden-Württemberg zusätzlich zu erstatten. Die Zentrale Koordinierungsstelle ist jedoch verpflichtet, ihre Aufwendungen gegenüber den Verursachern unrechtmäßiger Abfallexporte und dem Solidarfonds Abfallrückführung geltend zu machen. Daraus folgende Einnahmen muss sie mit den von den Bundesländern zu erstattenden Beträgen verrechnen.

Ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat ist vereinbart worden, dass dieses Gesetz ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. - Ich höre keinen Widerspruch.

Wir kommen damit zur Einzelberatung.

Artikel 1 einschließlich Staatsvertrag. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Danke. Bitte setzen.

(Heiterkeit - Mühe [SPD]: Jawohl, Herr Lehrer!)

Gibt es jemanden, der sich jetzt erheben möchte und dagegen stimmt? - Nein.

(Zuruf: Der braucht sich dann auch nicht mehr hinzusetzen! - Heiterkeit)

- Ich gebe ja zu, dass das zu allgemeiner Erheiterung Anlass gibt. Aber ich bin darauf gekommen, weil der Kollege Schwarzenholz mich gebeten hat, darauf hinzuweisen, dass er vorhin bei der Abstimmung über die Eingaben nicht in der Lage gewesen ist, sein Nein zu Protokoll zu geben. Das möchte ich hiermit sozusagen nachgeholt haben. Das war der Gedanke, der mich dazu gebracht hat, das jetzt genau zu machen.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 5:

Einzig (abschließende) Beratung:

Verfassungsgerichtliches Verfahren Organstreitverfahren des Mitgliedes des Deutschen Bundestages Ronald Pofalla, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, Büro: Mauerstr. 29, Haus I, Berlin, gegen 1. den Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, Berlin, vertreten durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, 2. den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, Berlin, wegen Verletzung von Abgeordnetenrechten - Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 07.11.2000 - 2 BvE 2/00 - - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/2041

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 2041 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein und sehen uns um 14.30 Uhr wieder.

Unterbrechung: 13.01 Uhr.

Wiederbeginn: 14.31 Uhr.

Vizepräsident Jahn:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen die Beratung wieder aufnehmen. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001 - HG 2001 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1740 - Ergänzungsvorlage - Drs. 14/1906 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2083 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2084 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/2060 bis 14/2074

b) 27. Übersicht über Beschlussempfehlungen der Ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/2055

und

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2001 - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1830 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 2058 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/2033

a) Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Haushaltsgesetz 2001 - b) Berichterstattung zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2001 - c) allgemeinpolitische Debatte (über Regierungs- und Haushaltspolitik)

Die Gesetzentwürfe der Landesregierung in den Drucksachen 1740 - mit der Ergänzungsvorlage in der Drucksache 1906 - und 1830 wurden in der 55. Sitzung am 12. September 2000 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf für das Haushaltsgesetz in der Drucksache 1740 in der Fassung der Ergänzungsvorlage in der Drucksache 1906 mit den in den Beschlussempfehlungen in den Drucksachen 2060 bis 2074 vorgeschlagenen Änderungen und den Gesetzentwurf für das Haushaltsbegleitgesetz in der Drucksache 1830 mit den in der Beschlussempfehlung in der Drucksache

2033 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Zunächst wird der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen einen zusammenfassenden Bericht zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz abgeben. In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, dass der schriftliche Bericht zu beiden Gesetzentwürfen bereits als Vorabdruck verteilt wurde und Ihnen vorliegt.

Zu der anschließenden Beratung weise ich auf Folgendes hin: Für die allgemeinpolitische Debatte sind drei Stunden Beratungszeit vorgesehen. Den Fraktionen der SPD und der CDU stehen davon je 55 Minuten und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 35 Minuten zur Verfügung. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 35 Minuten nicht überschreiten wird.

Meine Damen und Herren, noch eine kleine Anmerkung vorweg: Ich weiß, dass sich der Bericht über die Beratung des Ausschusses nicht unbedingt der allgemeinen Aufmerksamkeit erfreut. Gleichwohl möchte ich darum bitten, erstens zuzuhören und zweitens den Geräuschpegel so gering wie möglich zu halten, damit diejenigen, die zuhören möchten, auch tatsächlich alles mitbekommen.

Das Wort hat Herr Kollege Wiesensee. - Entschuldigung, es gibt einen Hinweis, dass sich Herr Möllring zur Geschäftsordnung gemeldet hat. Diese Wortmeldung geht vor. Bitte sehr, Herr Möllring!

Möllring (CDU):

Wir sind der Meinung, dass nicht nur das Parlament zuhören sollte, sondern auch der zuständige Fachminister, wenn nicht sogar alle Minister, weil über den Gesamthaushalt geredet wird.

(Rolfes [CDU]: Sonst lehnen wir den ab!)

Deshalb bitte ich, den Finanzminister zu zitieren.

(Plaue [SPD]: Der war doch schon da!)

- Es mag ja sein, dass er heute Morgen da war. Im Moment ist er nicht da.

(Plaue [SPD]: Wo ist er denn?)

- Ja, wo ist er denn? Ich sehe ihn nicht. Ich kenne doch Herrn Aller. Er ist auf jeden Fall nicht da.

(Plaue [SPD]: Wir suchen ihn doch auch!)

Deshalb meine ich, dass wir jetzt die Sitzung unterbrechen sollten, bis Herr Aller da ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Möhrmann. Bitte sehr!

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir meinen, dass hier nach Möglichkeit alle Abgeordneten des Parlaments vertreten sein sollten.

(Oh! bei der CDU)

Das gilt für alle Fraktionen, nicht nur für die meine, sondern auch für Ihre, Herr Möllring. Im Übrigen stimme ich Ihnen zu: Auch das Kabinett sollte anwesend sein. Möglicherweise hängt die Abwesenheit damit zusammen, dass heute Mittag eine Kabinettsitzung stattgefunden hat.

(Oh! bei der CDU - Biallas [CDU]: Aber offensichtlich ohne den Ministerpräsidenten; denn der sitzt da schon!)

Von daher erübrigt sich jetzt vielleicht das Zitieren. - Vielen Dank.

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, wir sind uns wohl darüber einig, dass sich die Wortmeldung des Kollegen Möllring durch das Eintreffen des Herrn Finanzministers erledigt hat, sodass ich jetzt dem Berichterstatter, Herrn Wiesensee, das Wort erteilen kann. Bitte sehr!

Wiesensee (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf einige wesentliche Änderungen zu sprechen komme, die das Zahlenwerk des von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2001 betreffen, möchte ich zunächst auf den Haushalts-

gesetzentwurf selbst und den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes eingehen.

Der Entwurf zum Haushaltsgesetz kann in diesem Jahr um eine Reihe von Vorschriften entlastet werden, die inzwischen als Dauerregelungen in die Landshaushaltsordnung eingefügt worden sind. Darauf beruht auch ein erheblicher Teil der Rechtsänderungen, die die Landesregierung in ihrer Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz vorgeschlagen hat.

Eingehend erörtert wurde im federführenden Ausschuss die haushaltswirtschaftliche Behandlung des Verlustes der Weltausstellungsgesellschaft; darauf werde ich später noch näher eingehen. Außerdem wurde sowohl bei Bestimmungen zur Förderung von Laienmusikgruppen und Musikschulen - § 17 Abs. 4 und 5 - als auch bei der Trennungsgeldregelung für Betroffene der Verwaltungsreform - § 10 Abs. 5 - erörtert, ob diese Bestimmungen nicht aus Rechtsgründen in das Haushaltsbegleitgesetz übernommen werden sollten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Wiesensee, einen Augenblick. - Ich bitte darum, die Standortgespräche jetzt einmal ein bisschen einzustellen. Das können wir uns in dieser Debatte nicht leisten. - Bitte sehr!

Wiesensee (CDU), Berichterstatter:

Der Ausschuss empfiehlt insoweit, die Bestimmungen im Haushaltsgesetz zu belassen, weil dadurch sichergestellt wird, dass diese Regelungen im Hinblick auf die dagegen vom Landesrechnungshof und vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst erhobenen Bedenken demnächst noch einmal parlamentarisch überprüft werden.

Wegen der übrigen, im Wesentlichen redaktionellen Änderungsvorschläge zum Entwurf des Haushaltsgesetzes verweise ich auf den bereits vorliegenden schriftlichen Bericht, der die notwendigen Einzelhinweise für die Rechtsanwendung enthält. Dieser Bericht gibt auch Auskunft über die unterschiedlichen Änderungsbestimmungen des Haushaltsbegleitgesetzes, deren Zahl im Verlauf der Ausschussberatungen aufgrund von zwei Änderungsanträgen der SPD-Fraktion noch erheblich erweitert worden ist. An dieser Stelle möchte ich lediglich drei Änderungen hervorheben:

Mit Artikel 6/3 Nr. 1 der Beschlussempfehlung wird eine Rechtsgrundlage für die Änderung der Wegstreckenentschädigungen geschaffen. Dieser Regelungsvorschlag stieß in den Beratungen auf einhellige Zustimmung, nicht zuletzt deshalb, weil die bisher anzuwendende bundesrechtliche Regelung letztmalig im Jahr 1991 angepasst worden ist. Diese Änderung hat daher im Hinblick auf die seither zu verzeichnende Preisentwicklung aktuelle Bedeutung. Im Haushaltsplan wird für diesen Zweck ein zusätzlicher Betrag von 3 Millionen DM bereitgestellt.

Hervorzuheben ist außerdem, dass mit Artikel 6/1 im Niedersächsischen Gesetz über das Lotteriewesen eine Rechtsgrundlage für die neue Landesmediengesellschaft geschaffen wird. Finanziell wird sie mit einem Betrag von jährlich 6 Millionen DM ausgestattet, die dem Landesanteil der Konzessionsabgabemittel entnommen werden.

Eingehend erörtert wurde schließlich die zu Artikel 6/4 vorgesehene Zuständigkeitsbestimmung zum Niedersächsischen Naturschutzgesetz. Damit können bestimmte naturschutzrechtliche Zuständigkeiten anderen Landesbehörden übertragen werden, die dabei jedoch an die fachlichen Vorgaben der Naturschutzbehörden gebunden bleiben. Diese Regelung wurde im mitberatenden Ausschuss für Umweltfragen von den Vertretern der Opposition kritisch gewürdigt. Die Vertreter der Landesregierung und die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion verteidigten die Bestimmung mit der Begründung, dass damit der Aufbau zusätzlicher Verwaltungskraft in der Naturschutzverwaltung erspart werde.

Ich komme nun zum Haushaltsplan.

Auf die im Haushaltsausschuss geführte haushaltspolitische Debatte möchte ich in meinem Bericht nicht weiter eingehen, weil sie im Wesentlichen der entspricht, die wir hier bei der Einbringung des Haushalts im Plenum geführt haben. Ansprechen möchte ich indes einige Hinweise, die der Präsident des Landesrechnungshofs einer guten Übung folgend zum Auftakt der parlamentarischen Beratung im Haushaltsausschuss vorgetragen hat.

Zur Änderung der EXPO-Verlustfinanzierung wies er darauf hin, dass sich auch der Landesrechnungshof darüber im Klaren sei, dass kein Haushaltsgesetzgeber die zu erwartenden Verluste vollständig durch Einsparungen an anderer Stelle abdecken könne. Der Landesrechnungshof halte den nun-

mehr vorgesehenen Weg des Ausgleichs durch eine Erhöhung der Eigenkapitalfinanzierung der EXPO-GmbH angesichts dieser einmaligen Sondersituation für vertretbar. Wogegen sich der Landesrechnungshof in erster Linie gewandt habe, sei die zunächst geplante Finanzierung der EXPO-Verluste durch die Niedersächsische Finanzierungsgesellschaft (NFG) gewesen. Nach Auffassung des Landesrechnungshofs sei das Instrument NFG verfassungsrechtlich und haushaltsrechtlich nicht unproblematisch.

Der Landesrechnungshof sei dabei, die damit zusammenhängenden Fragen näher zu betrachten. Anliegen des Landesrechnungshofs sei es, das wirkliche Ausmaß der Verschuldung des Landes transparent zu machen. Nur dann bestehe die Aussicht, die Kreditaufnahme nach rationalen und nicht nur nach vornehmlich technischen Gesichtspunkten zu begutachten. Der Landesrechnungshof habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass auch das Land Niedersachsen Zielvorstellungen zur Rückführung der Nettokreditaufnahme entwickeln werde. Die EU-Mitgliedstaaten hätten sich zum Ziel gesetzt, auf mittlere Sicht ohne Neuverschuldung auszukommen. Der Bund wolle das bis 2007 schaffen. Andere Bundesländer hätten die Rückführung der Nettokreditaufnahme ebenfalls angekündigt.

Zur Begrenzung der Personalausgaben wies der Präsident des Landesrechnungshofs darauf hin, dass auch hier mehr Transparenz erforderlich sei. Das wirkliche Ausmaß der Personalkosten müsse dargestellt werden. Der Landesrechnungshof werde versuchen, in Zusammenarbeit mit anderen Rechnungshöfen zu einem einheitlichen Berechnungsschema der Personalkosten zu kommen und dabei auch die Landesbetriebe einzubeziehen. Ziel sei es, durch realistische Ländervergleiche Entscheidungsgrundlagen auch für Politik und Verwaltung zu ermitteln. Ferner wies er darauf hin, dass selbst dann, wenn die genannten 5.527 Stellen abgebaut würden und sich daraus 360 Millionen DM Einsparungen ergäben, der eingesparte Betrag wieder durch steigende Versorgungslasten aufgebraucht werde. Deshalb führe aus Sicht des Rechnungshofs kein Weg daran vorbei, sich mittelfristig weitere Einsparpotentiale zu erschließen.

In diesem Zusammenhang sprach der Präsident des Landesrechnungshofs den Lehrerbereich an. Dieser Bereich mit seinen rund 69.800 Stellen sei aus gutem Grund, wie der Wissenschaftsbereich auch, von dem Stellenabbau ausgenommen worden. Die

5.527 Stellen seien aus einem Potential von 180.000 vorhandenen Stellen geschöpft worden. Wenn es nicht gelinge, mittelfristig die großen Bereiche einzubeziehen, dann sei der verbleibende Bereich irgendwann am Ende, dann ließen sich dort mit Rationalisierungsmaßnahmen keine großen Einspareffekte mehr erzielen. Ab dem Jahr 2005 werde mit einem allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen gerechnet. Gleichzeitig würden altersbedingt zahlreiche Lehrkräfte aus dem Schuldienst ausscheiden. Dann lägen in einer einmalig günstigen Konstellation alle Voraussetzungen für einen bedarfsgerechten Stellenabbau im Lehrerbereich vor. Vielleicht gelinge es den Finanzpolitikern in der schulpolitischen Diskussion, diese Frage schon jetzt mental, zielorientiert und konzeptionell zu betrachten.

Dazu wies der Finanzminister darauf hin, dass die Landesregierung natürlich in Zukunft diesen großen Block der Personalausgaben angehen müsse. Er hoffe, dass die Landesregierung insofern Zielperspektiven entwickeln könne, die das Land von den Kosten in diesem Bereich insgesamt etwas befreien.

In die laufenden Beratungen des Haushaltsausschusses wurde die Ergänzungsvorlage der Landesregierung einbezogen. Da sich das Zahlenwerk gegenüber der ersten Beratung hier im Plenum dadurch wesentlich geändert hat, möchte ich Ihnen kurz die Schwerpunkte der Ergänzungsvorlage darstellen.

Haushaltsmäßig umgesetzt wurde die Einführung der ersten Stufe eines integrierten Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagements. Ab 2001 werden die von einem unabhängigen Unternehmen ermittelten marktgerechten Nutzungsentgelte für Liegenschaften im Ergebnis belastungsneutral im Landeshaushalt bzw. bei den Landesbetrieben in den Wirtschaftsplänen veranschlagt. Die für den Gesamthaushalt ermittelten Nutzungsentgelte betragen insgesamt 848,2 Millionen DM. Das formale Ausgabe-Einnahme-Volumen erhöht sich um diesen Betrag.

Geändert wurden auch die Gesamtansätze aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen. Das regionalisierte Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2000 betrug 31,909 Milliarden DM. Als erste Vorsorge für die zu erwartenden Steuermindereinnahmen aus dem Steuersenkungsgesetz ist ein Abzug von 500 Mil-

lionen DM vorgesehen. Die weiteren Minderungen entsprechen der offiziellen regionalisierten Ausfallschätzung des Steuersenkungsgesetzes und des Steuersenkungsergänzungsgesetzes in Höhe von insgesamt rund 1,327 Milliarden DM. Weiterhin sind berücksichtigt Umsatzsteuer Mehreinnahmen durch die vereinbarte Verlängerung der Absenkung der Annuitätenzahlungen für den Fonds Deutsche Einheit in Höhe von 207 Millionen DM, Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuerumlage durch die vereinbarte Verlängerung der Absenkung der Annuitätenzahlungen für den Fonds Deutsche Einheit von 38 Millionen DM, geschätzte Mehreinnahmen aufgrund der aktuellen günstigeren Einnahmeentwicklung von 150 Millionen DM sowie eine Minderung der Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen aufgrund der veranschlagten erwarteten Mehreinnahmen bei den Förderabgaben.

Neu berechnet auf der Basis der verminderten Steuerverbundeinnahmen wurde der Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden. Es ergeben sich Minderausgaben von 170,8 Millionen DM. Zusammen mit der in Kapitel 13 02 veranschlagten Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 870,2 Millionen DM können so die eben erwähnten Mindereinnahmen vollständig gedeckt werden.

Wie es unsere Verfassung vorsieht, sind die kommunalen Spitzenverbände zum Haushalt gehört worden. Sie verwiesen darauf, dass das Steuersenkungsgesetz auch auf kommunaler Ebene zu massiven Einnahmeeinbrüchen führen werde. Nach den neuesten Schätzungen des Deutschen Städtetages würden die Kommunen in Niedersachsen mit einem Betrag von etwa 1,636 Milliarden DM bis zum Jahr 2004 betroffen sein. Ab dem Jahr 2005 drohten noch zusätzliche Einnahmeeinbrüche von jährlich 1,2 Milliarden DM. Auf kommunaler Seite habe man den Eindruck, dass das Land Niedersachsen Sparmaßnahmen in der Annahme durchführe, die kommunale Seite werde den Wegfall von Landesmitteln durch Eigenmittel ersetzen. Diese Verfahrensweise könne nicht akzeptiert werden, weil die Situation der kommunalen Finanzen weiterhin schwierig sei. Das spiegele sich im Übrigen auch darin wider, dass die Investitionsquote der Städte und Gemeinden in Niedersachsen im Jahr 1998 etwa so hoch wie im Jahr 1989 gewesen sei.

Zum Thema Bildungsoffensive verwiesen die kommunalen Spitzenverbände darauf, dass die

125 Millionen DM als besonderer Schwerpunkt bei den Mehrausgaben im Landeshaushalt vorgesehen seien. Vom Grundsatz her werde das von den kommunalen Spitzenverbänden akzeptiert. Akzeptiert werde auch, dass die Ausstattung mit Computern und neuen Medien im Prinzip von den Schulträgern finanziert werden solle. Zu erörtern sei aber die Folgekostenfinanzierung. Dabei müssten insbesondere die Kosten der so genannten Netzwerkbetreuung, der Softwarepflege und auch der Lizenzentgelte teilweise vom Land getragen werden. Im Übrigen müsse auch das Schulgesetz hinsichtlich der Schulträgerfinanzierung dringend der neuen Entwicklung angepasst werden.

Zum Thema Finanzausgleich verwiesen die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände auf ihre umfangliche Stellungnahme zu den vielfältigen Problemen des FAG. Sie seien weiterhin der Auffassung, dass das Land im Jahre 1995/96 zu Unrecht in den Finanzausgleich eingegriffen habe; hierzu bleibe aber der Ausgang des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof abzuwarten.

Zum Thema „Quotales System“ verwiesen die Spitzenverbände auf die Mittelfristige Planung. Für sie sei es interessant zu sehen, dass sich die Sozialhilfeleistungen bei den Städten und Gemeinden seit 1990 quasi verdoppelt hätten.

(Unruhe)

Das hänge im Wesentlichen damit zusammen, dass die Einsparungen, die durch die Pflegeversicherung erzielt worden seien, zugunsten des Landes eingesetzt worden seien.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zwar sei in langwierigen Gesprächen erreicht worden, dass sich das Land mit einem Betrag von etwa 52 bis 53 Millionen DM zusätzlich am „Quotalen System“ beteilige. Der Differenzbetrag zwischen dieser Summe und dem Defizit von etwa 200 Millionen DM sei dennoch nicht unstrittig. Die kommunalen Spitzenverbände gingen zwar zunächst einmal davon aus, dass durch das „Quotale System“ schon im nächsten Jahr erhebliche Einsparungen erzielt werden könnten. Die weitere Entwicklung müsse allerdings beobachtet werden.

Von den Vertretern der CDU-Fraktion wurde kritisiert, dass die Nettoneuverschuldung entschieden zu hoch sei. Mit Blick auf die Mittelfristige Planung sei festzustellen, dass 2,65 Milliarden DM in Niedersachsen sozusagen auf Dauer festge-

schrieben schienen. Die Ankündigung, dass man die Nettoneuverschuldung senken wolle, sei durch nichts belegt. Konzeptionelle Ansatzpunkte seien nicht ersichtlich.

Kritisch hinterfragt wurde auch die Finanzierung des EXPO-Defizits. Die Landesregierung beabsichtigte zunächst, die aus einer Bürgschaft für die EXPO-GmbH zu erwartende Inanspruchnahme über die NFG zu regeln. Eine entsprechende Absichtserklärung ist in der Begründung zum Regierungsentwurf enthalten. Der Umfang der dort vorgesehenen Kreditermächtigung enthält einen Anteil aus dem zunächst erwarteten Landesanteil des Verlusts der EXPO-GmbH in Höhe von 150 Millionen DM.

Nachdem der Landesrechnungshof gegen die Finanzierung des Verlustes über die NFG rechtliche Bedenken im Hinblick auf den Verfassungsgrundsatz der Haushaltseinheit erhoben hatte, entschied sich die Landesregierung dafür, den Verlust durch Kapitalerhöhung der Weltausstellungsgesellschaft direkt aus dem Landeshaushalt zu decken. Die Ergänzungsvorlage sieht insoweit in § 3 Abs. 1 eine zweckgebundene Kreditermächtigung für das Finanzministerium zugunsten der Weltausstellungsgesellschaft in Höhe von 1,15 Milliarden DM vor.

Nachdem auch gegen die neue Finanzierungsform Kritik laut wurde, bat der Ausschuss für Haushalt und Finanzen den GBD um Prüfung, ob die Verlustübernahme als eine den Kreditrahmen erhöhende Investition angesehen werden könne. Die von dem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und den Vertretern der CDU-Fraktion an dieser Zuordnung erhobenen Zweifel wurden damit begründet, dass die Kapitalerhöhung nur noch eine Verlustabdeckung bewirke und damit keine weiteren Investitionen, sondern Betriebskosten der Weltausstellungsgesellschaft finanziert würden. Dem wurde entgegnet, dass die Beurteilung der Mittelzufuhr als Investition nicht davon abhängig gemacht werden dürfe, ob das Land von Anfang an ausreichend Mittel für die Weltausstellung bereitstelle oder dies nachträglich auf dem Wege der Verlustabdeckung tue.

Bei den Beratungen im Ausschuss für Haushalt und Finanzen führte ein Vertreter des GBD dazu aus, dass die Ausgaben aufgrund der Bürgschaften zugunsten der Weltausstellungsgesellschaft und für die Kapitalerhöhung dieser Gesellschaft die ein-fachgesetzlichen Voraussetzungen für Investitions-

ausgaben erfüllten. An diesem Ergebnis ändere sich auch dann nichts, wenn man § 13 Abs. 2 Satz 2 und 3 LHO neuer Fassung im Hinblick auf den höherrangigen Artikel 71 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung einschränkend auslege, weil die Leistungen zugunsten der Weltausstellungsgesellschaft auch den dann zu stellenden strengeren Anforderungen im Sinne eines materiellen Investitionsbegriffs genügen dürften. Die dem GBD vorliegenden Hinweise sprächen eher dafür, dass die Weltausstellung EXPO 2000 insgesamt eine investive Maßnahme darstelle.

Der GBD hat allerdings darauf hingewiesen, dass seine Einschätzung auf dem ihm zugänglichen Erkenntnisstand, also auf allgemein zugänglichen Informationen und auf Erläuterungen aus dem Finanzministerium, beruhe. Maßgeblich für die Beurteilung sei der Zeitpunkt, in dem die Rechtsverpflichtung zur Teilnahme an der Kapitalerhöhung begründet werde. Daher könne auch eine im Liquidationsstadium einer Gesellschaft stattfindende Kapitalerhöhung rechtlich gesehen noch investiven Zwecken dienen, sofern die Verpflichtung zur Teilnahme an der Kapitalerhöhung bereits vorher begründet worden sei.

Die Vertreter der SPD-Fraktion fühlten sich durch die Auffassung des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes voll bestätigt, die Vertreter der beiden anderen Fraktionen sprachen sich für eine engere Auslegung der Investitionsdefinition aus und wiesen auf die eingeschränkte Beurteilungsbasis des GBD hin.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass der GBD auch zu weiteren Fragen der Veranschlagung von Haushaltsmitteln um gutachtliche Stellungnahmen gebeten wurde, nämlich zu den Einwänden des Landesrechnungshofs bezüglich des so genannten Bankenmodells der Wohnungsbauförderung und zur Veranschlagung der Mittel für die Schuldnerberatung. In beiden Fällen war das Ergebnis, an der vorgesehenen Veranschlagung festzuhalten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Haushaltsausschuss schlägt sowohl auf der Ausgabenseite als auch für die Einnahmen und Verpflichtungsermächtigungen umfangreiche Veränderungen vor. Ich beschränke mich hier auf einen Gesamtüberblick.

Die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen führen im Ergebnis zur einer Einnahme- und Ausgabenerhöhung von rund

9,6 Millionen DM. Der Betrag der Verpflichtungsermächtigungen erhöht sich um 42,1 Millionen DM. Die Steigerungsrate des Haushaltsvolumens bleibt damit im Wesentlichen unverändert.

Die einzelnen Empfehlungen des Haushaltsausschusses zum Zahlenwerk möchte ich Ihnen aus Zeitgründen nicht erläutern.

Bei der Beratung im Haushaltsausschuss legte der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen umfangreichen Änderungsantrag zum Haushalt vor, der keine Mehrheit fand. Von den Vertretern der CDU-Fraktion wurde eine Vielzahl von Einzelanträgen gestellt, die ebenfalls keine Mehrheit fanden. Ich gehe davon aus, dass die Vertreter der Oppositionsfraktionen diese Änderungswünsche hier im Plenum erneut vortragen werden.

Zum Schluss darf ich Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt geben. Die Einzelpläne 12 - Niedersächsischer Staatsgerichtshof - und 14 - Landesrechnungshof - beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen einstimmig. Der Einzelplan des Landtags wurde gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebilligt. Das Haushaltsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz sowie die übrigen Einzelpläne billigte der Ausschuss gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bittet Sie, seinen Beschlussempfehlungen zum Haushalt zuzustimmen.

Bevor ich meine Ausführungen beende, möchte ich mich bei allen Ausschussmitgliedern sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofs, der Ministerien und der Landtagsverwaltung für die sachliche und zügige Beratung herzlich bedanken. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen umfangreichen Bericht und hoffe, dass wir die 13 Minuten Zeitverzögerung im Rahmen der Beratung wieder aufholen.

(Unruhe)

Wir beginnen die Haushaltsberatung mit der all-
gemeinpolitischen Debatte. Zunächst hat der Kol-
lege Wulff für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte
sehr!

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten
Damen und Herren! Rekordverschuldungen lassen
sich wohl nicht kürzer interpretieren, als das eben
durch den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses
geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das aus
meiner Sicht für uns alle geeignet ist, als Grundla-
ge zu gelten.

„Nach einem Jahr Gabriel wären tief-
greifende Erfolge wohl zuviel erwar-
tet. Eine Trendwende müsste man al-
lerdings sichtbar erkennen können.
Diese ist bisher nicht absehbar.“

Darauf könnte man sich verständigen, denn es
handelt sich um einen Beschluss der Landeskonfe-
renz der Jungsozialisten, also Ihres Nachwuchses.
Wenn die zu dieser Erkenntnis kommen, dann
muss man einfach als Opposition sagen: Wenn die
Recht haben, dann haben die Recht. Das ist der
Zustand in Niedersachsen.

Weiterhin haben die gesagt: Vergegenwärtigt man
sich die politische Diskussion innerhalb und au-
ßerhalb der SPD vor dem Spendenskandal, so muss
man feststellen, dass die Eckpunkte der Kritik, die
an die SPD-geführte Regierungspolitik gerichtet
waren, heute ebenso ungelöst sind wie damals. Die
Frage der Jungsozialisten an die SPD und an die
Öffentlichkeit lautet: Was machen wir eigentlich,
wenn die CDU irgendwann einmal über ihren
Skandal hinweg ist?

(Plaue [SPD]: Das dauert aber!)

Die Bilanz, acht Jahre Niedersachsen unter Schrö-
der in die finanzpolitische Katastrophe geführt, ein
Jahr einen Ministerpräsidenten nicht bemerkt und
nun ein Jahr einen Ministerpräsidenten zu haben,
der weder Trendumkehr noch Neuanfang bewerk-
stelligt, ist die Bilanz von zehn Jahren sozialdemo-
kratischer Politik in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Es reicht eben nicht, Politik als Showbusiness und
als Entertainment zu verstehen sowie den Anschein
zu erwecken, man mache Dampf, wenn man bei
näherem Hinsehen feststellen muss, dass es sich
eigentlich nur um heiße Luft handelt. Nein, Politik
bedeutet, dass man etwas konsequent zu Ende
bringt.

Vor diesem Hintergrund ist der erste Haushalt, den
Ministerpräsident Gabriel zu verantworten hat, von
Anfang bis Ende misslungen, weil bei Rekordsteu-
ermehreinnahmen im nächsten Jahr die größte
Nettoneuverschuldung, die wir jemals in Nieder-
sachsen zu beklagen hatten, vorgesehen ist. Diesen
Widerspruch können Sie nicht auflösen.

(Beifall bei der CDU)

Die Tatsache, dass die Steuermehreinnahmen
sprudeln, dass der Finanzminister über mehr Geld
als jemals zuvor verfügt, aber trotzdem die höchste
Nettoneuverschuldung vorgenommen wird, lässt
die Leute zu der Erkenntnis kommen: Wenn Sie in
der Sahara regieren würden, würde bei Ihnen sogar
der Sand knapp werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Steuermehreinnahmen haben wir ja hier vor-
ausgesagt, Herr Plaue. Wir haben in den vergange-
nen zwei Jahren immer wieder darauf hingewiesen,
dass eine Politik in Berlin, die abzockt, die den
Leuten das Geld aus der Tasche zieht, die den
Mittelstand mehr belastet, am Ende natürlich zu
nachhaltig wachsenden Steuereinnahmen führt.
Die Folgen werden wir aber in den nächsten Jahren
zu beklagen haben. Die abgeschaffte halbe
Versteuerung bei Betriebsveräußerungen hat natü-
rlich in den Jahren 1999 und 2000 - dann haben
Sie es ja wieder korrigiert - zu erheblichen Steuer-
mehreinnahmen geführt, hat aber auch Arbeitsplät-
ze gekostet. Die Änderung bei den Abschreibun-
gen als wichtigste Selbstfinanzierungsquelle für
den Mittelstand hat natürlich zu Steuermehrein-
nahmen geführt. Aber demnächst wird man sehen,
dass es auch Existenzen gekostet hat. Die Ökosteuer
schafft natürlich für den Staat Steuermehrein-
nahmen in Milliardenumfang. Aber in Kürze wird
die Statistik ausweisen, dass inzwischen einige
Speditionen und eine Reihe von anderen Existen-
zen im Bereich der Unterglasbetriebe in der Land-
wirtschaft in Konkurs gegangen sind.

Wir fordern: Wenn man hunderte von Millio-
nen DM mehr Steuern einnimmt, dann müssen
diese Steuermehreinnahmen verwendet werden,

um die Nettoneuverschuldung zu reduzieren, und dann darf die Nettoneuverschuldung nicht auf 3,4 bzw. 3,8 Milliarden DM, also auf Rekordniveau, getrieben werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Steuermehreinnahmen in Millionenhöhe zur Verfügung stehen, sollten sie für Zukunftsinvestitionen verwandt werden, und zwar für Investitionen in zusätzliche, junge Lehrer, denn die Zukunft unseres Landes Niedersachsen hängt von der jungen Generation, von ihrem Wissen, ihrer Qualifikation ab. Wenn man wenig unterrichtet, bekommt man mangelhafte Ergebnisse, und wenn man mehr unterrichtet, bekommt man bessere Ergebnisse.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir zwei Vorschläge in den Mittelpunkt unserer Überlegungen gestellt. Der erste Vorschlag lautet, die Unterrichtsgarantie in Niedersachsen wieder zu erfüllen. Der Unterricht, der von Ihnen mehrfach gekappt worden ist, der aber erteilt werden müsste, muss erteilt werden. Darauf hat die junge Generation mit ihren Eltern und Großeltern einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Vorschlag lautet: Wenn man im laufenden Haushaltsjahr nahezu 700 Millionen DM mehr einnimmt, als die Steuerschätzung ausgesagt hat, dann sollte man daraus das jetzt fällig werdende EXPO-Defizit von 750 Millionen DM abtragen, ohne die Neuverschuldung zu erhöhen, statt das EXPO-Defizit auf die nächsten Jahre aufzuteilen und dann jährlich bis zu 100 Millionen DM für Zinsen und Tilgungen aufwenden zu müssen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Basis. Die Basis unserer Überlegungen ist die Mehrheit in Berlin, die wir für eine gerechte Verteilung des EXPO-Defizits mit geschaffen haben, wobei uns ein Verhältnis von drei Vierteln zu einem Viertel lieber gewesen wäre. Vorschläge zur Verwendung von Steuermehreinnahmen und zum Teil sehr unpopuläre Haushaltskürzungen im Umfang von 200 Millionen DM waren die Grundlage für uns, hier sehr genau und sehr präzise die Vielzahl von Einzelvorschlägen an das Haushalts-Ist des auslaufenden Jahres anzugleichen, um damit die Spielräume der Regierung für ihr Ausgabeverhalten zu vermindern. Das Ergebnis dieser Überlegung ist, die Nettoneuverschuldung auf

2,6 Milliarden DM zu senken, das EXPO-Defizit zu bewältigen und die Finanzierung von 3.000 zusätzlichen Lehrern zum Schuljahresbeginn 2001 darzustellen. Das ist die Konzeption der Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Eines ist auch klar: Die Lehrer brauchen wir jetzt und nicht etwa als Wahlkampfgeschenke oder Wahlkampfschlager im Jahre 2002 oder 2003, denn die Kinder haben es nicht verdient, erneut wie 1994 und 1998 für taktische Spielereien missbraucht zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen natürlich auch den Blick über den Tellerrand hinaus auf andere Bundesländer richten, die zum Teil in den nächsten Jahren die Nettoneuverschuldung bis auf Null herunterfahren bzw. ihre Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren reduzieren, anstatt, wie es Niedersachsen macht, einen Sonderweg, einen Irrweg zu beschreiten und die Nettoneuverschuldung weiter steigen zu lassen.

Für die Unterrichtsgarantie sind uns alle Anstrengungen wert, weshalb wir Sie von der Sozialdemokratie auffordern, über Ihren eigenen Schatten zu springen und zu zeigen, dass Sie bereit sind, ein Signal für unser Land, aber auch für die gesamte Bundesrepublik Deutschland zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Signal ist wichtig, weil wir im Wettbewerb um die Besten wieder mitspielen wollen. Die Besten, die heute ein Lehramtsstudium abschließen, gehen in andere Bundesländer auf ganze Stellen - darauf komme ich am Ende meiner Rede noch zurück -, und die anderen bleiben und müssen händeringend geworben werden, auf die wenigen ausgeschriebenen Stellen zu gehen. Daran, ob Sie bereit sind, das Unterrichtsfehl zu bekämpfen, wird sich zeigen, ob Sie nur reden oder auch zum Handeln in der Lage sind und das mitzumachen, was das Land jetzt braucht.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten uns nicht täuschen: Niedersachsen war der größte Nutznießer von zehn Jahren deutsche Einheit. Wir hatten die längste innerdeutsche Grenze. Wir haben viele Einwohner in den vergangenen zehn Jahren hinzugewonnen. Aber im Jahre 1999 - ausweislich des Statistischen Bundesamtes vor wenigen Wochen - liegen wir auf dem

16. Platz aller 16 Bundesländer bei der saldierten Bilanz von Zu- und Abwanderung. Wir haben im Jahre 1999 die meisten Einwohner verloren, doppelt so viele wie der vorletzte auf dem 15. Platz. Vor uns rangieren die neuen Bundesländer, z. B. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Und sie sind nicht etwa weit hinter uns. Wir wissen, welche Probleme dort durch Bevölkerungsverluste auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Lebensqualität und der Standorticherung auftreten. Aber offensichtlich empfinden Menschen seit einigen Jahren, dass sie anderswo bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bildungsmöglichkeiten, bessere Lebensperspektiven und Lebensqualität haben als bei uns.

Sie können sagen: Es ist immer die Aufgabe der Opposition, das Land schlecht zu reden. - Nein, ich trage hier die Statistik des Statistischen Bundesamtes vor, und ich erwarte, dass sich die Landesregierung der Diskussion stellt, warum das so ist, woran das liegt und warum man zu einer Politik kommen muss, die uns nicht so unattraktiv darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Zukunftsweisende Landespolitik kann Politik nicht als Schaubühne betrachten, sondern muss daraus Konsequenzen ziehen, dass wir eine alternde Gesellschaft sind, und zwar mit immer mehr 80-, 90- und 100-Jährigen, worüber wir uns freuen, aber mit weniger 5-, 15- und 25-Jährigen. Die, die wir haben, sollten wir in unserem Land halten, optimal qualifizieren und sollten somit auf die junge Generation und auf die Zukunft unseres Landes setzen. Im Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik setzen Sie aber die völlig falschen Signale.

In einem der zahlreichen Interviews des Ministerpräsidenten im „Weser-Kurier“ vor wenigen Tagen gab es die Aufforderung, die Opposition möge doch einmal belegen, was angekündigt, aber nicht vollzogen sei. Da fällt es uns natürlich leicht, eine endlose Liste aufzuzählen. Wenn aber in der Einjahresbilanz des Ministerpräsidenten keine Zahlen zur Verschuldung und zur Nettokreditaufnahme stehen, sondern nur gesagt wird „Wir wollen weiter Personal reduzieren“ - das war es -, dann kann ich nur sagen: Werden solch niedrige Hürden aufgebaut, so kann ich ohne große Anstrengung aus dem Stand jede Hürde überspringen. Nehmen wir aber das, was gesagt worden ist, was nicht in der Einjahresbilanz steht - Herr Ebisch, Sie haben Falten auf der Stirn, weil Sie ja im Zweifel an

einem solchen Unsinn mitwirken müssen, wenn Leistungsbilanzen aufgestellt werden, obwohl es keine Leistungen zu verkünden gibt -, dann müssen wir einmal das betrachten, was der Ministerpräsident gesagt hat, als er noch nicht Ministerpräsident war, was er gesagt hat, bevor er antrat und als er antrat. Er hat gesagt: Wir müssen Jahr für Jahr die Nettokreditaufnahme reduzieren. - Ergebnis: Fehlanzeige! Weiter hat er gesagt: Wir müssen die Neuverschuldung reduzieren und die Landesfinanzen sanieren. - Fehlanzeige! Er hat gesagt: Wir müssen die Personalausgaben absenken - Fehlanzeige! -, die Zahl der Ministerien verringern - Fehlanzeige! -, mehr Investitionen für die Zukunft des Landes einsetzen - Fehlanzeige! Wir haben in Niedersachsen die niedrigste Investitionsquote seit 54 Jahren.

Wir müssten eine durchgreifende Reform der Verwaltung betreiben, moderne Wirtschaftspolitik machen, eine neue Bildungspolitik betreiben, die die Menschen teilhaben lässt. Wir bräuchten 2.000 zusätzliche Lehrer, die versprochen worden sind. Nichts davon findet sich in dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2001 wieder. Das ist ein Wortbruch gegenüber der Bevölkerung in Niedersachsen, den wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU - Frau Vogel-sang [CDU]: Langsam kapieren die es!)

Sie müssen schon den Mathematikunterricht in Niedersachsen ganz abschaffen, wenn Sie erreichen wollen, dass nicht mehr zwischen 500 Lehrerstellen, die Sie im Haushalt haben, und den 2.000 Stellen, die Sie versprochen haben, differenziert werden kann. Das allerdings können wir noch sehr gut auseinander halten.

Die „Braunschweiger Zeitung“ hat ein Interview veröffentlicht, in dem etwas über den Regierungsstil des Ministerpräsidenten zu lesen war. Ich zitiere:

„Es ist besser, zehn Entscheidungen zu treffen, von denen fünf oder sechs richtig sind, als wenn zehn Entscheidungen überhaupt nicht getroffen werden. Dann hätte man zehn falsche getroffen.“

Wir wollen ja um die Besten ringen und mit den Besten konkurrieren. Wenn jemand auf den Gipfel will und vier- oder fünfmal danebentritt, dann erreicht er nie die Gipfelspitze. Er stürzt bei dem

ersten, zweiten, dritten oder vierten Fehltritt ab. Ich halte einen solchen Politikstil, zehnmal herumzuballern, um dann zu gucken, ob man etwas getroffen hat oder ob man in die eigenen Reihen geschossen hat, geradezu für abenteuerlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Deshalb ist die Überschrift, die heute in einer wichtigen Zeitung steht, korrekt: Selbst die Eigentore werden selbst geschossen. - Man kann nicht einfach herumballern und dann gucken, was man daraus macht, was man damit erreicht und wen man getroffen hat. Vielmehr muss man schon wissen, wohin man will.

Der Politik steht unendlich viel Sachverstand zur Verfügung. Ich halte es für einen großen Fehler, in die Öffentlichkeit die Ironie zu setzen, Politiker, wir alle, seien Universaldilettanten und verstünden von allem ein bisschen und von nichts richtig viel. Ich glaube, Herr Gabriel, wir sollten anerkennen, dass wir enormen Sachverstand in der Ministerialbürokratie, in den Ministerien, in den Verbänden, in den Vereinen und in der Öffentlichkeit haben. Nur, den Willen und den Mut, diesen Sachverstand zu nutzen, muss man schon selbst aufbringen. Den kann man sich nicht einkaufen oder beschaffen. Genau dieser Mut fehlt Ihnen. Insofern sind Sie allein zu Haus, sitzen an Ihrem PC und machen Niedersachsen auf CD-ROM als Planspiel oder Politikübung. Das ist aber kein Politikersatz. Das ist das, was wir nicht brauchen können.

(Beifall bei der CDU)

Bei der CD-ROM der Landtagsverwaltung kann man spielen und Verschiedenes ausprobieren. Es gibt sogar zwei Schwierigkeitsgrade. Aber eine Kabinettsumbildung kann man so nicht betreiben. Man kann nicht neue Leute präsentieren, wenn die anderen noch gar nicht zurückgetreten sind. Man kann nicht von einem großen Wurf sprechen, dann aber den Berg kreißen und Mäuschen gebären lassen. Man kann auch nicht, wie Sie sich über Ihren Regierungssprecher eingelassen haben, sagen, die neuen Minister seien doch Farbtupfer, das seien Lichtlein am Tannenbaum.

(Heiterkeit bei der CDU)

Früher ging es hier nicht um Lichtlein am Tannenbaum, sondern früher ging es hier einmal um Qualifikation und Kompetenz. Darum sollte es auch in Zukunft wieder gehen.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]:
Das sollten Sie auch in Ihrer Fraktion
so sehen!)

Im Übrigen, Herr Plaue, wird bei uns der Weihnachtsbaum zwischen dem 6. Januar und Ende Januar weggeräumt. Sie wollen doch sicherlich zumindest die 100 Tage erreichen, die Ihre neuen Minister Schonfrist genießen.

(Zuruf von Plaue [SPD])

- Sie wären geeignet!

(Heiterkeit bei der CDU - Plaue
[SPD]: Das wäre eine schöne Besche-
rung!)

- Herr Plaue, Sie haben das Glück und den Segen der Jahreszeit, denn zu Weihnachten werfen sogar Zwerge lange Schatten, wenn die Sonne tief steht. Das ist Ihr Vorteil.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Bevor ich von dem geschätzten Präsidenten einen Ordnungsruf erhalte, will ich darauf hinweisen, dass es hierbei um ein literarisches Zitat von Karl Kraus handelt und deswegen nicht ordnungsruffähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das wäre mir auch nicht im Weihnachtstraum eingefallen.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Ich verlasse mich da ganz auf den Präsidenten. - Das ist Ihre Art und Weise, eine Kabinettsumbildung zu betreiben, wie wir das bis in die Mittagsstunden hinein erlebt haben. In Interviews erklärte der Ministerpräsident: Es gab bei uns einige, die sich für kabinettstreu hielten. Aber das waren ausschließlich Männer. - Damit sagt er ja, dass es in der SPD-Fraktion nur noch drei Gruppen gibt: Frauen, die nicht kabinettstreu sind, Männer, die sich für kabinettstreu halten, und eine immer größer werdende Zahl derer, die schon im Kabinett waren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich würde gern alle namentlich erwähnen, aber erstens sind es viele, zweitens ist die Redezeit

begrenzt, und drittens hat Frau Bührmann heute Geburtstag; deshalb möchte ich Rücksicht nehmen.

(Zurufe)

Das ist das Eingeständnis von Blutleere und Ausgelaugtheit. Wenn die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, wie gestern geschehen, berichtet, dass Herr Plau den Eindruck, es handele sich nur um Flaschen, zurückgewiesen habe, dann ist das immerhin eine erhellende Erkenntnis.

Die Kabinettsumbildung ist missglückt. Besonders schlimm ist, dass sie mit einem unglaublichen Glaubwürdigkeitsverlust verbunden ist. Das werden Sie noch bemerken.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn am Wochenende in allen Zeitungen des Landes berichtet wird, am Dienstag werde es drei neue Minister geben, und am Sonntag Millionen Niedersachsen über den Norddeutschen Rundfunk, im Hörfunk, vom Ministerpräsidenten gesagt bekommen, das sei erstunken und erlogen, daran sei nichts wahr, das hätten sich wieder einmal Journalisten ausgedacht, dann türmen sich natürlich die Briefe auf, in denen die Menschen fragen: Auf wen und was sollen wir überhaupt noch vertrauen, wenn ein Ministerpräsident sonntags sagt, es sei keine Kabinettsumbildung geplant, Weber sei sein bester Mann im Boot, mit dem werde er also noch weiter fahren, dann aber am Dienstag die Kabinettsumbildung verkündet, als sei nichts gewesen? Das ist die Müntefering-Linie: Man kann immer die gesamte Öffentlichkeit täuschen; am Ende wird sich das auszahlen. - Nein! Am Ende wird diese Art des Umgangs mit der niedersächsischen Öffentlichkeit bitter abgestraft werden!

(Beifall bei der CDU)

Auch die Themen kommen und gehen wie die Kabinettsmitglieder. Die Staatsmodernisierung wird zur Chefsache erklärt und in die Staatskanzlei geholt. Jetzt, da unpopuläre Entscheidungen anstehen, wird sie wieder in das Innenministerium abgeschoben. Das Thema Multimedia, Internet, Telekommunikation wurde vor einem Jahr zu dem Thema schlechthin erklärt. Als man merkte, dass man immer noch nichts vorweisen kann, schob man es in das Wirtschaftsministerium. Vor diesem Hintergrund kann ich nur empfehlen, einmal in den Zeitraum der 80er-Jahre zurückzublicken. Als 1987 z. B. das Programm „Computer an Schulen“ verkündet wurde, als das Rundfunkmonopol

gebrochen wurde, als RTL und ffn in Hannover lizenziert wurden, als hier in Hannover die Glasfaserverkabelung als neue Form der Datenautobahn für das gesamte Land diskutiert wurde, da waren das Beginn und Anfang eines Informatikstandortes Niedersachsen, wie man ihn in Deutschland in keinem anderen Bundesland vorfand. Jüngst hat das Niedersächsische Institut der Wirtschaft eine Bilanz nach zehn Jahren SPD-Medien- und - Informationspolitik vorgelegt. Diese fällt mehr als dürftig aus. Dort heißt es nämlich, Niedersachsen haben inzwischen eine geringe Bedeutung als Standort der Informations- und Medienwirtschaft, weil man diese Pflänzchen der Informations- und Mediengesellschaft nicht gepflegt habe.

Jetzt wollen Sie die Landesentwicklung in die Staatskanzlei holen. Wenn Sie merken, dass Sie die Regionen weiterhin benachteiligen und dieses Thema nicht in den Griff bekommen, werden Sie vermutlich auch dies wieder abstoßen.

Wir fordern Sie auf, endlich mit dem nötigen Ernst, mit der nötigen Nachhaltigkeit Regierungsgeschäfte in diesem Lande zu betreiben, bei denen man sich am Anfang ein Ziel setzt und am Ende auch ein Stück weit in der Nähe des Zieles anlangt, statt die Ziele zu wechseln, um nicht an den ursprünglichen Vorstellungen gemessen werden zu können.

Meine Damen und Herren, Zukunftspolitik ist Haushaltspolitik. Dabei geht es um die Frage, wofür man wie viel Geld einsetzt. Bei dem wichtigsten Ziel, der Sanierung der zerrütteten Landesfinanzen, sind Sie durchgefallen. Bei der Personalausgabenquote sind Sie mit fast 45 % der Spitzenreiter unter allen Bundesländern. Sie haben die niedrigste Investitionsquote seit 54 Jahren. Sie sind willfährig gegenüber der Bundesregierung: ob es um UMTS-Milliardenerlöse ging oder jetzt um die Entfernungspauschale. Die gesamten Auswirkungen der Entfernungspauschale und des Heizkostenzuschusses tauchen in dem Haushaltsentwurf natürlich noch gar nicht auf. Die sollen dann als Risiken abgedeckt werden. Wir kritisieren das Prozedere, wie diese Auswirkungen zustande kommen, dass nämlich gegen den als richtig erkannten Grundsatz, wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen, wieder einmal kolossal verstoßen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Die rot-grüne Bundesregierung bestellt, und wir, die Länder und Kommunen, müssen es bezahlen. Wir werden einmal entlastet in Bezug auf die EXPO, und wir werden jährlich belastet bei der Entfernungspauschale und dem Heizkostenzuschuss. So haben Sie sich über den Tisch ziehen lassen.

Mit der Steuerreform ist es nicht anders. Ein Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Kindern wird um 62 DM monatlich entlastet. Dem stehen aber Mehrausgaben durch Ökosteuer und anziehende Preise von 135 DM gegenüber. Glauben Sie nicht, dass die Menschen das nicht ganz genau bemerken, wie sie immer weniger zur Verfügung haben, je mehr die Bundesregierung von Steuererleichterungen und Steuerentlastungen redet. Je mehr Sie davon sprechen, desto weniger bleibt den Leuten übrig.

Allein die Inflation ist innerhalb von zwei Jahren durch Ihre Politik und die Ökosteuer verdreifacht worden - von 0,8 % ist der Preisanstieg jetzt auf 2,4 % explodiert. Das ist das, was sich die Rentnerin eben weniger leisten und kaufen kann, wenn sie 0,6 % Rentenerhöhung erhält, steigende Beiträge bei der Krankenkasse hat und 2,4 % mehr bezahlen muss. Wenn dann nach dem Winter auch noch die Nebenkostenabrechnung kommt, kommt das bittere Erwachen über das, was rot-grüne Abzockerei unter dem Strich für die Menschen im Lande draußen bedeutet.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Sie haben nach oben hin immer willfährig abgenickt, auch bei der Steuerreform die ganz klare Lastigkeit zugunsten der Kapitalgesellschaften. Die Aktionäre sind die Profiteure. Je mehr Arbeitsplätze abgebaut werden, desto höher ist der Aktienkurs. Aber die Arbeitnehmer in diesen Unternehmen können auf ihre Steuererleichterung bis zum Jahr 2005 warten. Sie haben nach oben willfährig abgenickt und nach unten weiter abgezockt.

Sie haben die Kommunen weiterhin davon „befreit“, 1,169 Milliarden DM im Finanzausgleich mehr zu erhalten. Wir sind der Meinung, dass dieses Geld in den nächsten Jahren wieder an die Kommunen zurückgegeben werden muss und dass die Gängelei von Kommunen und Wirtschaft aufhören muss.

(Beifall bei der CDU)

Moderne Politik, insbesondere moderne Wirtschaftspolitik, setzt voraus, dass man nicht gängelt, dass man nicht über komplizierte Neuregelungen die Schaffung von Arbeitsplätzen erschwert, sondern dass man sie erleichtert. Sie stattdessen zementieren den Arbeitsmarkt weiter. Sie wollen nach Ihren Änderungen bei 630-DM-Jobs und Scheinselbständigkeit das Betriebsverfassungsgesetz ändern, die Befristung von Arbeitsverhältnissen erschweren und zusätzliche Bürokratie mit einem ziemlich uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit schaffen. Damit geben Sie den Wirtschaftszweigen Niedersachsens, die dringend darauf angewiesen sind, flexibel operieren zu können, zum Teil den Todesstoß.

Wir müssten flexibilisieren, auch bei den Möglichkeiten eines Mittelständlers, in neue und zusätzliche Arbeitsplätze zu investieren. Stattdessen hat Niedersachsen zu den Ländern gehört, die im Länderfinanzministerrat dafür gekämpft haben, die Abschreibungsfristen zu verlängern, was den Mittelstand zwischen 3 und 7,5 Milliarden DM kosten wird. Sie haben dem Mittelstand die Halbierung der Mehrwertsteuer versprochen, den Ankündigungen aber keine Taten folgen lassen.

Das Technologieprogramm des Landes ist längst ein Reparaturprogramm für große Betriebe. Der Risikokapitalfonds - mit großem Medienbohei hier im Lande verkauft - ist ein Flop, der Innovationsfonds beim Ministerpräsidenten klammheimlich aufgelöst.

Herr Golibruch hat hier vonseiten der Grünen-Fraktion mehrfach darauf hingewiesen, dass eine solche kurzatmige Politik, mit ein paar Schecks gutes Wetter im Lande zu verbreiten, nichts tut für die Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen. Sie sind dem jetzt klammheimlich nachgekommen und haben gesagt, dass diese Einlassungen wohl richtig gewesen seien und der Mittelstand so nicht zum Laufen gebracht werden könne. Das A und O für Mittelstand, für Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen wäre die Verbesserung der Infrastruktur, die Sie sträflich vernachlässigen.

Sie greifen nicht energisch die Überlegungen einer Küstenautobahn auf, Sie greifen nicht den Innovationsstau bei Landesstraßen auf, Sie greifen nicht die Anbindung der Regionen an Wirtschaftszentren und Ballungsräume auf, und Sie wollen auch nicht unsere Anregung, die von beiden Oppositionsfraktionen kommt, nämlich mehr Wettbewerb auf die Schiene zu bringen, aufnehmen, sondern lassen die

Bahn in den Regionen des Landes verkommen, lassen den InterRegio einstellen und haben keinerlei Alternativplanungen in der Tasche.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt ein weiteres Thema, um das es verblüffend still geworden ist. Das ist das Thema „Bündnis für Arbeit“.

(Minister Aller: Schauen Sie mal auf die andere Seite!)

Das „Bündnis für Arbeit“ war ja das zentrale Anliegen, Herr Aller, für Sie und Ihre Landesregierung, in Niedersachsen und im Bund. Die haben sich vertagt. Die haben seit Juli nicht mehr getagt. Im Lande hört man nichts. Es sind unzählige Arbeitsgruppen gebildet worden. Aber die 330.000 Arbeitslosen mit ihren Familien in Niedersachsen spielen bei der Sozialdemokratie in der Landespolitik aktuell offensichtlich keine Rolle mehr.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt keine arbeitsmarktpolitischen Initiativen dieser Regierung. Man tröstet sich mit 3 % Wirtschaftswachstum, was infolge des gigantischen Geldwertverlustes des Euro und des Exportwachstums tatsächlich nicht schwierig ist. Aber es treibt uns um, dass man dann, wenn man 3 % Wirtschaftswachstum hat, nicht gleichzeitig Beschäftigungswachstum verzeichnet, weil man befürchten muss, dass die Arbeitslosigkeit bei abnehmendem Wachstum auf 1 % oder 1,5 % wieder steigen würde, obwohl oben mehr aus dem Arbeitsleben ausscheiden als unten nachkommen.

Die aktuell sinkenden Arbeitslosenzahlen von wenigen Tausend in Niedersachsen sind allein damit zu begründen, dass Sie die Demografie ausnutzen, dass Sie darauf setzen, dass Arbeitslose zu Rentnern werden. Aber Arbeitslose werden immer älter und immer häufiger Langzeitarbeitslose. Für die tun Sie als Landesregierung überhaupt nichts. Das findet sich auch in diesem Landeshaushalt wieder.

(Beifall bei der CDU)

Es kam ja nicht von uns, sondern von Ihrem Kollegen Schwarz der Hinweis, dass man in einer Jubelbroschüre eine Zehnjahresbilanz vorgelegt habe und darin - aus Versehen, Absicht oder Unvermögen - nicht ein einziges Wort zur Sozialpolitik enthalten war.

(Beifall bei der CDU)

Das ist schlichtweg die Bilanz: Da hatte man nichts zu schreiben, denn Sie kürzen ständig bei Schuldnerberatung, Drogenhilfe, Selbsthilfe, familienentlastenden Diensten, Behinderten, der Aids-Hilfe und anderen Maßnahmen und haben davon am Ende nur deshalb Abstand genommen, weil die Grünen und die CDU und die Betroffenen im Land einen solchen Widerstand entfacht haben, dass Sie diese Kürzungen, die Sie beabsichtigten, zurückgenommen haben,

(Plaue [SPD]: Besonders Sie, Herr Wulff!)

was aber nichts daran ändert, dass die Sozialpolitik bei Ihnen nicht mehr in guten Händen ist, sondern längst von der Opposition in diesem Hause vertreten wird.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident hat in einem der unzähligen Interviews erklärt: Da müssen Sie sich einmal angucken, wie derzeit Familienpolitik im Sozialministerium betrieben wird.- Sie, Herr Gabriel, haben gesagt, dass es da eine einzige Referatsstelle für Familien in Not gebe. Das ist das Relikt aus den glorreichen Zeiten Hermann Schnipkowitzs, in denen „menschliches Niedersachsen“, „soziales Niedersachsen“ noch ein Begriff war.

(Zuruf von Inselmann [SPD])

- Da waren Sie noch gar nicht auf der Welt, Herr Inselmann. Da war das noch ein Begriff. Da stand Niedersachsen für soziale Qualität, und da hat man - - -

(Zuruf von Frau Pawelski [CDU])

- Entschuldigung. Die Frauen dementieren: Sie sehen nur jünger aus, als Sie sind!

(Plaue [SPD]: Das könnte Ihnen nicht passieren, Herr Kollege Wulff! Sie sehen immer alt aus!)

Die Frage des menschlichen, des sozialen Niedersachsens war ein Begriff. Hier in Niedersachsen ist damals der Modellversuch für das Erziehungsgeld, das vielen Familien heute als ein wichtiger Einkommensbestandteil gilt, durchgeführt worden.

(Beifall bei der CDU)

Von Ihnen ist in den letzten zehn Jahren nicht eine solche Initiative ausgegangen. Das ist hier zu kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Investitionen für die Fläche, die Sie versprochen hatten, in diesem Haushalt nicht ausgewiesen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie hatten eine Beendigung der Benachteiligung der Fläche in Aussicht gestellt. Aber 56 % aller Krankenhausinvestitionen fließen in die Landeshauptstadt. Nun freuen wir uns darüber, können aber nicht akzeptieren, dass bei einem so geringen Budget nur 44 % für das gesamte übrige Land zur Verfügung stehen. Wir können auch nicht akzeptieren, wenn es sich hier um ein Abschiedsgeschenk der Sozialministerin Merk an den Oberbürgermeister von Hannover handelt. Wir wollen, dass überprüft wird, ob diese Art von Familienfilz rechtlich überhaupt zulässig ist.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich werden wir in diesem Hause nach dem, was wir von Frau Trauernicht aus Hamburg gehört haben, nach dem, was wir mit Frau Griefahn erlebt haben, und nach dem, was wir jetzt mit Frau Merk erleben, vermehrt die Frage nach „Familienfilz“ stellen, damit nicht der Anschein entsteht, dass die Ministerin ihrem Mann als Unterstützung für den Kommunalwahlkampf Gelder zuschanzen kann. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen regionale Strukturpolitik und einen Solidarpakt für den ländlichen Raum, weil wir glauben, dass dort die Potenziale unseres Landes brachliegen, die genutzt werden könnten, indem man Standortentscheidungen nicht immer zulasten, sondern zugunsten der Ballungsräume trifft. Dafür gibt es genügend Beispiele. In der mir zur Verfügung stehenden Redezeit kann ich die aber gar nicht alle ansprechen. Da wird ein neues Amtsgericht, ein neues elektronisches Mahngericht in Niedersachsen installiert, aber anstatt es irgendwo in der Fläche mit 100 qualifizierten Arbeitsplätzen unterzubringen, wird es natürlich in der Landeshauptstadt angegliedert. Ich meine, die ländlichen Räume hätten jetzt wirklich ein Anrecht darauf, angesichts moderner Kommunikation und moderner Informationsgesellschaft auch einmal Nutznie-

ßer der Dinge zu sein, die sehr wohl in allen Landesteilen untergebracht werden können, nicht nur in der Landeshauptstadt.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt gerade für die Not leidende Landwirtschaft, bei der Sie fortlaufend vernachlässigen, kürzen, Auflagen erhöhen und Wettbewerbsbedingungen verschlechtern.

Das wichtigste Feld unserer Anträge zum Haushalt 2001 ist aber - ich habe es anfangs angekündigt - die Schul- und Bildungspolitik. Hierzu muss man - weil Sie es partout nicht einsehen wollen - doch einmal auf einige Fakten hinweisen, die wir seit 1995 als bedrückend empfinden: die Wahrnehmung der Probleme durch die Bevölkerung und die Schilderung der Probleme durch Sie mit Ihrem Schönreden der tatsächlichen Lage. Ich lade Sie ein, sich einmal dazusetzen, wenn wir unsere Hotline „Unterrichtsausfall“ schalten - innerhalb von zwei oder drei Stunden mehr als 200 Anruferinnen und Anrufer mit besorgten Hinweisen. An der Peter-Räuber-Sonderschule in Wolfenbüttel werden an einer Ganztagschule geistig behinderte Kinder mittags nach Hause geschickt. An der Grundschule Göttingen-Herberhausen wird die Hausmeisterin regelmäßig im Unterricht eingesetzt. An der angeblich Verlässlichen Grundschule in Syke-Barrin werden die Schülerinnen und Schüler tageweise nach Hause geschickt, weil nicht zureichend Unterricht erteilt werden kann. - Die Reihe der Beispiele ließe sich jetzt beliebig fortführen.

Sie haben es geschafft, dass in einem Bundesland, in dem die Bildungspolitik im Zentrum der Überlegungen stehen müsste, weil wir dafür originär zuständig sind, der Begriff der Verlässlichen Grundschule als Wahlkampfschlager erhalten muss, wo doch eigentlich alle Schulen verlässlich sein sollten. Dass Sie bestimmte Schulen zu Verlässlichen Grundschulen erklären, zeigt eigentlich schon, wohin Sie unsere Schulen in Niedersachsen geführt haben.

(Beifall bei der CDU)

Mir hat ein Vater aus dem Landkreis Cuxhaven besorgt geschrieben:

„Viel gravierender ist aber, dass unseren Kindern im Vergleich zu Kindern in anderen Bundesländern wesentlich weniger Wissen vermittelt wird. In

der Berufsausbildung oder im Studium wird darauf niemand Rücksicht nehmen. Schuld sind dann unsere Kinder. Die Schulleitung darauf anzusprechen ist aussichtslos. Der sind die Hände gebunden, wenn das Ministerium die Besetzung von Lehrerstellen verweigert.“

Sie haben lediglich 500 Stellen für 13.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen vorgesehen. Wir werden bis zum Jahr 2004 noch einmal 27.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler an unsere Schulen bekommen. Deshalb hat Herr Gabriel in der „Wilhelmshavener Zeitung“ in einem seiner vielen Interviews zutreffend analysiert: „Wir haben zu viel Unterrichtsausfall.“ Wenn er selbst sagt, wir hätten zu viel Unterrichtsausfall - - -

(Mühe [SPD]: Er wird doch gefragt!)

- Der muss doch nicht so viel dummes Zeug erzählen, wenn er gefragt wird. Die Antworten kann man sich ja selber aussuchen, die Fragen nicht. - „Wir haben zu viel Unterrichtsausfall“ - wenn er dort also sagt, wir hätten zu viel Unterrichtsausfall, dann ist er als Ministerpräsident doch berufen, im Landshaushalt entsprechende Signale zu setzen, um an dieser Situation etwas zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen die 3.000 Lehrer jetzt einstellen und finanzieren, weil wir schon jetzt einen Fachlehrermangel haben, der sich dramatisch zuspitzen wird. Im Regierungsbezirk Lüneburg konnten Sie, Frau Ministerin Jürgens-Pieper, von zehn ausgeschriebenen Stellen für Physiklehrer an Realschulen nur eine einzige besetzen. Sie konnten im Bereich der Grund- und Hauptschulen von 38 ausgeschriebenen Stellen noch ganze 26 Stellen mit Physiklehrkräften besetzen. Sie konnten nur insgesamt 78 % der Stellen mit den gewünschten naturwissenschaftlichen Fächern besetzen, weil die Bewerber nicht mehr ausreichend studiert haben oder in andere Bundesländer abgewandert sind, weil sie dort ganze Stellen, hier aber nur Dreiviertelstellen vorfinden.

(Plaue [SPD]: Wo wollen Sie denn die 3.000 Lehrer her haben?)

- Die wollen wir aus ganz Deutschland haben, damit wir es mit den Hessen aufnehmen können und nicht hinter Hessen zurückfallen, Herr Plaue!

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen die Signale aus Hessen einmal aufnehmen. Glauben Sie nicht, dass Sie die Lehrer, die aus Niedersachsen abgewandert sind, so ohne weiteres nach Niedersachsen zurück bekommen werden. Die sind aus Göttingen, aus Hannoversch Münden und aus anderen Orten abgewandert. Die sind längst in Hessen und anderswo, weil es eben Kultusministerinnen wie Hohlmeier in Bayern, Schavan in Baden-Württemberg oder Kraus in Hessen gerafft haben, während Sie es hier in Niedersachsen einfach nicht begreifen wollen. Das ist unser Problem.

(Beifall bei der CDU)

1995 haben wir Sie darauf hingewiesen, dass beim Einheitslehramt Physik 112 Studienplätze zur Verfügung stehen. Jetzt haben wir zehn Einschreibungen. Der Bedarf wird schöngerechnet. Laut Kultusministerium beträgt er 130. Für das Einheitslehramt Chemie 129 Studienplätze, Einschreibungen: acht an der Zahl. Im Jahr 2005 stehen außerhalb der Gymnasien nicht einmal fünf neue Physik- und Chemielehrer in ganz Niedersachsen zur Verfügung. Im Bereich der Sonderschulen hat sich für Physik und Chemie in Niedersachsen seit drei Jahren kein einziger Student mehr eingeschrieben. Das ist die Wirklichkeit und Wahrheit, der Sie sich hier entziehen wollen. Das lassen wir nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

42 % der niedersächsischen Lehrerinnen und Lehrer scheiden in den nächsten zehn Jahren aus. Nahezu jeder zweite Lehrer geht in den nächsten zehn Jahren aus dem Schuldienst heraus. Wenn wir dort nicht gigantische Umschulungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchführen nach dem Motto, alle ausgeschiedenen Landesminister und Landtagsabgeordneten werden noch einmal für ein paar Jahre zu Lehrern umgeschult, dann werden wir einen gigantischen Lehrermangel erleben und die Zukunft unseres Landes verlieren. Das werden wir aber verhindern, indem wir die entsprechenden Stellen hier beantragen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Seeler, wenn Sie fragen, wo wir die Lehrer hernehmen wollten, dann frage ich Sie: Wer hat denn den Lehrerberuf immer unattraktiver gemacht? Wer hat denn bei steigenden Schülerzahlen Lehrerstellen gestrichen? Wer hat denn Dreivier-

telstellen eingerichtet? Wer hat den Numerus clausus für Lehramtstudiengänge verhängt? Wer hat denn Lehrkräfte als „faule Säcke“ bezeichnet? Sie oder wir? - Das weiß doch draußen im Lande jeder Mensch!

(Starker Beifall bei der CDU)

Sie lassen die Probleme einfach auf uns zurollen. Die Kinder sind schwieriger und problematischer. Das Umfeld ist schwieriger. Die Familienverhältnisse sind schwieriger. Die Medien sind Alleinerzieher. Dann sollen die Lehrer, die Sie beschimpfen, mit diesen schwieriger gewordenen Schülern fertig werden, ohne dabei Ihre Rückendeckung zu haben. Das funktioniert nicht. Darauf werden wir im Lande draußen hinweisen.

(Beifall bei der CDU)

Die ganze Schulstrukturdebatte ist ein reines Ablenkungsmanöver. Wir brauchen den Hemmschuh Orientierungsstufe nicht mehr. Wir sollten schnell und zügig zum nächsten Schuljahresbeginn zu durchgängigen Beschulungen an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien kommen. Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Schulen und unsere Hochschulen auf einen dramatisch wachsenden Wettbewerb vorbereitet sind; denn wenn die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen wegfällt, wenn die Hochschulen einem Wettbewerb ausgesetzt sind, werden wir erleben, dass Göttingen, Hannover, Braunschweig, Osnabrück und andere Standorte wie Lüneburg auf den Wettbewerb, der dann zwischen den Hochschulen in Deutschland stattfinden wird, nicht vorbereitet sind. Dann werden die wenigen, die für das Lehramt studieren, nicht mehr in Niedersachsen studieren.

Schauen Sie sich einmal an, was die Hochschulpräsidenten in Niedersachsen, die sogar Ihrer Partei angehören, Ihnen inzwischen ins Stammbuch schreiben. Der Präsident meiner heimischen Universität in Osnabrück hat geschrieben: Mit den Stellenstreichungen, mit den Sperrungen und Wiederbesetzungssperren würden Stellenzugewinne zunichte gemacht, neue Probleme geschaffen. Insgesamt könne man nur von einer Verschlechterung der Haushaltsslage seit 1991 sprechen. Zwischen den Erwartungen, die Sie an den niedersächsischen Hochschulen im Jahr 1990 nach einer Hochschultour des damaligen werdenden Ministerpräsidenten Schröder geweckt haben, und dem, was Sie in den zehn Jahren daraus gemacht haben,

klaffen inzwischen solche Welten, die Empörung hervorrufen und Sie zu einer Entschuldigung gegenüber dem Hochschulbereich und dem Schulbereich herausfordern müssten.

Sie betreiben jetzt Evaluation, prüfen also die Studiengänge an den Universitäten, von Lehre und Forschung. Da sagen dann diejenigen, die die Evaluation z. B. im Fach Mathematik durchgeführt haben, dass sie an sämtlichen niedersächsischen Standorten eine personelle und sächliche Ausstattung vorgefunden hätten, die an der Untergrenze anzusiedeln sei und noch nicht einmal im zufriedenstellenden Bereich liege. Hier sei die Politik in der Verantwortung, mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Sie aber tun das Gegenteil und kürzen selbst in diesen elementar wichtigen Bereichen. Bei Mathematik, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften kürzen Sie Mittel für unsere Hochschulen und wundern sich dann, dass wir im Ländervergleich immer weiter zurückfallen.

Sie wollen auch da wieder Ablenkungsthemen, nämlich eine völlig falsch angefangene Vereinzelung und Verselbständigung der Hochschulen. Sie nehmen sie aber in besonderer Weise an das Gängelband des Ministeriums und entmündigen das Parlament. Hätten Sie unserem Hochschulgesetzentwurf von 1997 mit den Forderungen nach Leistung, nach Wettbewerb, nach Internationalität und Qualität mehr Offenheit entgegengebracht, wären unsere Hochschulen heute schon viel besser vorbereitet. Aber Sie haben es abgelehnt, als wir gesagt haben, die Hochschulen sollen in der Lage sein, schneller zu besetzen, selbständiger zu besetzen. Sie haben es abgelehnt, als wir beantragt haben, dass Hochschulen im Wettbewerb die Chance haben müssen, sich einen Teil ihrer Studenten selbst auszusuchen. Das alles haben Sie vollmundig erklärt. Aber wenn es hier darauf ankam, haben Sie es niedergestimmt, weil es Ihnen nicht in Ihre ideologische Politik gepasst hat.

Unter dem Strich sinken in dem Haushaltsentwurf 2001, den Sie hier am Freitag verabschieden wollen, die Ausgaben für die Bildung. Dort, wo Sie etwas draufgesattelt haben, haben Sie an anderer Stelle mehr gestrichen. Wir führen den Nachweis, dass der Bildungsbereich insgesamt gekürzt wird.

Damit ist die Bewährungsprobe, die dem Ministerpräsidenten Gabriel gestellt war, im Bereich des Haushalts nicht bestanden. Sie hatten keine Vision, kein neues Projekt, keine neue Idee, die sich in diesem Haushalt findet.

Wir sind mehr denn je davon überzeugt, dass unser Land eine Politik braucht, die einen Neuanfang glaubwürdig darstellen kann: für solide Finanzen, also Sparsamkeit auf der Ausgabeseite, eine dynamische Beschäftigungs- und Wachstumspolitik für die Einnahmeseite, eine Politik für die Regionen unseres Landes - und nicht nur für die Ballungsräume - und eine Politik für die Zukunft der jungen Generation, aber auch die Weiterbildung der mittleren und älteren Generation in einem veränderten Arbeitsleben. Das haben wir mit unseren Vorschlägen, mit unserem Haushaltsantrag dargelegt und leisten damit einen wichtigen Beitrag, indem wir Steuermehreinnahmen zur Schuldenreduzierung verwenden, indem wir das EXPO-Defizit im Jahr 2001 erledigen und indem wir die Finanzierung von 3.000 zusätzlichen Lehrern in Niedersachsen, von jungen Lehrern für unsere Schulen und unsere junge Generation, beantragen. Ich meine, das ist ein mehrheitsfähiges, sinnvolles Konzept. Sie liegen falsch, wenn Sie das nicht erkennen wollen. - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

In der Aussprache hat nun der Kollege Plaue das Wort.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war der Herr Wulff, der nichts anderes erklärt hat, als dass er doch so gerne auf dem Chefsessel des Regierungschefs sitzen möchte,

(Möllring [CDU]: Das wäre vernünftig!)

aber dem staunenden Publikum mit keinem Satz dargelegt hat, wo eigentlich seine Qualitäten und die Qualitäten seiner Fraktion liegen, um dieses hohe Ziel zu erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie polemisieren heute Morgen über eine Kabinettsumbildung und erregen sich dabei dann auch noch über die eigene Polemik. Nein, meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, die - wie es immer dargestellt wird - vermeintlich wichtigste Debatte,

die das Parlament zu leisten hat - nämlich einen Haushaltsplan zu verabschieden, vorher zu diskutieren und zwischen Opposition und Regierung um Alternativen zu ringen -, so führen zu können, wie Sie es hier tun, dann machen Sie damit nur deutlich, dass Sie es nicht können, Herr Kollege Wulff. Das merken die Leute draußen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Im Landtag sind acht Wochen vergangen, in denen sich die Fachausschüsse mit großer Intensität um diesen Haushalt bemüht haben. Allein der Haushalts- und Finanzausschuss hat in mehr als zwölf zumeist ganztägigen Sitzungen dieses Zahlenwerk diskutiert. Da gab es eigentlich die Gelegenheit, miteinander darüber zu streiten, was besser ist und was schlechter ist.

(Zuruf von Lindhorst [CDU])

- Herr Kollege Lindhorst, wenn Sie sagen, dass Sie das wissen, dann frage ich Sie: Wie kommt es eigentlich, dass mir meine Kolleginnen und Kollegen erzählen, dass Sie sich bei den Fachdebatten nicht beteiligt haben, sondern ausschließlich darauf gehofft haben, dass Ihnen die Regierung und die SPD Vorlagen liefern? Das ist die Realität in diesem Hause, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen natürlich, dass die Summe alles Wünschbaren nicht umsetzbar ist. Wer den Anspruch erhebt, regierungsfähig zu sein, der muss auch in der Lage sein, zu sagen, wo er seine Prioritäten setzen will,

(Decker [CDU]: Das haben wir auch getan!)

der kann nicht draußen durch das Land ziehen und versuchen, es jedem recht zu machen, und hinterher nicht den Beweis antreten, dass er es recht machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Er muss den Menschen nicht nur sagen, was geht, was man will, sondern er muss den Menschen auch sagen, was nicht geht, weil es manchmal auch schwierig ist, ihnen das klar zu machen. Nur auf der Sonnenseite sitzend, kommt man jedenfalls nicht auf die Regierungsbänke.

(Beifall bei der SPD)

Die Detailberatung in den Ausschüssen wäre der geeignete Ort gewesen, um genau diesen Konflikt, um genau diesen Streit auszutragen, um jede Mehrausgabe und jede Mindereinnahme auf den Prüfstand zu stellen und zu schauen, welche Folgen das eigentlich für diejenigen hat, für die wir hier Politik machen, welche Folgen das für die Politikbereiche hat, für die wir stehen und für die wir von den Wählerinnen und Wählern zur Verantwortung gezogen werden wollen und nach unserer Auffassung auch zur Verantwortung gezogen werden. Da zählt dann nicht, dass man eine schlanke Formulierung wählt, sondern da zählen nur der Fachverstand und Sachverstand. Der war offensichtlich bei Ihnen nicht vorhanden.

(Beifall bei der SPD - Decker [CDU]:
Haben Sie den in Ihrer Fraktion?)

- Das ist genau der Punkt, Herr Kollege, um den es geht. Ich komme gleich auf Sie zurück, weil Ihr Kollege ja etwas zu einem Fachbereich, für den Sie manchmal im Landtag Laut geben, gesagt hat, was ich sehr interessant finde, insbesondere zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

(Decker [CDU]: Sagen Sie mal etwas zur Fehlbelegungsabgabe! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, nichts von alledem, was ich gerade gesagt habe, was eigentlich Aufgabe des Parlaments ist, ist passiert. Ihre Obernörgler im Haushaltsausschuss haben die Beamten mit Bemerkungen gepiesackt,

(Coenen [CDU]: Hey, hey! Das ist eine Unverschämtheit!)

sie haben schlaue Sprüche abgelassen und waren die Allerersten, die genau sagen konnten, was nicht geht.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das haben Sie alles schon vorher aufgeschrieben!)

Das, Herr Kollege Wulff, ist die Welt Ihrer Haushaltspolitiker! Das ist die Welt, in der sich der Kollege Möllring bewegt: ganz schlaue beim Kleinklein, aber nicht erklären können, welches die Alternative der CDU ist. Damit müssen Sie klar kommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können nicht nur vermeintliche Kompetenz vorgaukeln. Nein, Sie müssen in den Haushaltsberatungen der Ausschüsse erklären, wie Ihre Politikentwürfe, die dort zur Diskussion stehen, umgesetzt werden können. Das haben Sie nicht getan, meine Damen und Herren. Ich weiß auch, weshalb Sie das nicht getan haben. Sie haben ja schon einmal hier im Hause versucht, einen großen Antrag vorzulegen, und sind damit kläglich gescheitert.

(Mühe [SPD]: Der war verfassungswidrig! - Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege, wenn Sie immer noch daran glauben, dann ist das die selbst erfüllende Prophezeiung. 1986 haben Sie zum letzten Mal einen ganz großen Antrag vorgelegt.

(Eveslage [CDU]: 1986?)

Diesen Antrag haben Sie dann im Haushaltsausschuss diskutieren lassen. In der Detaildiskussion ist Ihnen bewiesen worden, dass dieser Antrag schlicht verfassungswidrig ist. Das, meine Damen und Herren, ist die Münze, mit der Sie bezahlen können!

(Zustimmung bei der SPD - Fischer [CDU]: 1986 waren Sie noch gar nicht hier! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Wenn Sie mir nicht glauben, Herr Kollege, dann erkundigen Sie sich bitte einmal beim Gesetzgebungs- und Beratungsdienst. Der hat Ihnen das nämlich ins Stammbuch geschrieben.

Herr Kollege Wulff, Ihre Leute waren wenigstens vernünftig genug, dann kleinlaut zu erklären: Na ja, als Änderungsantrag zum Haushalt war das nicht gemeint. Wir ziehen ihn zurück. - Das ist Realität, meine Damen und Herren, und nicht das, was Sie hier organisieren!

(Beifall bei der SPD)

Was ich allerdings nicht in Ordnung finde, ist, dass dieses desolate Ergebnis draußen in der Diskussion - und auch gerade in Ihren Zwischenrufen - immer noch als die Alternative der CDU dargestellt wird und einige Ihrer Kolleginnen und Kollegen den Leuten suggerieren, die CDU-Politik sei solide finanziert. Das schlägt nun wirklich der Wahrheit ins Gesicht.

Es kommt noch dicker: Am 6. Dezember dieses Jahres erscheint im „Paritätischen Medien-Service“ ein Beitrag mit der Überschrift:

„CDU-Landesvorsitzender Wulff fordert andere Sozialpolitik für das Land Niedersachsen.“

Die Unterzeile lautet:

„SPD-Landesregierung hat nur noch Leistungsabbau auf der Tagesordnung.“

(Fischer [CDU]: Richtig!)

- Wunderbar, dass Sie das sagen. - Dann kommt im Text eine Passage, die er eben so ähnlich wiederholt hat. Darin steht nämlich:

„In seinem Kommentar führt der CDU-Landesvorsitzende auch Beispiele an, wie der soziale Leistungsabbau in Niedersachsen erfolge. So kämpfe die soziale Schuldnerberatung um ihr Überleben, und die Drogenhilfe, die Selbsthilfe, die Familienlastenden Dienste und viele andere müssten immer wieder gegen Kürzungsabsichten ankämpfen.“

(Frau Pawelski [CDU]: So war es doch!)

„Als weiteres Beispiel nennt Wulff die Wohnungsbauförderung ...“

Das war am 6. Dezember 2000. Mit Datum vom 5. Dezember, also einen Tag vorher, gibt es einen Änderungsantrag der CDU zum Landeshaushalt, unterschrieben vom Kollegen Möllring. Wenn Sie nun glauben, dass auch nur eine müde Mark für die eben genannten Politikbereich darin zu finden ist, dann irren Sie sich, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

Das sind Anspruch und Wirklichkeit.

(Starker Beifall bei der SPD)

Sie stellen sich draußen als das soziale Gewissen der Menschen dar und sind selbst nicht in der Lage, mit ihrer eigenen Politik nachzukommen. Sie sitzen in der Glaubwürdigkeitsfalle, Herr Kollege Wulff. Nun sehen Sie zu, wie Sie aus der wieder herauskommen!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Das sind Fakten, Herr Kollege; das ist nicht die Polemik, zu der Sie hier überhaupt nur noch in der Lage sind.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel anführen, und zwar eines direkt hier aus dem Landtag: Am 17. November dieses Jahres hat die CDU-Fraktion allen Beamten mit Kindern einen höheren Kinderanteil am Ortszuschlag gewähren wollen, hat eine Eingabe dazu zur „Berücksichtigung“ stellen wollen.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

- „Ja“ sagen Sie. - Das sind nach groben Schätzungen 10 Millionen DM. Wenn Sie jetzt hier Ja sagen, meine Damen und Herren, dann frage ich Sie: Wo sind denn die 10 Millionen DM in Ihrem Änderungsantrag? - Sie sind gar nicht in der Lage dazu, das zu machen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich werde später noch auf weitere Punkte Ihres aktuellen Änderungsantrags eingehen. Aber eines ist jetzt schon klar: Wer draußen so redet, wer den Menschen suggeriert, er könne das mal eben so machen, und das dann, wenn er einen eigenen Antrag vorlegen muss, nicht hinbekommt, der trägt mehr zur Politikverdrossenheit bei als derjenige, der auch einmal Nein sagt, wo man auch nur noch Nein sagen kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Herr Kollege, lassen Sie mich zunächst auf die Frage eingehen, wo Sie mit Ihrer CDU in Niedersachsen in den Augen der Menschen stehen. Auch das ist wohl ein Produkt dessen, was ich eben bei Ihnen kritisiert habe. Sie stehen nämlich weit hinter der SPD, und das ist auch in Ordnung so.

Sie haben der Landesregierung und meiner Fraktion mehrfach vorgeworfen, dass wir das Problem der Arbeitslosigkeit nach wie vor nicht gelöst hätten,

(Zurufe von der CDU: Ja!)

dass wir insbesondere in diesem für die Bevölkerung so wichtigen Bereich keine oder eine unsolide Politik betrieben.

(Decker [CDU]: Richtig!)

Herr Kollege, da müssen Sie irgendetwas verwechselt haben. Seit dem Dezember 1998 wird in dieser Bundesrepublik Deutschland nämlich wieder Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosen gemacht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das ist so, weil der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland dieses Problem Massenarbeitslosigkeit ernst genommen hat und seine Regierung dies ebenfalls zu ihrem speziellen Problem gemacht hat.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Plaue, möchten Sie eine Frage des Kollegen Lindhorst beantworten?

Plaue (SPD):

Der Kollege Lindhorst kann sich gern bei seinem Fraktionsvorsitzenden erkundigen. Der hat mit Sicherheit eine Antwort auf die Frage, die er zu stellen hat.

(Unruhe bei der CDU)

Seitdem ein Niedersachse Bundeskanzler ist, meine Damen und Herren, wird in der Wirtschaftspolitik, wird in der Finanzpolitik diese Bundesrepublik Deutschland auf neue Füße gestellt. In Berlin machen Rot-Grün eine Politik, von der Sie mehr als 16 Jahre lang immer nur geträumt haben, die wir aber sozial abgedeckt haben und ordentlich organisiert zu einem Wirtschaftsaufschwung führen werden, an dem Sie sich ein Beispiel nehmen können, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das ist etwas, was im Übrigen unsere Kommunen auch dringend erwarten. Wir wollen ja nicht vergessen, dass die finanziellen Probleme in den Gemeinden und Landkreisen unseres Landes durch explodierende Sozialhilfekosten entstanden sind, die ihre Hauptursache in der Massenarbeitslosigkeit hatten. Endlich bewegt sich etwas, meine Damen und Herren, und es bewegt sich auch noch in die richtige Richtung.

Dabei möchte ich nicht verschweigen, dass wir auch in Niedersachsen noch zu viele Arbeitslose haben.

(Decker [CDU]: Tatsächlich?!)

Aber wenn Sie sich einmal die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten anschauen

(Decker [CDU]: Das hilft den Arbeitslosen auch!)

- ja, genau, die waren nämlich vorher zum Teil arbeitslos -, dann können Sie sehen, dass wir auf dem richtigen Weg sind und eine positive Entwicklung aufzuzeigen haben.

(Lindhorst [CDU]: 630 DM-Verträge!)

Nach den aktuellen Daten hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

(Decker [CDU]: Das sind statistische Tricks, ist keine Sozialpolitik!)

gegenüber dem Vorjahr um 73.000 zugenommen.

(Fischer [CDU]: Wie viele 630 DM-Verträge sind dabei?)

Das entspricht einer Steigerung von 3,1 %. Niedersachsen liegt damit bundesweit an vierter Stelle.

(Frau Pawelski [CDU]: Wie viele 630 DM-Verträge sind dabei?)

Dem gegenüber, Frau Kollegin Pawelski, nahm die Zahl der Beschäftigten in den übrigen westdeutschen Bundesländern, also auch in den Bundesländern, in denen Sie regieren, in den 90er-Jahren insgesamt um 1 % ab. Sie können daran sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass auch diese Landesregierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit absolute Priorität eingeräumt hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Obwohl es bei uns einen Bevölkerungszuwachs, Herr Kollege Wulff, wie in keinem anderen Bundesland gab, sind wir auch bei der Senkung der Arbeitslosenquote ein solides Stück vorangekommen. Im November dieses Jahres betrug die Arbeitslosenquote 8,8 %, während sie im November letzten Jahres noch bei 9,8 % lag. Hier ist also ein deutlicher Aufwind festzustellen.

Aber, Herr Kollege, schauen wir uns doch einfach einmal an, was die Bevölkerung dazu sagt. Da gibt es eine Umfrage von Infratest aus dem Oktober dieses Jahres.

(Decker [CDU]: Reden Sie doch einmal zum Haushalt!)

Dabei sind die Menschen gefragt worden, bei welcher Partei sie die höchste Kompetenz bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen erkennen. Da nannten 51 % der Menschen die SPD und 23 % die CDU. Das ist ein realistisches Bild, was dort wiedergegeben wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das ist im Übrigen ein vernichtendes Urteil über Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz, Herr Wulff. Ich kann nur sagen: Die Menschen können Sie nicht mit schlanken Reden überzeugen, sondern die Menschen wollen Taten sehen, und diese sind wir ihnen in der Politik auch schuldig.

(Decker [CDU]: Sie sind der große Macher, Schuldenmacher!)

Mit den wenigen Instrumenten, die wir als Bundesland angesichts der Globalisierung unserer Wirtschaft und der notwendigen Erschließung von Weltmärkten haben, machen wir in Niedersachsen eine Wirtschaftspolitik, die erstmals in der Geschichte des Landes zu sichtbaren Strukturänderungen geführt hat. Wir haben die Chance der EXPO nicht nur verbal genutzt, sondern wir nutzen sie auch tatsächlich, und das ist gut so.

Heute läuft der Strukturwandel der Wirtschaft bei uns in Niedersachsen auf hohen Touren. Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft hat sich in Niedersachsen fortgesetzt. Das ist auch in dem eben von mir genannten Arbeitsablauf im produzierenden Gewerbe erkennbar. Von 1990 bis 1999 gingen im produzierenden Gewerbe 181.000 Arbeitsplätze verloren. Im selben Zeitraum wurden bei uns im Dienstleistungssektor 241.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. Um es klar zu sagen: per Saldo ein Plus. Niedersachsen hat sich auf den Weg gemacht, und zwar auf den richtigen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das nicht als einen niedersächsischen Erfolg begreifen, dann möchte ich Sie wenigstens darauf hinweisen, dass die Beschäftigungsverluste im produzierenden Gewerbe bundesweit bei 21,6 % und die Gewinne im Dienstleistungssektor

bei nur 17,2 % lagen. Hier gibt es also in Niedersachsen offensichtlich etwas, was vom Bundestrend abweicht.

Wir könnten diese Entwicklung in Niedersachsen auch an anderen Kennzahlen verdeutlichen. Ich spare mir hier das Benchmarking bei anderen Teilen und will nur darauf hinweisen, dass Technologie eines der wichtigsten Zukunftsthemen hier in Niedersachsen ist, d. h. dass sie nicht nur Chef-sache ist, sondern in der Breite der Landespolitik angepackt und umgesetzt wird. Wir werden uns noch stärker als schon in der Vergangenheit darauf konzentrieren, das vorhandene Innovationspotential gezielt für die Entwicklung und Anwendung moderner Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu nutzen. Biotechnologie und Multimedia haben in Niedersachsen allererste Adressen vorzuweisen und werden deshalb von uns gefördert.

Meine Damen und Herren, wir sind nicht nach der Melodie verfahren: Da ist schwarz, und da ist weiß. Wir wissen um die Wirksamkeit der Old Economy, wie wir auch um die Notwendigkeit der Förderung von New Economy wissen, weil wir wissen, dass Old Economy die New Economy braucht und die neuen Technologien die alten Dienstleister, die alten Produzenten brauchen, um ihre Produkte abzusetzen. Wir haben in Niedersachsen diese Symbiose hergestellt und arbeiten daran, dass das weitergeht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dabei ist völlig klar, dass wir den Werftenstandort Niedersachsen genauso unterstützen, wie wir die Ansiedlung von Hightech-Unternehmen nachdrücklich fördern. Wenn z. B. auf dem Gebiet der Peptidforschung weltweit 240 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tätig sind und davon allein 120 in Niedersachsen, dann macht das deutlich, dass wir auch schon in der Vergangenheit die richtigen Marken gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann verwundert es auch nicht, dass sich aus solcher wissenschaftlichen Entwicklung auch erfolgreiche Ausgründungen auf dem Arbeitsmarkt ergeben und dass sich diese Ausgründungen in Niedersachsen und nicht - zum Glück - in Süddeutschland platzieren. Wir begleiten und unterstützen mit unserer Politik die Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft; denn gerade hier liegen enorme Entwicklungs- und Marktchancen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein letztes Wort sagen: Auch die Fort- und Weiterbildung wird bei uns einen höheren Stellenwert bekommen, als es bisher der Fall gewesen ist.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist ja ein Witz! 2 Millionen!)

- Sehen Sie einmal, Herr Kollege: Wenn Sie sagen „2 Millionen“, dann schauen Sie doch einmal in Ihren eigenen Haushaltsantrag hinein, in dem Sie 0 DM dafür vorgesehen haben. Wenn Sie dicke Backen machen, dann müssen Sie den Menschen auch sagen, dass Sie sich selbst nicht in der Lage gesehen haben, das Geld für diese dicken Backen auch in Ihren Haushaltsantrag hineinzuschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Es nutzt doch nichts, Herr Kollege, dass man immer nur sagt „Es ist alles schlecht; es müsste alles anders werden“, wenn man den Menschen ehrlicherweise auch einmal sagen muss, dass Prioritätensetzung erforderlich ist und dass dann auch manchmal Nein gesagt werden muss, wenn man als Politiker eigentlich Ja sagen möchte. Auch das macht Regierungsfähigkeit aus. Darauf werde ich aber nachher noch einmal zu sprechen kommen.

(Fischer [CDU]: Was? Wenn das so weitergeht, dann werden wir beim Präsidenten Schmerzensgeld beantragen!)

Ich meine, dass wir uns auch auf diesem Sektor gerne dem Wettbewerb mit Ihnen, Herr Wulff, stellen werden. Im Übrigen möchte ich noch hinzufügen, dass in der Umfrage, die ich eingangs erwähnt habe, auf die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen und auf die Frage, wer nach ihrer Auffassung diese Zukunftsfähigkeit am ehesten sichern kann, 56 % „die SPD“ und nur 31 % „die CDU“ sagten. À la bonne heure. Das ist deutlich und zeigt, an welcher Stelle Sie stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von Fischer [CDU] und Wulff (Osnabrück) [CDU])

Der von der SPD in Niedersachsen angeschobene schulpolitische Dialog bringt, wie ich nun gesehen habe, auch die CDU in ungeahnte Bewegung. So mussten wir bis vor wenigen Tagen die kräftigen Worte der CDU hören, dass es überhaupt keines Diskursprojektes bedürfe. Noch im Änderungsan-

trag der CDU-Fraktion werden die dafür im Landeshaushalt vorgesehenen Mittel schlicht und ergreifend gestrichen. Inzwischen kommen ja etwas moderatere Töne von Herrn Busemann, der jetzt nicht da ist - wahrscheinlich deshalb, weil er sich nicht traut.

(Dinkla [CDU]: Er kann Sie nicht mehr ertragen!)

Er hat angeboten, den Schulkrieg, wie er ihn nennt - das ist übrigens der Schulkrieg, den er selbst angefangen hat -, zu beenden. Ich bin einmal gespannt, ob Herr Busemann das wirklich ernst gemeint hat. Heute stehen nämlich Berichte in der Zeitung, nach denen er sich vor der Fraktion ob dieser Äußerung rechtfertigen musste und das relativiert hat.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Sie glauben immer alles, was in der Zeitung steht!)

So ist das, Herr Kollege Wulff. Einer merkt, dass es an der eigenen Basis so nicht funktioniert, bringt dann einen vernünftigen Vorschlag nach vorne, und dann kommt Wulff und rasiert das wieder ab. Das ist die Methode, die dort gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage aber ganz klar und deutlich: Wir sind bereit, auch mit Ihnen über dieses Projekt zu reden. Die Voraussetzung ist aber, dass Sie nicht wieder mit dem alten dreigliedrigen Schulsystem und dem Alleinvertretungsanspruch dieses Systems kommen. Wenn Sie bereit sind, mit uns zu diskutieren, dann stellen Sie sich den Diskursprojekten, und liefern Sie Ihre Beiträge dazu ab. Übrigens ist einer der ersten Landkreise, die sich um dieses Diskursprojekt beworben hat, der Landkreis Osnabrück. Das ist die Gegend, aus der Herr Wulff kommt. So trauen die diesem Oppositionsführer.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Haben Sie was gegen die Fläche?)

Ich frage mich wirklich, Herr Wulff: Warum scheuen Sie eigentlich den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern?

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Was ist eigentlich an diesem Diskursprojekt so schlimm, dass Sie es scheuen wie der Teufel das

Weihwasser? Es ist doch normal für Politikerinnen und Politiker - das sollte es jedenfalls sein -, dass man mit den Menschen redet, und es ist doch vernünftig, dass man diesen Diskurs auch ordentlich organisiert. Ich habe den Eindruck, dass Sie Ihren eigenen Argumenten nicht trauen, und deshalb wollen Sie nicht mit den Bürgern reden, sondern Sie wollen lieber draußen Luftblasen verbreiten und die eigentliche Sacharbeit anderen überlassen. Wir nehmen das gerne auf.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Frau Hansen [CDU])

Meine Damen und Herren, ich bin mir übrigens sicher, dass am Ende dieser Diskussion auf keinen Fall das lupenreine dreigliedrige Schulsystem stehen wird. Die Schullandschaft wird auch nicht, wie es Herr Busemann vermutet, von zwei Schultypen - nämlich von kleinen Gesamtschulen und Gymnasien - beherrscht werden. Wir haben im Augenblick in Niedersachsen eine so vielfältige Schullandschaft, wie sie kein Erlass und keine Richtlinie hervorbringen können, und das wird sich nach meiner Einschätzung mit unserer bildungspolitischen Debatte auch nicht ändern. Wir zwingen niemandem etwas auf, sondern wir machen Angebote. Diese Angebote werden so überzeugen, dass die Menschen, die in den Kommunen arbeiten, die Lehrerinnen und Lehrer sowie auch die Eltern der Meinung sein werden, dass sie diese Angebote für sich umsetzen wollen.

Wir debattieren nicht nur, sondern wir leisten auch etwas: regionale Konzepte zur Stärkung der Hauptschule, der Berufs- und Leistungsorientierung und der Vernetzung von Schule und Region, Innovationsoffensive für neue Technologien - allein 75 Millionen DM für das „Aktionsprogramm N21“ -, Wiederbesetzung aller frei werdenden Lehrerstellen und Schaffung von weiteren 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Meine Damen und Herren, das sind Fakten, die wir im Haushalt darstellen, die wir gegenfinanzieren, und nicht die Wulff'schen potemkinschen Dörfer, die er produziert.

(Beifall bei der SPD)

Wem das nicht passt, meine sehr verehrten Damen und Herren, den verweise ich einmal darauf, wie wir hier über die Verlässliche Grundschule diskutiert haben. Hinsichtlich der Frage der Verlässlichkeit hat der Kollege Wulff ja eben nur Wortspiele zustande gebracht. Es waren christdemokratische

Gemeinden, die sich darum gerissen haben, diese Verlässlichen Grundschulen zu bekommen.

(Beifall bei der SPD - Frau Müller [SPD]: So ist es!)

Ich meine, dass die genauso wie die Menschen draußen erkannt haben, dass die Kompetenz für Bildungspolitik bei der Landesregierung gut platziert ist und sie für Niedersachsen die richtigen Entscheidungen trifft. 39 % gestehen auch hierbei der SPD die höhere Problemlösungskompetenz zu; bei Ihnen, Herr Kollege Wulff, sind es nur 29 %. Das war nicht anders zu erwarten. Aber wie es so ist: Reden Sie sich weiter in Rage; die Fakten werden draußen anders gesetzt.

Meine Damen und Herren, ich will daran erinnern, dass Sie, Herr Wulff, bei der Einbringung des Haushalts am 12. September 2000 viele Initiativen der CDU-Fraktion vorgestellt haben. Dass sich diese Initiativen in Ihrem Antrag nicht wiederfinden, habe ich bereits erwähnt. Mehr noch, Herr Kollege Wulff: Sie waren zu feige, diese Anträge auch im Fachausschuss und im Haushaltsausschuss zu diskutieren.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Dort, wo einmal nachgefragt werden könnte, wie Sie sich die Folgen eigentlich vorstellen, und wo einmal darüber diskutiert werden könnte, welche Auswirkungen Ihre Kürzungsvorschläge auf andere Politikbereiche hätten, haben Sie gekniffen und erst im Nachhinein Ihren Antrag vorgelegt. Sie waren zu feige, sich dieser Diskussion zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich diesen Antrag anschaut, dann wird übrigens auch deutlich, dass es zwischen dem vorgelegten Zahlenwerk und den Ankündigungen in der Presse, in der Sie diesen Antrag vorgestellt haben, gravierende Unterschiede gibt. In der Ausgabe der „Neuen Presse“ vom 29. November wurde die Absenkung der Eingangsbesoldung im höheren Dienst gefordert. Im Zahlenmaterial finden wir dazu nichts.

(Möllring [CDU]: Natürlich!)

Sehen Sie, genau das ist das Problem: Sie erzählen den Leuten draußen tolle Sachen darüber, was man eigentlich machen könnte, und die staunen und sagen, dass das ja toll ist. Wenn Sie dann in der Lage sein müssten, das einmal zu Papier zu bringen und in Zahlen umzurechnen, dann versagen

Sie kläglich. Damit haben Sie Ihre Kompetenz hinreichend unter Beweis gestellt, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Möllring [CDU])

- Auf den Zwischenruf kann ich nur reagieren, indem ich Ihnen den Spiegel vorhalte. Damit sind Sie genügend selbst qualifiziert.

Ich will Ihnen sagen, dass Sie die Medien einmal mehr nutzen, um populistische Forderungen zu stellen, und dass Sie diese Forderungen dann aber mit keinem weiteren Hintergrund füllen können. Es ist immer wieder dieselbe Methode und das bekannte Muster. Ich kann Ihnen nur sagen: Das trägt nicht, nicht einmal bis in die Weihnachtspause hinein. Trotz der frühlingshaften Temperaturen wird das ein bitterkalter Winter für Sie, und dafür werden wir in der Diskussion im Lande sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Wie ich es schon bei der Einbringung des Haushaltes vermutet habe, hat sich die CDU-Fraktion nur sehr unvollkommen mit dem Zahlenwerk der Landesregierung auseinander gesetzt. Ich möchte mich dennoch mit drei Punkten Ihrer nachgeschobenen Forderungen beschäftigen.

(Möllring [CDU]: Die sind nicht nachgeschoben!)

- Natürlich sind die nachgeschoben. Schauen Sie einfach in den Kalender, Herr Kollege Möllring. Dann werden wir das alles erledigt haben.

Sie, Herr Kollege Wulff, fordern die Einstellung von 3.000 Lehrerinnen und Lehrern, um, wie Sie vorgeben, eine Unterrichtsgarantie sicherzustellen. Das haben Sie eben wieder gesagt. Sie haben versucht, einen ganz merkwürdigen Spagat hinzubekommen: Auf der einen Seite haben Sie gesagt, es sei eine riesige Sauerei, wie Bildungspolitik in der letzten Zeit gemacht worden sei; die habe dazu geführt, dass nicht genug Menschen Lehramt studieren oder Lehrerinnen oder Lehrer werden wollen. Auf der anderen Seite sagen Sie, Sie wollen 3.000 Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Da habe ich den Zwischenruf gemacht: Wie wollen Sie das denn machen, wie wollen Sie das denn zusammenbekommen? - Darauf haben Sie gesagt: Das wollen wir bundesweit machen. - Also, er will den Lehrerklau, den sein Kollege Koch in Hessen macht, auch hier in Niedersachsen machen. Das ist die Methode Wulff.

Herr Kollege Wulff, Sie sollten einmal bei den Kultusministern der anderen CDU-regierten Bundesländer nachfragen.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Ich brauche nicht nachzufragen! Fragen Sie doch nach!)

Die haben sich nämlich einstimmig gegen diese Methode Koch ausgesprochen. - Das ist die Methode, die Herr Wulff machen will. Der Koch braucht noch einen zweiten Koch, und der soll Wulff heißen. Aber das werden wir zu verhindern wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen: Für diese 3.000 Lehrerinnen und Lehrer stellen Sie in Ihrem wunderschönen Antrag 110 Millionen DM ein. Nun sagt Ihnen jeder, dass Sie dafür eigentlich 240 Millionen DM brauchen. Aber gut, lassen wir diesen kleinen Rechenfehler noch einmal weg. Sie können auch noch ein bisschen rumtricksen mit verspäteter Einstellung - alles kein Problem. Aber wie wollen Sie das denn bezahlen? - Bezahlen wollen Sie das mit dem Rückgriff auf einmalige Steuermehreinnahmen und einmalige Kürzungen im Haushalt. Meine Damen und Herren, Sie kümmern sich nicht um die Zukunft, weil Sie selbst keine haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Oestmann [CDU]: Sie können die Dummlichkeit noch steigern!)

Ferner erklären Sie der erstaunten Öffentlichkeit, dass die Änderungsanträge der SPD im sozialen Bereich völlig in Ordnung sind. Herr Wulff hat sich eben sogar dazu verstiegen zu behaupten, er hätte uns dazu getrieben. - Oh Gott, oh Gott, sich von Herrn Wulff treiben zu lassen! Mein lieber Mann, ganz schön selbstbewusst, dieser Mensch.

(Möllring [CDU]: Das ist ja auch so gewesen!)

Sie haben erklärt, dass Sie die Mehreinnahmen, die wir im Ausschuss dafür eingesetzt haben, für andere Dinge brauchen. Auf der einen Seite sagen Sie, das, was wir an Änderungen im sozialen Bereich, im Bereich der Unterrichtsversorgung oder im Bereich der Hausaufgabenhilfe eingebracht haben, ist in Ordnung. Aber auf der anderen Seite nehmen Sie das Geld, das wir dafür zur Gegenfinanzierung einsetzen, packen es in Ihren Haushaltsantrag und

verbrauchen es für Ihre Politik. - Meine Damen und Herren, diese wundersame Geldvermehrung müssen Sie der staunenden Öffentlichkeit einmal erklären.

(Beifall bei der SPD)

Bei uns erregen Sie damit jedenfalls nur noch Kopfschütteln. Es mag sein, dass Sie auf Jahrmärkten damit Staunen erregen.

Des Weiteren, meine Damen und Herren, lese ich mit großem Erstaunen, dass Sie als einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts auf den Europaminister verzichten wollen. Ich habe den Eindruck, dass Sie die europapolitischen Debatten hier nur von Ihren Fachleuten führen lassen und ansonsten als Fraktion bei dieser Geschichte selig geschlafen haben.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Für den Senff kriegen Sie sogar Flaschenpfand, wenn Sie den in die Fraktion zurücknehmen!)

Wer zu Recht ein stärkeres Engagement des Landes auf der immer wichtigeren europäischen Bühne verlangt, wer seine eigenen Vorschläge, nämlich eine zentrale Anlaufstelle für europäische Fragen in Niedersachsen einzurichten, so ernst nimmt, wie Sie das tun, meine Damen und Herren, der wird zu Recht als unglaubwürdig und politikunfähig dargestellt.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]: Wie war das denn in den ganzen letzten Jahren?)

- Herr Kollege, Sie machen sich einfach lächerlich. Wenn wir hier in einer gemeinsamen intensiven Diskussion feststellen, dass wir hier mehr in Richtung Europa machen müssen, wenn wir in einer, wenn Sie so wollen, fraktionsübergreifenden Initiative fordern, dass wir uns intensiver in Europa einmischen wollen, dass wir die Beziehungsgeflechte zwischen den Bundesländern und dem Bund und zwischen dem Bund und Europa besser kontrollieren und begleiten wollen, dann können Sie uns doch nicht die Instrumente aus der Hand schlagen, indem Sie aus populistischen Gründen sagen „Wir wollen einen Minister weniger haben.“ Das geht so nicht!

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]: Europa war für diese Regierung im-

mer eine Nullnummer! Völlig unfähig!)

Wir stehen vor der Öffnung Europas, wir stehen vor einer Entwicklung, die Niedersachsen in das Zentrum Europas rückt, und die CDU hat auf diese Fragen keine probate Antwort.

Meine Damen und Herren, das waren nur drei Punkte, die ich herausgegriffen habe. Manch einer mag ja Ihren Versuch, in Einzelpositionen - etwa beim Büromaterial oder bei den Fernmeldegebühren - Geld einzusammeln, zumindest als eine Fleißaufgabe betrachten. Ich könnte natürlich genauso polemisch zurückfragen, Herr Kollege Wulff: Wenn Sie beim Büromaterial und den Fernmeldegebühren Geld streichen wollen, dann haben Sie nachher kein Geld mehr, um die Bewilligungen in den wichtigen Bereichen auszusprechen und weiterzugeben, für die Sie angeblich zwar genauso eingetreten sind wie wir, für die Sie aber leider kein Geld zur Verfügung gestellt haben.

(Rolfes [CDU]: Das ist doch Unsinn!
- Wulff (Osnabrück) [CDU]: Gut, dass wir Sie haben, Herr Plauel!)

- Herr Kollege Wulff, Ihr Versuch hat einen viel tiefer gehenden strukturellen Fehler. Er ignorierte nämlich, dass in dem Haushaltsplan, den wir übermorgen verabschieden werden, immer noch eine globale Minderausgabe von 400 Millionen DM zu erwirtschaften ist.

(Wulf (Osnabrück) [CDU]: Aushebelung des Haushaltsrechts des Parlaments!)

Da sagen Sie auf der einen Seite, das könne man nicht machen, das sei zu schwierig geworden. Herr Möllring erzählt, man muss das Budgetrecht des Parlaments wieder in Kraft setzen, wir müssen doch der Regierung sagen, an welchen Stellen wir das erwirtschaften wollen. Aber auf der anderen Seite macht er selbst das genaue Gegenteil! Er nimmt die kleinen Positionen, die natürlich dazu beitragen werden, die globale Minderausgabe zu senken, und verpulvert sie für seine Politik. Auch das, meine Damen und Herren, zeigt die Differenz zwischen Ihrem haushaltspolitischen Anspruch und der haushaltspolitischen Wirklichkeit.

(Beifall bei SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich den Haushaltsplan ansieht, dann kommt

man ganz objektiv zu der Bewertung, dass Ihr Antrag, Herr Kollege Wulff, handwerklich schlecht gemacht ist und sich politisch völlig ohne Perspektive darstellt.

Dass Herr Golibrzuch davon träumt, in einer schwarz-grünen Koalition Finanzminister zu werden, kann ich zumindest nachvollziehen. So leicht, wie die sich über den Tisch ziehen lassen, meine Damen und Herren, wird es ihm kein anderer Koalitionspartner machen - mangels Kompetenz, die auf Ihrer Seite zu verzeichnen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat in den Haushaltsberatungen gezeigt, wo wir unsere politischen Schwerpunkte setzen und wie wir sie finanzieren wollen. Wir haben es uns nicht so einfach gemacht wie die CDU. Wir haben beim „Quotalen System“, das wir mit mehr als 50 Millionen DM zusätzlich auf den Weg gebracht haben, Flagge gezeigt und auch den Kommunen ein deutliches Signal gesetzt. Wir haben bei der Einstellung von Lehrern und Lehrerinnen eine solide Finanzausstattung vorgesehen. Ob bei der Hausaufgabenhilfe, ob bei der Aktion N-21, ob bei der Finanzierung des Weiterbaus der A 31 oder bei der Kofinanzierung von Bundes- und Europamitteln, ob bei der Aufstockung des Wirtschaftsförderfonds zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen - konkrete Politik und nicht nur Gerede, Herr Kollege Wulff. Überall ist deutlich zu erkennen: Dieser Haushalt trägt die Handschrift meiner Fraktion, und darauf sind diese 83 Abgeordneten stolz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]: „Und sagten kein einziges Wort!“, war das Motto der SPD im Haushaltsausschuss!)

Wir haben in der Ergänzungsvorlage der Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten und den Ministern die Strukturen einbezogen, und wir haben einvernehmliche Lösungen erreicht. Kürzungen, die im Haushaltsplanentwurf noch vorgesehen waren, konnten entfernt werden, ohne dass wir die Nettoneuverschuldung weiter erhöhen mussten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Wulff, Sie stellen sich hier im Landtag als der Oppositionsführer dar. In Wahrheit allerdings arbeiten Sie doch viel mehr an Ihrer bundespolitischen Karriere in Berlin.

(Möllring [CDU]: Das ist auch ein alter Hut!)

Die Rede, die Sie hier gehalten haben am, hatte relativ wenig mit Landespolitik zu tun. Auch all die anderen Bereiche, zu denen Sie sich öffentlich äußern: fast nur Bundespolitik, kaum noch Landespolitik. Natürlich pfeifen es die Spatzen längst von den Dächern, dass Sie sich auf den Weg nach Berlin gemacht haben, Herr Kollege Wulff. Aber dann sagen Sie das auch ehrlich, damit alle die, die hinter Ihnen sitzen und nach vorne wollen, endlich mit ihrer eigenen Karriereplanung beginnen können. Sie müssen doch Herrn Möllring und Herrn Busemann eine Chance geben und können nicht immer nur da vorne den Oppositionsführer mimen, während Sie schon längst auf dem Weg nach Berlin sind.

(Beifall bei der SPD - Buß [SPD]: Die Berliner wollen ihn aber auch nicht!)

- Das glaube ich allerdings auch, und das ist ja das Dilemma, in dem Herr Wulff steckt: Zwar möchte er ganz gern, aber die Rufe sind nicht so laut.

(Möllring [CDU]: Wer würde Ihnen denn nachfolgen?)

Herr Kollege Wulff, dort, wo Sie sich einmal landespolitisch zu Wort melden, folgen Ihren großen Worten keine Taten. Mehr Lehrer wollen Sie, aber das haben Sie nicht finanziert. Und den Kommunalpolitikerin und Kommunalpolitikern draußen erzählen Sie seit Jahren, dass das Land Schindluder treibe und ihnen das Geld vorenthält, dass der kommunale Finanzausgleich nicht ordentlich ausgestattet werde.

(Rolfes [CDU]: Das hat der Staatsgerichtshof gesagt! Dreifach vorbestraft seid ihr! Wiederholungstäter seid ihr!)

Eben haben Sie gesagt, die Gängelung der Kommunen muss endlich aufhören. Herr Kollege, das ist ja alles schön und gut, was Sie sagen. Aber wo bleibt denn Ihr Antrag, dass der kommunale Finanzausgleich aufgestockt wird? Sie haben es doch nicht geschafft! Sie reden den Leuten draußen nach dem Mund, schicken sie nach Bückeburg auf den Klageweg und leisten hier einen Offenbarungseid, weil Sie selbst nicht in der Lage sind, den kommunalen Finanzausgleich deutlich aufzustocken. Das ist die Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. Wir werden nicht müde werden, den Menschen im Lande den Widerspruch zwischen Ihren großspurigen Forderungen und Ihren offenbar nur geringen Möglichkeiten aufzuzeigen. In der Haushaltsplanberatung schrumpfen Sie, Herr Wulff, wieder auf Ihr Normalmaß zurück, und das ist klein, jedenfalls nicht regierungsfähig.

Die Menschen draußen in unserem Land merken den Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei Ihnen. Auf die Frage hin, welcher Partei sie die meisten Kompetenzen für die Lösung der grundsätzlichen Zukunftsprobleme in Niedersachsen zutrauen, Kollege Wulff, entscheiden sich 40 % für die SPD und 24 % für die CDU.

(Zuruf von Rolfes [CDU])

- Herr Kollege, die Menschen vertrauen der SPD, und das ist gut so. - Die Menschen, Herr Kollege Wulff, haben eine deutliche Meinung über die Art und Weise, wie Sie Politik machen. Die Menschen sagen: Der Wulff kann es nicht. - Und deshalb wird er es auch nicht!

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD - Oestmann [CDU]:
Ganz schön anspruchslos geworden! -
Unruhe)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht deren haushaltspolitischer Sprecher, der Kollege Golibrzuch.

(Große Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit!

Golibrzuch (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Sie Ihr Amt antraten, Herr Ministerpräsident, haben Sie die eigenen Ansprüche sehr hoch geschraubt. In Anlehnung an große Vorbilder wollten Sie mehr Politik wagen. Nach einem Jahr im Amt frage ich mich, ob diese sprachliche Anlehnung für Ihren Politikstil tatsächlich angemessen ist.

Mehr Politik zu wagen hätte z. B. bedeutet, die Umbildung des Kabinetts zu einer Verkleinerung der Regierungsmannschaft zu nutzen. Ihr fehlender

Mut ist dabei umso erstaunlicher, als Sie doch ständig den Eindruck erwecken, im Zweifel selbst der bessere Fachminister zu sein.

Mehr Politik zu wagen bedeutet nach meiner Überzeugung aber auch, Widerspruch zuzulassen. Eine Landesregierung muss es deshalb ertragen können, wenn die Landesvertretung der Elterninitiativen aus Kindertagesstätten ein Volksbegehren auf den Weg bringt, dessen Inhalt ihr nicht gefällt. Ihr Gegenzug, nämlich die gesamte Landesförderung zu streichen, dokumentiert keinen politischen Wagemut, sondern politischen Kleinmut oder Schlimmeres.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Nach zwölf Monaten hat sich Herr Gabriel vor allem den Ruf erworben, sich in fast alle Politikbereiche einzumischen. Wirklich übel nehme ich ihm, dass er das ausgerechnet in der Finanzpolitik bleiben lässt. Angesichts des Artenschutzes, den Herr Allert im Kabinett offensichtlich genießt, frage ich mich manchmal: Ist Heiner Allert der Vogel des Jahres? - Wenn das so ist, Herr Allert, dann nehmen Sie sich vor Frau Pruin in Acht!

Herr Ministerpräsident, Sie haben selbst gesagt, die Neuverschuldung sei eine offene Flanke dieser Landesregierung. Mich interessiert weniger die offene Flanke als vielmehr die offene Rechnung; denn die Parole „Schröder zahlt“ gilt noch nicht einmal für den Großteil der EXPO-Kosten, geschweige denn für die ganz normalen Landesschulden. Während andere Länder und der Bund ihre Neuverschuldung kontinuierlich zurückfahren, verstetigen Sie die niedersächsische Kreditaufnahme auf einem gefährlich hohen Niveau. Der erreichte Schuldenstand von mehr als 70 Milliarden DM und die darauf fälligen Zinszahlungen schränken den politischen Handlungsspielraum des Landes mittlerweile dramatisch ein.

„Mehr Politik wagen“ heißt nicht nur, sich zu entscheiden für, sondern eben auch zwischen etwas. Das Prinzip „allen wohl und keinem weh“ hat sich überlebt und hinterlässt eine gigantische Staatsverschuldung.

(Zustimmung von Wulff (Osnabrück)
[CDU])

Das sind nicht meine Worte, sondern das sind die Worte des Ministerpräsidenten vom März dieses Jahres. Er liefert damit ungewollt eine immer noch

aktuelle Zustandsbeschreibung sozialdemokratischer Regierungspolitik in Niedersachsen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Allein 25 Milliarden DM oder 35 % aller Landesschulden sind von der seit 1994 allein regierenden Sozialdemokratie zu verantworten. Knapp 8,5 Milliarden DM davon fallen in die Amtszeit von Finanzminister Aller. Leider sind das nicht Herrn Allers Privatschulden; es sind die Schulden aller Niedersachsen. Hätte die SPD es im Kreuz gehabt, nur ein Fünftel der seit 1994 aufgenommenen Kredite zu vermeiden, könnten allein aus den Zinsersparnissen 3.000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich und dauerhaft finanziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, genau das ist in den vergangenen Jahren der argumentative Zusammenhang für unsere Fraktion gewesen. Wir haben immer wieder auf eine Absenkung der Nettokreditaufnahme gedrängt. Wir wollen die Zinsausgaben des Landes verringern, auch zulasten von Investitionen, um zusätzlichen Spielraum in der Bildungspolitik zu gewinnen.

Angesichts der großflächigen Entlastungswirkung der rot-grünen Steuerreform halten wir es nicht nur für möglich, sondern sogar für erforderlich, Abstriche auch bei den Wirtschaftsförderprogrammen des Landes vorzunehmen. Quer durch alle Einzelpläne schlagen wir Ihnen deshalb vor, investive Ausgabenansätze zu kürzen. Gerade Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände werden nicht müde, auf einen Subventionsabbau zu drängen. Wir wollen diese Verbände beim Wort nehmen. Wir wollen das eingesparte Geld für eine Absenkung der Neuverschuldung einsetzen. Wir wollen die Kreditaufnahme in einem ersten Schritt um 250 Millionen DM, um eine viertel Milliarde DM, absenken, und damit eine Trendumkehr einleiten. Niedersachsen hat sich zu lange und zu hoch verschuldet. Gerade ein Ministerpräsident einer neuen Generation sollte das wissen.

Meine Damen und Herren, den Anstieg der Zinsausgaben zu bremsen ist Voraussetzung dafür, insbesondere in der Bildungspolitik handlungsfähig zu bleiben. Die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung reichen dafür bei weitem nicht aus. Nach wie vor ist ein hoher Unterrichtsausfall an den niedersächsischen Schulen die Regel. Im-

mer schwerer fällt es, vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern geeignete Lehrer zu finden, auch deshalb, weil die Ausbildung junger Nachwuchskräfte zu lange vernachlässigt worden ist.

Die derzeit in der Schulstatistik stehende Unterrichtsversorgung von 97,8 % entspricht nach den Berechnungsgrundlagen von 1993 genau 88 %, und in dieser Zeit ist nicht eine Stunde dazugekommen. Es ist deswegen auch keine Katastrophensituation, Frau Jürgens-Pieper, wenn der Landeselternrat dies kritisiert, sondern es ist leider die ganz alltägliche Situation an Niedersachsens Schulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der CDU)

Wir anerkennen die schwierige Situation in der Nachwuchswerbung. Deshalb wollen wir die Schulen zumindest vorübergehend auch für Fachkräfte öffnen, die nicht den üblichen Weg der Lehrerausbildung beschritten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der CDU)

Um sich geeignete Personen etwa aus der regionalen Wirtschaft, Künstler oder Sportler einkaufen und damit das Unterrichtsangebot ergänzen zu können, benötigen die Schulen aber zusätzliche freie Mittel, Mittel, die wir ihnen über eine Bildungsstiftung zur Verfügung stellen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schlagen Ihnen dabei vor, dieser Stiftung als Vermögenswert Teile der bisher in der hannoverschen Beteiligungsgesellschaft gehaltenen Landesbeteiligung zu übertragen. Das neue Stiftungsrecht erlaubt einem Unternehmen, auch der HanBG, Wirtschaftsgüter, eben auch Aktien und Genussscheine, an eine Stiftung zu spenden, ohne dass dies als verdeckte Gewinnentnahme zu versteuern wäre. Der Ertrag dieser Beteiligung stünde der Entwicklung der niedersächsischen Bildungslandschaft also ungeschmälert zur Verfügung. Es wäre aus unserer Sicht mehr als sinnvoll, Unternehmensbesitz des Landes in dieser Weise produktiv werden zu lassen.

Meine Damen und Herren, wenn Bildungspolitik in Niedersachsen ein Schwerpunkt bleiben und womöglich durch zusätzliche Angebote wie Ganztagschule ergänzt werden soll, dann sind strukturelle Eingriffe in die Personalausgaben des

Landes unvermeidlich. Mehr Geld für Bildung zur Verfügung zu stellen bedeutet, in anderen Verwaltungsbereichen größere Einsparungen vornehmen zu müssen. Diese Landesregierung hat das nicht geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Spätestens seit 1996, nämlich seitdem eine regierungsinterne Arbeitsgruppe darauf hingewiesen hat, ist bekannt, dass die Versorgungsausgaben des Landes dramatisch steigen. Um allein diese Mehrkosten zumindest annähernd auszugleichen, war geplant, in der laufenden Wahlperiode 5.527 Stellen im Landesdienst zu streichen. Tatsächlich finden sich im Haushalt 2001 mehr Stellen, als im Haushalt 1998 vorhanden waren. Schon heute ist klar, dass die Landesregierung ihr Einsparziel bis zum Ende der Legislaturperiode um mindestens 4.000 Stellen verfehlen wird.

Meine Damen und Herren, natürlich begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Landesregierung neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen hat. Wir werfen Ihnen aber vor, dass Sie es versäumt haben, dafür an anderer Stelle bei den Personalausgaben einzusparen. Vorschläge dazu haben wir Ihnen immer wieder gemacht. So haben es etliche Ressorts, z. B. das Umwelt-, Wissenschafts- und Sozialministerium, immer noch nicht geschafft, die in den Zielvereinbarungen festgelegte Verschlan- kung der Hierarchien in ihren Häusern umzusetzen. Eine systemgerechte Besoldungs- und Vergütungsstruktur der Ministerialverwaltung ist nach wie vor nicht in Sicht.

Wir wollen, dass Behörden in der Ortsinstanz gemeinsam organisatorisch geführt werden können, auch wenn sie unterschiedlichen Ressorts zuzuordnen sind. Wir wollen Doppelarbeit vermeiden, z. B. indem wir die Aufgaben der Grundbuchämter, des Liegenschaftskatasters und der Wertermittlung nach Baugesetzbuch in einer Behörde zusammenführen. Insbesondere wollen wir die zweigliedrige Landwirtschaftsverwaltung in Niedersachsen zusammenführen, z. B. indem wir die Landestreuhandstelle der NORD/LB zu einer zentralen Bewilligungsstelle aufwerten. Diese Idee hat Herr Gabriel noch vertreten, als er Fraktionsvorsitzender war. Heute will er davon nichts mehr wissen. Das finden wir kläglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, leistungsfähige Regionalverwaltungen machen aus unserer Sicht die

Bezirksregierungen Hannover und Braunschweig entbehrlich. Die Mittel der Straßenbauverwaltung wollen wir budgetieren. Weitergehende Stelleneinsparungen als die, die in den Zielvereinbarungen festgelegt sind, sehen wir hier genauso als möglich an wie bei Berg- und Wasserwirtschaftsämtern.

Wir haben immer wieder angemahnt, die stationären Wahlleistungen in der Beihilfe auszusetzen, so wie es ein halbes Dutzend anderer Bundesländer Niedersachsen mittlerweile vormacht. Außerdem haben wir Sie aufgefordert, die ärztliche Abrechnungspraxis gegenüber niedersächsischen Beamten und Versorgungsempfängern zu überprüfen. Geschehen ist bisher nichts. Sie haben nicht einmal die Anregung aufgegriffen, die nach dem Arbeits- und Sicherheitsgesetz erforderlichen amtsärztlichen und präventiven Untersuchungen zentral durch das Finanzministerium auszuschreiben, um gegenüber dem isolierten Vorgehen der einzelnen Ressorts zu Einsparungen, zu Preisnachlässen zu kommen.

Ministerpräsident Gabriel hat in seinem ersten Regierungsjahr in der Haushaltspolitik nichts erreicht. Er hat es nicht einmal versucht, und dieses Versäumnis wird ihn einholen, und zwar schneller, als ihm lieb ist.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen ist ein Flächenstaat. Herr Gabriel hat immer wieder betont, nach der EXPO würden die Mittel anders verteilt, nach der EXPO sei die Fläche dran. Dies sollte vor allem für die Verkehrsinvestitionen des Landes gelten. Die nackten Zahlen des Haushaltsplans 2001 sprechen eine andere, aber eine sehr deutliche Sprache. Im Jahre 2001, dem ersten Jahr nach der EXPO, belaufen sich die dem Land zweckgebunden zur Verfügung stehenden Mittel zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf gut 511 Millionen DM. Von dieser Investitionssumme fließen in den Großraum Hannover rund 188 Millionen DM oder 37 % aller Landesmittel. Der Anteil der Fläche am Förderkuchen wird sich demzufolge kaum erhöhen und wegen der feststehenden Zahlungsverpflichtung für künftige Haushaltsjahre auf Sicht auch nicht nennenswert verändern. Der Region Hannover seien diese Investitionsmittel gönnt. Nach meiner Überzeugung braucht es einen konkurrenzfähigen Großraum, um sich im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsräumen Deutschlands und Europas zu behaupten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir befürworten deshalb auch grundsätzlich den Gesetzentwurf zur Bildung der Region Hannover, und wir weisen Einwände aus anderen Landesteilen zurück, wenn sie darauf hinauslaufen, dass der Langsamste das Tempo vorgeben will.

(Möhrmann [SPD]: Das ist widersprüchlich, Herr Kollege!)

Aber Niedersachsen, Herr Möhrmann, ist ein Flächenstaat, und es ist die wachsende Kluft zwischen den verschiedenen Landesteilen, die uns Sorgen bereitet. Es ist der unterschiedliche Entwicklungsstand der Regionen, der aus unserer Sicht eine Umverteilung von Fördermitteln zugunsten der Fläche in Niedersachsen nötig macht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein nicht geringer Teil der EXPO-bedingten Verkehrsinvestitionen wurde auf Pump finanziert. Über den Schattenhaushalt der Niedersächsischen Finanzierungsgesellschaft wurden mehrere 100 Millionen DM bereitgestellt, die in den kommenden Jahren ratenweise abbezahlt werden müssen. Es ist diese Form der Vorfinanzierung, die dazu führt, dass auch im Jahre 2001, also im Jahr nach der EXPO, ein Großteil der Investitionsmittel für den ÖPNV in die Landeshauptstadt fließt und zur Entwicklung der Fläche nicht zur Verfügung steht. Wenn man etwas anderes will, dann muss die NFG aufgelöst und müssen alle dort angesiedelten Projekte in den regulären Landesetat übernommen werden. Deshalb wollen wir die Steuermehreinnahmen des laufenden Jahres dazu nutzen, um die Darlehen der Niedersächsischen Finanzierungsgesellschaft zum Haushalt 2002 vollständig abzulösen und damit mehr Investitionsmittel für die Fläche verfügbar zu machen. Wenn es wirklich auch Ihr Ziel ist, Fördergeld in dieser Weise umzuverteilen, dann kann ich Sie nur auffordern: Schließen Sie sich uns an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem ländlichen Raum eine verbesserte Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu verschaffen, ist auch eine notwendige Schlussfolgerung aus den gestiegenen Energiepreisen. Natürlich wissen wir, dass eine große Zahl von Menschen außerhalb der Ballungsräume zur Nutzung des Pkw auch in absehbarer Zeit keine Alternative haben wird. Dennoch ist ein attraktives Nahverkehrsangebot grundsätzlich geeignet, auch im ländlichen Raum, mehr Menschen in Busse und Bahnen zu holen.

Das Beispiel der Nordwestbahn belegt das eindrucksvoll. Wir wollen deshalb den Nahverkehrsbetrieb auf weiteren Schienenstrecken im Land ausschreiben und durch mehr Wettbewerb eine moderne Flächenbahn in Niedersachsen vorantreiben.

Wer als Berufspendler mobil sein muss, soll künftig eine spürbar erhöhte Entfernungspauschale erhalten. Wir sind sehr froh, dass sich die Landesregierung nicht mit ihrer Absicht hat durchsetzen können, die Pauschale nach Verkehrsmitteln zu staffeln. Dies wäre kein Anreiz zum Umsteigen, sondern für falsche Steuererklärungen gewesen. In solchen Fällen tut es gut, dass der Einfluss des Ministerpräsidenten auf Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung manchmal doch geringer ist, als es seine 23-seitige Halbzeitbilanz unterstellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, natürlich ist die Abschaffung der Ökosteuer keine Alternative zu einer erhöhten Entfernungspauschale. Das ist schon deshalb falsch, weil der Steueranteil an den jüngsten Preiserhöhungen sehr gering ausfällt.

(Möllring [CDU]: Deshalb kann man sie doch abschaffen!)

Sie, Herr Wulff, haben das im letzten Landtagswahlkampf noch anders gesehen, als Sie sich nachdrücklich für die Einführung einer Ökosteuer ausgesprochen haben. Fehlende Glaubwürdigkeit ist also nicht nur ein Problem dieser Landesregierung, sondern auch manchmal ein Problem der CDU.

(Beifall bei den GRÜNEN - Möllring [CDU]: So wirst du nicht Finanzminister!)

Herr Möllring, ich bin übrigens gar nicht unfroh, dass uns in der Bewertung der Behandlung des Themas Ökosteuer so viel trennt. Denn gäbe es diese Trennung zwischen uns nicht, dann wären ja plötzlich wir die CDU. Ich weiß gar nicht, ob Sie das wirklich wollen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Michel, darüber reden wir noch einmal! - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ohne Frage sind Infrastrukturmaßnahmen für ein Flächenland von großer Bedeutung. Als alleiniges Entwicklungskon-

zept reichen sie jedoch nicht aus. Wir unterstützen deshalb den angestrebten vorzeitigen Lückenschluss der A 31 und den Bau eines Tiefwasserhafens an der niedersächsischen Nordseeküste. Wir warnen aber davor, diese Maßnahmen in ihrer Wirkung zu überschätzen.

Der ländliche Raum ist kein Speditionsunternehmen, und es bleibt daher ständige Aufgabe einer Landesregierung, wissenschaftliche Exzellenz und technologische Spitzenleistung auch in die Fläche zu bringen. Ganz offen gestanden haben wir Zweifel, ob der Landesregierung dies gelingt oder ob sie ernsthaft dieses Ziel verfolgt. Völlig zu Recht hat der Bezirksvorstand der SPD Weser-Ems am vergangenen Wochenende gefordert, Hochschulen müssten Entwicklungsmotor einer Region sein. Wie naiv wirkt allerdings eine solche Forderung, wenn gleichzeitig im Wissenschaftsministerium ein Erlass vorbereitet wird, den nicht nur wir, sondern auch die Hochschulleitung Vechta als drohendes Aus der Universität bewerten? Wie naiv wirkt eine solche Forderung, wenn der Fachhochschule Nordwest selbst bei 100-prozentiger Auslastung Mittel entzogen werden sollen, die sich in den nächsten Jahren auf einen Millionenbetrag addieren werden?

Ich glaube, dass es kein Zufall ist, wenn der Ministerpräsident in seiner Halbzeitbilanz vier Seiten über Wissenschaftspolitik referiert und dabei die Standorte Hannover, Göttingen und Braunschweig 13 mal namentlich erwähnt, während gerade ein einziges Mal auf Oldenburg verwiesen wird. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, sage ich: Wir wissen um die wissenschaftliche Exzellenz im Forschungsdreieck Hannover, Braunschweig und Göttingen, und wir wollen dieses gerne mit zusätzlichen Mitteln fördern. Was wir nicht wollen, ist, dass eine Förderung bei begrenzten Mitteln ausschließlich zulasten von Hochschulstandorten in geografischen Randlagen erfolgt.

(Zustimmung von Frau Harms
[GRÜNE])

Forschungszentren für die Ballungsräume, aber Call Center für den ländlichen Raum ist keine Strukturpolitik, wie sie uns vorschwebt. Wir werden deshalb mit dem neu geschaffenen Planungstab in der Staatskanzlei den vom Ministerpräsidenten so häufig eingeforderten „Wettbewerb der Ideen“ suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass es dem Ministerpräsidenten mit diesem Wettbewerb der Ideen, mit dem Ringen um die beste Lösung ernst ist, wird allerdings nicht nur in unserer Fraktion bezweifelt. Herr Gabriel ist bisher den Beweis schuldig geblieben, dass es ihm um mehr geht als um ein rhetorisches Stilmittel in der politischen Debatte. Ich meine, wenn er einen solchen Wettbewerb tatsächlich will, wenn er wirklich mehr Politik wagen will, dann muss er durch seinen Führungsstil im Kabinett und durch sein Auftreten im Landtag dafür ein Beispiel geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
CDU)

Es ist kein Ruhmesblatt für seinen Führungsstil, wenn er Staatssekretäre und Pressechefs der Ministerien wegen angeblicher Arbeitsverweigerung herunterputzt. Es ist weitaus mehr als eine Stilfrage, wenn er Teile des Landtages und der Landespresse als „johlende Meute“ bezeichnet, nur weil deren Kritik ihm gegen den Strich geht.

Er prägt damit einen Umgangston, der für einen Ministerpräsidenten nicht angemessen ist, der aber im Kabinett bereits Nachahmer findet, wenn sich sein Lieblingsminister mit dem Satz zitieren lässt: In der eigenen Fraktion sitzen eben bloß Flaschen.

Diese Arbeitsweise weckt Zweifel, wie wichtig Herrn Gabriel selbst große Anliegen wie die Schulreform tatsächlich sind. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt zum Zeitpunkt seines Vorstoßes, dass nicht nur die CDU, sondern dass auch die Bildungspolitiker der eigenen, der SPD-Fraktion eine Pressekonferenz zur Schulpolitik angekündigt hatten. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt weiter:

„Die Gesamtschulkumpane und
GEW-Lehrer wollten sagen, dass alles
so bleiben soll, wie es ist, heißt es da-
zu spöttisch aus der Staatskanzlei.“

Dieser Ton und dieser Umgang, meine Damen und Herren, entwertet die politische Arbeit von Herrn Gabriel. Das sage ich vielleicht auch nicht nur aus der Sicht der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
CDU)

Meine Damen und Herren, Politik lebt von Veränderungen. Wenn ein Justizminister noch vor Amtsantritt ein Gespräch mit ausschließlich der SPD angehörenden oder der SPD nahestehenden Haft-

anstaltsleitern führt, wenn Schulleiterstellen anscheinend nach Parteibüchern vergeben werden und wenn wir unter Hinweis auf Versorgungsansprüche eine Staatssekretärin für eine Nacht erleben, dann setzt sich der Eindruck fest, dass eine Partei in Niedersachsen schon zu lange regiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Als Herr Gabriel mit Herrn Oppermann in den USA gewesen ist, hat er im Hotelfoyer „moments of glory“ gesungen. Meine Damen und Herren von der SPD, wir wollen Ihnen im Jahre 2003 gern „wind of change“ einspielen. Wir sind gespannt, wer dann noch mitsingt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Möllring, bitte!

Möllring (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Mein lieber Michel, wenn du das auf Schellack hast, dann drehe ich die Kurbel für das Grammophon, damit dafür nicht unnötig Strom verbraucht wird.

Herr Plaue, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie noch eine Steigerung gegenüber heute Morgen geschafft haben. Das ist nicht zu erwarten gewesen. Wir hatten heute Morgen gedacht, Sie würden noch einen dritten Aufschlag machen. Das haben Sie uns dann leider nicht gegönnt. Aber Ihre Haushaltsrede hat dann doch gezeigt, dass Sie sich entweder nicht klug gemacht haben, sich nicht klug machen wollten oder die Rede noch vom letzten Jahr im Aktenschrank oder im Computer war und Sie sie haben neu ausdrucken lassen. Denn es war nichts Neues darin enthalten.

(Möhrmann [SPD]: Ihre Diskette war das!)

- Über Disketten rede ich einmal, Herr Möhrmann, wenn ich in Pension gehe. Dann erzähle ich einmal die wahre Geschichte. Dann werden manche rote Ohren bekommen.

Herr Plaue, Sie haben unseren Einzelantrag offensichtlich nicht genau angeguckt. Immerhin hat

dieser Einzelantrag zu erheblicher Unruhe geführt. Denn es hat nicht nur eine Presseerklärung des Ministerpräsidenten gegeben, die inhaltlich leider völlig falsch war, aber von einer gewissen Erregung zeugte, sondern auch eine Pressekonferenz des Finanzministers, in der er im Wesentlichen erklärt hat, wir hätten die Holzverkäufe um 1,5 Millionen DM zu hoch angesetzt. Das zeige schon, dass Fehler darin seien. - Das ist aber hinten und vorn so nicht richtig. Wir sind mit einem einzigen Ziel in die Haushaltsplanberatungen gegangen. Die Fraktion war sich darin einig. Wir haben gesagt: Wir haben im Moment einen Unterrichtsausfall, der nicht hinnehmbar ist, der katastrophal ist. Da wir nicht die Regierung stellen, wollen wir einen Weg aufzeigen, wie es möglich ist, diesen Unterrichtsausfall, der vom Kultusministerium mit einem Gegenwert von 3.000 Stellen beziffert worden ist, zu beseitigen. Dafür haben wir alle Anstrengungen unternommen. Der Beweis, dass der Unterrichtsausfall beseitigt werden kann, ist uns gelungen. Das möchte ich Ihnen kurz vortragen.

(Beifall bei der CDU)

Um 3.000 Lehrerstellen zu bezahlen, bräuchte man, so hat Herr Möhrmann freundlicherweise in seiner Presseerklärung geschrieben, 230 Millionen DM. Wir sind - brutto, brutto, brutto - auf die sichere Seite gegangen und haben gesagt: Das kostet uns im Jahr 300 Millionen DM.

Da bei Lehrern die Einstellungen nicht zum 1. Januar, sondern alternativ zum 1. Februar - Schuljahreshalbezeit - oder zum 1. August - Schuljahresbeginn - vorgenommen werden, könnten wir, wenn Sie am Freitag unseren Vorschlägen zustimmen würden, es zeitlich nicht mehr schaffen, die Einstellungen zum 1. Februar vorzunehmen. Die Einstellungen zum 1. Februar sind verwaltungsmäßig bereits abgearbeitet. Das wäre beim besten Willen verwaltungstechnisch nicht mehr möglich. Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen das zum 1. August 2001 darstellen. Dafür brauchen Sie nur eine ganz einfache Rechnung zu machen: Teilen Sie den Betrag durch 13, und multiplizieren Sie das Ergebnis mit fünf, dann bekommen Sie genau den Betrag, den Sie von August bis Dezember brauchen. Das sind etwa 110 Millionen DM. Diesen Betrag haben wir auf Seite 10 unseres Änderungsantrages bei Kapitel 07 10 Titel 422 11 eingesetzt - plus 110 Millionen DM. Das hätte auch Herr Plaue lesen können. Diese 110 Millionen DM haben wir überfinanziert.

Das sind Zahlen aus dem Finanzministerium, von Herrn Aller, die er auf seiner letzten Pressekonferenz noch einmal - korrigierend, weil der Ministerpräsident, wie immer in Einzelfragen nicht kundig, ganz andere Zahlen genannt hatte - dargestellt hat. Wir haben in diesem Jahr gegenüber dem Haushaltsplan 2000, gegenüber den Steuerschätzungen Mehreinnahmen von 690 Millionen DM. Wir haben 121 Einzelanträge gestellt. Herr Plaue hat das vorhin Klein-Klein genannt. Ich gebe zu: Es war eine verdammt mühselige Geschichte, ein paar hundert Einzeltitel nach dem Ist-Ergebnis für 1999 und nach dem vorläufigen Ist - 31. Oktober 2000 - abzufragen und daraus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen zusammensetzen. Das ist natürlich nicht der große Wurf, sondern das ist Kleinarbeit. Aber diese muss man machen. Wenn man ein Ziel vor Augen hat, kann man nicht nur sagen: Wir wollen das. Vielmehr muss man auch die dafür notwendige Kleinarbeit leisten. Das haben wir getan.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind auf Einsparungen und Mehreinnahmen von etwa 215 Millionen DM gekommen. Das macht zusammen mit den Steuermehreinnahmen, die in die Rücklage gehen, 905 Millionen DM. Davon müssen wir die 110 Millionen DM für die Lehrer abziehen. Das haben wir getan. Dann bleiben immer noch 795 Millionen DM übrig. Wenn wir von diesen 795 Millionen einen Betrag von 750 Millionen DM für die EXPO-Finanzierung nehmen, bleiben für die Rücklage immer noch 45 Millionen DM erhalten, die für andere Sachen verwendet werden können. Schade, dass Herr Plaue jetzt nicht hier ist.

(Plaue [SPD]: Ihre Weitsicht war noch nie besonders gut!)

- Das gebe ich zu. Es mag interessant sein, wenigstens einmal auf dem Abgeordnetenplatz eines Ministers zu sitzen, wenn es schon für die Regierungsbank nicht reicht. - Herr Plaue hat vorhin gesagt - Herr Plaue, hören Sie einmal zu, damit Sie das nachher in Ihrer Fraktion klären können -, dass die CDU für die Beamten, die mehr als zwei Kinder haben, diese Kinder in der Besoldung angerechnet haben wolle. Einen entsprechenden Antrag haben wir im letzten Plenarsitzungsabschnitt gestellt, und am Freitag werden wir eine entsprechende Eingabe zur Diskussion stellen. Dabei geht es nicht, Herr Plaue, um die Besoldung für das Jahr 2001, sondern es geht um vom Verfassungsgericht

ausgeurteilte Besoldungsansprüche für die Jahre 1990 bis 1998, die den Beamten vorenthalten wurden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dazu bereit sind, können wir dieser Rücklage von 45 Millionen DM einen Betrag von 10 Millionen DM entnehmen und ihn für das Jahr 2001 einsetzen. Dann haben wir in der Rücklage eben nur noch 35 Millionen DM. Entsprechen Sie der Eingabe, stimmen Sie unserem Antrag zu, dann können wir den Beamten Gerechtigkeit widerfahren lassen, die auf die Rechtstreue des Staates vertraut haben! Folgekosten sind nicht zu befürchten, weil das Beamtengesetz 1999 insoweit geändert wurde.

(Zuruf von Wegner [SPD])

Ich möchte nun noch folgendes Beispiel bilden, Herr Wegner. Herr Plaue hat gesagt, wir hätten jetzt zwar Anträge für die Einsparung von 215 Millionen DM vorgelegt, aber er hat auch die Frage gestellt, wie sich das im Jahre 2002 verhalte, in dem wir 300 Millionen DM bräuchten. Dazu will ich Ihnen einmal eine ganz einfache Rechnung aufmachen: Die Zahl 300 Millionen schreibt man vorne mit einer 300 und danach mit sechs Nullen. Diese 300 Millionen zusätzlich müssen aus einem Haushalt herausgeholt werden, der einen Umfang von 43 Milliarden DM hat.

(Zuruf von Wegner [SPD])

- Sie wissen ja gar nicht, wie viele Nullen Sie in der Fraktion haben. Dann wissen Sie auch nicht, wie viele Nullen eine Milliarde hat.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Wenn bei uns jemand so wie über Sie herziehen würde, dass Sie im Prinzip hier nur für Pfandgeld sitzen, dann wäre bei uns in der Fraktion der Teufel los.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Zahl 43 Milliarden ist vorne eine 43, und dahinter sind neun Nullen. Das heißt, wir müssen 300 Millionen DM zu 43 Milliarden DM ins Verhältnis setzen. Wenn wir jetzt einmal so, wie wir es in der fünften Klasse gelernt haben, nach dem Motto „kürzen, kürzen, kürzen“ verfahren und beide Zahlen um sechs Nullen kürzen, dann haben wir 300 DM und 43.000 DM. Diese 300 DM stehen in demselben Verhältnis zu den 43.000 DM

wie die 300 Millionen DM zu den 43 Milliarden DM.

Nun stellen Sie sich einmal die Familie, die allein erziehende Mutter oder wen auch immer vor, die ein Jahreseinkommen von 43.000 DM zur Verfügung hat und für die Ausbildung des Kindes oder der Kinder zusätzlich 300 DM benötigt. Stellen Sie sich also einmal vor, dass von 43.000 DM 300 DM erforderlich wären. Diese Familie hat natürlich Rechtsverpflichtungen, sie muss Miete bezahlen, Reinigung, das Auto, die Ökosteuern und alles Mögliche.

(Zuruf von Wegner [SPD])

- Schulden müsste sie tilgen, weil sie sich vielleicht eine Waschmaschine auf Kredit gekauft hätte. Das ist alles kein Problem. - Aber wenn es um die Ausbildung des Kindes ginge und im Jahre 300 DM erforderlich wären, würde diese Familie mit einem Jahreseinkommen von 43.000 DM dieses darstellen.

(Beifall bei der CDU)

Das Schlimme ist doch, dass dieses Beispiel zeigt, dass Sie es nicht wollen. Sie wollen keine zusätzlichen Lehrer einstellen. Frage sich jemand, warum. Ich weiß es nicht. Es ist doch nicht falsch von Hessen oder von Nordrhein-Westfalen, dass diese Länder ihre freien Lehrerstellen besetzen - natürlich auch mit Studienabgängern aus Niedersachsen, aus Hamburg und sonst woher. Das ist doch umgekehrt genauso. Wir haben unsere Ausbildung doch auch nicht alle in Niedersachsen gemacht und sind dann in Niedersachsen geblieben. Warum kann Niedersachsen diese Konkurrenz denn jetzt nicht antreten? Warum können wir denn nicht sagen, dass wir diese Lehrerstellen jetzt schaffen, dass wir den Lehrern jetzt sichere 100 %-Stellen bieten und nicht diese Dreiviertel- und Zweidrittelstellen, mit denen Sie arbeiten? Das ist doch schlimmer als unser Vorschlag, die Eingangsbesoldung müsse nicht bei A 12, sondern könne auch bei A 10 oder A 11 liegen. Das war ein Vorschlag, den wir vor zwei und vor vier Jahren unterbreitet haben. Sie haben ihn nie angenommen. Dann müsste man nämlich eine Bundesratsinitiative ergreifen. Das ist auch die Antwort darauf, dass wir dies nicht in den Haushalt einstellen können, weil wir erst das Gesetz ändern müssen und erst dann Minderausgaben haben werden.

Meines Erachtens besteht das schlimmste Ergebnis dieser Haushaltsberatungen darin, dass Sie unseren

Kindern hinten und vorne nicht helfen wollen, sondern sehenden Auges zusehen, wie unsere ausgebildeten Lehrer, soweit wir sie noch haben, nach Nordrhein-Westfalen und Hessen abwandern. Die Kultusministerin hat ja schon gedroht, dass sie in der „FAZ“ sogar eine Anzeige schalten wolle, wenn alle weg seien. - Das Geld kann sie sparen. Das soll sie dann lieber für etwas anderes ausgeben.

Wir haben - Herr Golibrzuch und Herr Wulff haben es angesprochen - eine Jahresbilanz: Ein Jahr Landesregierung mit Ministerpräsident Sigmar Gabriel. Die Entscheidung, diese Jahresbilanz aufzustellen, war sicherlich eine von den vier oder fünf Entscheidungen, die von vornherein falsch sind, wenn man zehn Entscheidungen fällt, weil sie eben ein Offenbarungseid ist. Dazu stehen unter der Überschrift Landesfinanzen zwei Zeilen und ein halbes Wort:

„Die Regierung Gabriel hat Wort gehalten und ihre politischen Prioritäten nicht durch neue Schulden, sondern durch harte Sparmaßnahmen in anderen Politikfeldern erwirtschaftet.“

Das ist alles, was dazu drin steht.

(Wegner [SPD]: Schauen Sie doch einmal auf die Rücklage, Herr Möllring!)

- Die Rücklage ist durch Steuermehreinnahmen gebildet worden. Sie haben aber bereits am 31. Dezember fast 70 Milliarden DM Schulden gemacht, und Sie wollen im Jahre 2004 82 Milliarden DM Schulden aufgetürmt haben. Das ist mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen - und Nordrhein-Westfalen hat 10 Millionen Einwohner mehr - die höchste Verschuldung. Das muss man einfach einmal akzeptieren.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Sie haben eine weit höhere Pro-Kopf-Verschuldung als die meisten anderen Flächenländer. Das sollte Ihnen einmal zu denken geben. Sie wollen die Nettoneuverschuldung nicht absenken. Sie wollen noch nicht einmal die bestehende Rücklage dafür nehmen, um die EXPO-Schulden zu tilgen. Dafür habe ich nun gar kein Verständnis. Denn das ist doch das Normalste der Welt: Wenn ich im Lotto gewinne - das ist ja so ähnlich, als wenn ich überraschend mehr Steuern einnehme, als

ich prognostiziert habe -, und ich wegen der EXPO eine Ausgabe habe, mit der wir alle nicht gerechnet haben, dann verwende ich doch die einmaligen Mehreinnahmen dafür, um die einmaligen Zusatzausgaben zu finanzieren, und nehme nicht das eine, um es zu verhökern, und nehme Schulden auf, um die einmaligen Sonderausgaben zu zahlen. Das ist keine solide Finanzpolitik. Das kritisieren wir. Das wollen wir nicht haben. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Der Kollege Schwarzenholz hat sich zu Wort gemeldet. Er hat bis zu zehn Minuten Redezeit.

(Eveslage [CDU]: Was? So lange müssen wir das aushalten?)

Schwarzenholz (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man eine Haushaltsgeneraldebatte führt, dann wird über die Themen, die im Mittelpunkt dieser Debatte stehen, bestimmt, welche Schwerpunkte in der Regierungspolitik und in der Politik der Opposition gesetzt werden.

Lassen Sie mich eingangs meiner Ausführungen feststellen, dass es für mich als Ökologin bedrückend ist, dass die Umweltpolitik in dieser gesamten Debatte faktisch keine Rolle gespielt hat. Selbst der Vertreter der Grünen hat sehr viel darüber philosophiert, wie weit der Prozess des Zusammenwachsens von CDU und Grünen fortgeschritten ist, und als letzten Unterschied die Ökosteuer benannt, der ihn noch daran hindert, endgültig die Symbiose einzugehen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Vor zwei Stunden hatten wir eine Aktuelle Stunde, Herr Schwarzenholz!)

Er hat im verkehrspolitischen Bereich als einziges konkretes Projekt die Fortsetzung der A 31 genannt. Das zeigt natürlich, wie weit der Prozess des Zusammenwachsens fortgeschritten ist. Mich bedrückt aber sehr, dass in der Politik der Landesregierung die Gewichtungen, was die Umweltpolitik angeht, so weit weg gebrochen sind, dass es keiner Erwähnung mehr bedarf. Wenn man sich die Haushaltsberatungen im Umweltbereich vergegenwärtigt, dann erklärt sich das auch. Wir erleben schon seit vielen Jahren eine kontinuierliche Konsolidierung nach unten, die vor allem auch durch

die Kürzungen im Bereich des Naturschutzes als Prozess seit etwa fünf Jahren festzustellen ist. Das ist eine Weichenstellung, die deswegen bedrückend ist, weil die Klimapolitik für uns ein zunehmend wichtigeres Politikfeld wird und wir in Niedersachsen insbesondere aus dem Verkehrsbereich heraus riesige Probleme haben, die Zukunftsaufgaben zu lösen. Es gibt keine konstruktive Konzeption dieser Landesregierung, wie der Umbau im Verkehrsbereich so vollzogen werden kann, dass die Klimaentwicklung so, wie sie vertraglich und international verpflichtend eingegangen worden ist, begleitet werden kann. Das gilt insbesondere für den Bahnbereich. Dass die Grünen in dem Bereich relativ ruhig sind, hängt eben auch mit dieser Doppelrolle „hier in der Opposition und in Berlin in der Regierung“ zusammen.

Im Mittelpunkt der Landespolitik müssen doch die Politikfelder stehen, auf denen die Kompetenz beim Landesparlament liegt. Mir ist in den letzten Wochen in vielen Gesprächen, in denen über die Schulpolitik diskutiert wurde, aufgefallen, dass trotz aller Diskussionen um die Schulstruktur, die geführt werden, die Frage der Unterrichtsausstattung bei den Menschen immer noch im Mittelpunkt steht. Wenn sich z. B. bei der Umfrage über die Frage, ob die Menschen in Niedersachsen für die Abschaffung der Orientierungsstufe sind, eine deutliche Mehrheit gegen die Abschaffung ausspricht, dann hängt das u. a. damit zusammen, dass man nicht den Rückfall in das alte Schulsystem, wie es die CDU auf den Tisch gelegt hat, haben will, dass man soziale Chancen für seine Kinder haben will, dass man nicht in der vierten Klasse entscheiden will, sodass die Kinder fast unabänderlich auf einen Bildungsweg festgelegt werden, aus dem sie dann nicht mehr enttrinnen können. Das hängt auch damit zusammen, dass die Menschen das Gefühl haben, dass hier zum Teil Debatten geführt werden, die an den konkreten Interessen vorbeigehen. Und das ist die Unterrichtsversorgung.

Wenn die Kultusministerin in der Presse beklagt - wie dies erst jetzt wieder geschehen ist -, dass hier ein Abwerbungsprozess aus anderen Ländern läuft, dann frage ich mich doch: Auf welchem Planeten lebt sie? Auf der einen Seite erzählt sie uns, dass Wettbewerb und mehr Wirtschaft in der Schule eine große Rolle spielen sollen. Auf der anderen Seite ist sie aber nicht bereit, den Lehrern vernünftige Stellenangebote zu unterbreiten, ist sie nicht bereit, vernünftig zu zahlen, und ist sie auch nicht bereit, sich auf das einzulassen, was es dort

offensichtlich als Wettbewerb gibt. Wenn sie bereit wäre, dies zu tun, dann würden die jungen Absolventen auch nicht gehen.

Wenn ich gleichzeitig feststelle, dass ich nicht in der Lage bin, die Studiengänge an den Hochschulen entsprechend auszustatten, dann müssen doch alle Alarmglocken klingeln. Dann sind ein solcher Haushalt und eine solche Haushaltsdebatte im Prinzip der geeignete Ort, um einmal zu sagen, was die Landesregierung tun will, um z. B. an unseren Hochschulen den Umbruch so zu organisieren, dass wir dort ein ausreichend großes Nachwuchspotential für unsere Schulen ausbilden, damit unseren Kindern wieder eine ausreichende und qualitativ gute Unterrichtsversorgung geboten werden kann. Aber nichts ist auf den Tisch gelegt worden.

Es wird in diesem Zusammenhang auch über Hochschulreformen parliert, bei denen es um die Interessen der Wirtschaft geht, die noch direkter in die Hochschulen hineinfließen können als bisher. Die Regierung macht aber keine Vorschläge, die geeignet sind, den Eltern die Sorgen zu nehmen und uns - ich fühle mich hier als Elternteil selbst betroffen - die Hoffnung zu geben, dass unseren Kindern an den Schulen wieder ein angemessener Unterricht geboten wird. Das ist auch für die Schule selbst und die dort Beschäftigten sehr demoralisierend.

Ich muss sagen: Für einen Ministerpräsidenten, der zu derjenigen Berufsgruppe gehört, die sein Vorgänger noch als „faule Säcke“ bezeichnet hat, ist es doch beschämend, wenn er es nicht für nötig hält, in diesem Bereich einen entsprechenden Schwerpunkt auszubilden, der zumindest mit dem CDU-geführten Hessen mithalten kann. Das ist beschämend und unwürdig. Ich muss mich an dieser Stelle über den Ministerpräsidenten wundern. Wenn er hier genauso egozentrisch weitermacht wie bei seinen Vorschlägen zur Schulstrukturreform, die alle Grundlagen der sozialdemokratischen Bildungspolitik eines Peter von Oertzen in den 70er-Jahren über Bord schmeißen und nur noch darauf abstellen, die Schule abzuschotten, und wenn man dazu das Gabriel-Papier liest und feststellen muss, dass er in der vierten Klasse den Willen der Eltern bei der Entscheidung für das Gymnasium ausschalten will, um zu verhindern, dass die Gymnasien volllaufen, dann kann ich doch nur sagen, dass er offensichtlich der Meinung ist, dass wir zu viele Gymnasiasten haben. Wenn ich mir nun aber die internationalen Zahlen angucke,

kann ich feststellen, dass es hier genau umgekehrt ist. In Deutschland gibt es im Vergleich zur EU - insbesondere im Vergleich mit den kleineren Ländern - eine viel zu niedrige Zahl an Gymnasiasten. Wir haben auch eine viel zu niedrige Zahl an Hochschulabsolventen. International bewegen wir uns hier im unteren Feld. Wir sind noch nicht einmal im Mittelfeld, sondern nur im unteren Feld. Angesichts dessen frage ich mich: Wo hat Herr Gabriel in seinen Strukturvorschlägen diejenigen Wege aufgezeichnet, die mehr Menschen, mehr Kindern die Möglichkeit geben, hochwertige Bildungsabschlüsse zu erzielen und auch eine Hochschule zu besuchen? Ich will damit nicht sagen, dass nur ein Hochschulbesuch glücklich macht. Wenn es aber in anderen Ländern der Europäischen Union möglich ist, eine größere Zahl von jungen Menschen in die Hochschulen zu führen, ein hohes Bildungsniveau und damit auch entsprechende Berufschancen zu eröffnen, dann geben wir hier ein sehr, sehr schlechtes Bild ab.

Ich meine, auch die Sozialdemokratie in Niedersachsen muss sich in diesen Tagen fragen lassen, ob die Demontage dessen, was soziale Grundlage für Politik sein soll, so fortgesetzt werden kann. Ein politisches System wie die Bundesrepublik Deutschland, eine Demokratie lebt vom konkurrierenden politischen Angebot. Es gibt genug Parteien auf der konservativen Seite. Es gibt auch genug Parteien der neuen Mitte. Ich frage Sie: Wo ist denn die sozialpolitische, die klassische sozialdemokratische Grundlage in dieser Haushaltspolitik? Wo ist denn die Hoffnung auf Mehr-Demokratiewagen, wie sie in den 70er-Jahren von einem sehr, sehr prominenten Sozialdemokraten einmal formuliert worden ist? Wo ist in Ihrer Politik denn die Maßgabe der sozialen Gerechtigkeit zu erkennen? Ich vermag das in der Bildungspolitik in zunehmenden Maße weniger zu erkennen. Bei Ihnen verschieben sich die Kräfte in einem rasanten Tempo dahin gehend, dass Sie selbst die Substanz von sozialer Politik beseitigen. Das ist nicht nur für Sie schädlich, sondern auch für die Glaubwürdigkeit der Demokratie; denn dadurch bekommen die Menschen das Gefühl, dass es keine Alternativen mehr gibt. Das, was die CDU oder die Grünen - ich weiß jetzt nicht, wie man das nennen soll - auf den Tisch legen, ist plötzlich ohne Alternative, wenn es keine linken demokratischen Bildungsvorschläge mehr gibt, die eben nicht darauf abstellen, dass alles den Unternehmen nutzt, sondern darauf abstellen, dass es den weniger Privilegierten Bildungschancen und soziale Chancen eröffnet. Wenn

Sie sich nun aber den Diskussionsvorschlag von Gabriel und seine Bildungspolitik angucken, dann muss mir ein Sozialdemokrat einmal erklären - ich bin gern bereit, Zeit darauf zu verwenden -, was das noch mit den bildungspolitischen Zielen zu tun hat, die z. B. Peter von Oertzen in den 70er-Jahren hier so glaubhaft formuliert hat. Ich vermag dies nicht mehr zu sagen. Deshalb glaube ich, dass Sie damit in eine Krise rutschen, die im Augenblick noch dadurch zugedeckt wird, dass der Ministerpräsident nicht nur von seiner Statur her, sondern auch mit Blick darauf, wie er diese Politikszene beherrscht, ein so gewaltiges Auftreten hat. Diese Alleinstarrolle, die er dort spielt, die gleichzeitige Beleidigung und das Herunterdrücken der Mannschaft, die Sie darstellen, ist auch für uns als Opposition nicht gut. Auch das muss ich einmal ganz deutlich sagen. Über die schwache Rolle des Vorsitzenden der SPD-Fraktion kann ich nicht so hämisch lachen, wie dies vielleicht so manch anderer tut; denn ich mache mir ernsthafte Sorgen, dass bei dieser Gelegenheit die Rolle des Parlaments mit Schaden nimmt. Das ist ein sehr ernstes Problem. Wenn der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion im Vergleich zum Ministerpräsidenten eine derart schwache Rolle spielt, dann ist das für das Parlament insgesamt schlecht.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, so ist das nun einmal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube nicht, dass uns dieser Haushalt auch nur in einem einzigen Politikfeld nach vorne bringt und richtungsweisende Impulse enthält. Er ist ein Haushalt des „Weiter so!“ Er ist mittelmäßig. Er ist halbherzig. Er ist in vielen Feldern unsozial. Wenn Sie sich einmal die Streiks der Arbeiter der Metallwirtschaft in Niedersachsen in den letzten Wochen zur Rentenpolitik ansehen, dann kann ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur feststellen: Wenn Ihnen eine Klientel, die der Sozialdemokratie traditionell nicht fremd ist, in dieser Art und Weise politisch entgegen tritt, dann sollten Sie sehr, sehr nachdenklich werden.

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Finanzminister, bitte!

Aller, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schwarzenholz, das, was Sie hier vorge-

tragen haben, war sicherlich das Ergebnis einer Fraktionssitzung. Sie haben sicherlich auch die volle Unterstützung Ihrer Fraktionsmitglieder gehabt, als Sie hier eben als Fraktionsvorsitzender Ihre Meinung vorgetragen haben.

Aber Spaß beiseite. Natürlich sind wir als Regierung dankbar, wenn uns die Fraktionen oder die Einzelpersonen aus dem Landtag helfen, in der Haushaltspolitik neue Ideen, neue Aktivitäten und auch neue Strategien zu entwickeln. Das ist völlig normal. Wir waren auch sehr gespannt darauf, wie die Beratungen im Haushaltsausschuss vorangehen würden und wie sich die Fachausschüsse dezidiert äußern würden. Gerade deshalb muss ich sagen - wenn man denn schon ein bisschen eine Reihenfolge festlegen kann -, dass ich von den konstruktiven Vorschlägen, die Herr Golibrzuch hier unterbreitet hat, doch sehr angetan war. Es wäre ja unsinnig, gute Vorschläge nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ich sage einmal, ohne dass hier unnötig Schmu gemacht wird: Ein großer Teil der Überlegungen, die die Grünen vorgetragen haben, ist in den Haushalt eingebaut und ist nichts Außergewöhnliches. Sie klingen nur außergewöhnlich aus dem Mund von Herrn Golibrzuch.

Probleme habe ich dann schon eher, wenn er die Schuldenbilanz aufmacht, weil alle Erkenntnisse, die uns vorliegen, darauf hindeuten, dass ein besonders schuldenprägender Zeitabschnitt in Niedersachsen die Jahre von 1990 bis 1994 waren. Wie das bei langfristigen Schulden so ist: Sie wachsen in die Schuldenstatistik hinein. Ich darf daran erinnern, dass diese vier Jahre gerade im konsumtiven Bereich und auch hinsichtlich der Einstellung von Personal, sage ich einmal ganz ausdrücklich, unter effizienter Beteiligung der Grünen wichtige Daten festgelegt haben.

Ich darf daran erinnern, dass die 9.000 Stellen, die die CDU seinerzeit immer gegen die Koalition verwandt hat, absoluter Unsinn gewesen sind; denn hätten wir die Lehrkräfte damals nicht eingestellt, hätten wir jetzt in den Schulen ganz andere Probleme. Man muss sich aber zu beiden Seiten der Medaille bekennen. Ich habe insbesondere im Bildungsbereich Personal eingestellt. Diese Maßnahme hat langfristige konsumtive Wirkungen im Haushalt. Diese Maßnahme verursacht Personalkosten. Sie verursacht auch Kosten bei der Beihilfe. Schließlich ergeben sich daraus auch Versorgungslasten. Deshalb bin ich immer dafür, dass man diese neue Strategie, immer nur die halbe Wahrheit zu sagen und mit dieser dann eine Le-

gende zu bilden, unterlässt, wenn man ernst genommen werden will.

Interessant war auch, wie über die Investitionsquote geredet worden ist. Ich habe das sehr aufmerksam verfolgt. Nachdem Herr Wulff noch bei der Einbringung des Haushalts gezeißelt hat, dass die Investitionsquote so niedrig sei, musste er dann feststellen, nachdem die EXPO-Investitionen dazu gerechnet worden sind, ohne dass wir groß Neues gemacht haben - sie waren ja vorher in der NFG -, dass die Investitionsquote von knapp über 10 auf über 12 % gestiegen ist. Jetzt wird sie wieder sinken, wenn sich der Bund beteiligt.

(Möllring [CDU]: Sie können das nicht verfassungswidrig als Investition rechnen!)

Auf jeden Fall hat Herr Wulff festgestellt, die Investitionsquote sei insgesamt viel zu niedrig.

(Möllring [CDU]: Da hat er auch Recht!)

- Wenn er Recht hat, dann hat Herr Golibrzuch Unrecht. Herr Golibrzuch - das ist übrigens Ihr Michel, Herr Möllring -, Ihr lieber Michel, hat nämlich ein flammendes Plädoyer gehalten und gesagt, die Investitionsquote sei viel zu hoch; man müsse heraus aus den Investitionen, insbesondere dann, wenn sie unsinnige Investitionen in Infrastruktur seien oder wenn sie - was wir ja wollen - Investitionshilfen für die Wirtschaft, Anschubfinanzierungen und Ähnliches sind.

Die Umschichtung von Investitionen in konsumtive Ausgaben ist nach unserer Einschätzung nur begrenzt ein Weg; denn er entzieht Niedersachsen das, was wir brauchen: eine massive Stärkung des Wirtschaftsstandortes,

(Möllring [CDU]: Das will doch gar keiner!)

einen Ausbau des Arbeitsmarktes und damit auch Sicherung der Finanzkraft auf lange Sicht.

Wenn man das mindestens als zwei unterschiedliche Auffassungen der Opposition registriert, dann kann ich vielleicht feststellen, dass wir uns zwischen diesen beiden Polen gar nicht so schlecht positioniert haben. Vielleicht klären das Herr Möllring und sein Freund Michel erst einmal untereinander, damit sie dann hier eine einheitliche Meinung vortragen.

(Möllring [CDU]: Seien Sie doch nicht gleich eifersüchtig!)

Was die Entfernungspauschale und die Ökosteuer angeht, fand ich das ebenso interessant. Der eine hat gesagt, wir hätten uns in den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses über den Tisch ziehen lassen. Der andere hat gesagt: Gut, dass sich die Niedersächsische Landesregierung nicht durchgesetzt hat, zumindest der Ministerpräsident. - Vielleicht darf ich als einer, der nachts um halb zwei, als wir den Beschluss gefasst haben, dabei gewesen ist, sagen: Die Niedersächsische Landesregierung hat sich mit allen drei Punkten, die wir von Anfang an im Zusammenhang mit dem Paket aus Heizölzuschüssen, Entfernungspauschale und Agrardiesel vorgetragen haben, durchgesetzt. Nicht durchgesetzt hat sie sich allerdings mit ihrer Forderung, eine volle Kompensation durch den Bund zu erreichen. Was wir insgesamt hinbekommen haben, ist, dass das Paket preiswerter geworden ist. Dass Herr Wulff nicht weiß, dass die Heizölbeihilfe allein vom Bund gezahlt wird und die auch noch den Ländern zurechnet, macht deutlich, wie fahrlässig er sich mit den Themen der aktuellen Haushaltsdiskussion auseinandersetzt.

(Möllring [CDU]: Die Verwaltungskosten werden den Kommunen zugerechnet! - McAllister [CDU]: Den Kommunen!)

Dass er das Thema Agrardiesel aus niedersächsischer Sicht nicht angesprochen hat, bedauere ich ausdrücklich, weil gerade wir aus Niedersachsen massiv dafür gekämpft haben, dass die Agrardiesel-Frage im Zusammenhang mit der Entfernungspauschale geregelt wird.

(Eveslage [CDU]: Das hat er sich alles schon vorher aufschreiben lassen!)

Ich will noch etwas zum Flächenland Niedersachsen sagen. Es ist dieser Ministerpräsident aus Niedersachsen gewesen, der mit dem Kollegen Beck die Rolle der Flächenländer besonders betont und gesagt hat: Diejenigen, die mit dem Auto weit fahren, müssen entlastet werden.

Damit wird klar, was ich in der Vergangenheit immer wieder betont habe: Diese Landesregierung mit Ministerpräsident Gabriel hat den direkten Draht nach Berlin. Sie interveniert dort, wo es im Landesinteresse notwendig ist. Das funktioniert im Großen und Ganzen, auch wenn das zu Kompromissen führt, letztlich auch bei der Frage, ob sich

der Bund am Defizit der EXPO mehr beteiligt, als wir ursprünglich vermutet haben. Das Getöse, das rund um diese Frage gemacht worden ist, kann ich ja verstehen. Aber die Tatsache, dass die Ein-Drittel/Zwei-Drittel-Regelung gekommen ist, ist ein Erfolg der hartnäckigen Verhandlungsführung dieser Landesregierung gegenüber dem Bund.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir hatten Freunde und Gegner bei der Mitfinanzierung in allen Fraktionen des Bundestages.

(Möllring [CDU]: Das ist richtig!)

Es war notwendig, dass sich sowohl die Bundesregierung als auch die Fraktionen letztlich auf einen Kompromiss verständigt haben. Der ist durchgesetzt worden. Nach Lage der Dinge wird es so sein, dass wir die Zwei-Drittel/Ein-Drittel-Lösung exakt auf der Basis unseres Haushaltsvorschlages, wie wir es auch ausgewiesen haben, durchsetzen können.

Ich möchte noch einige Worte zu den Rechenkünsten von Herrn Möllring sagen. Er hat ja den Eindruck vermitteln wollen, dass das, was Herr Wulff vorher in großem Umfang dargestellt hat, im Wesentlichen nicht durch den Haushaltsantrag der CDU abgedeckt worden ist.

(Frau Vockert [CDU]: Das ist falsch!)

Tatsache ist aber, Herr Möllring, dass Sie die Forderungen aus der Vergangenheit nicht mehr interessieren. Sie haben mehrere Jahre lang Wahlkampf mit dem „Raubzug durch die Kommunen“ gemacht. Ich kann mich sehr wohl daran erinnern - das ist keine vier Wochen her -, dass Herr Wulff als Fraktionsvorsitzender - das ist ja eine seiner Rollen: er ist Fraktionsvorsitzender, Landesvorsitzender und Vize bei der Bundes-CDU - hier von „Raubzug durch die Kommunen“ geredet hat. Das war wieder der Ansatz mit den 500 Millionen DM, die wir Jahr für Jahr vorgehalten haben. Herr Möllring selbst hat im September 1999 wieder einmal vorgerechnet, dass er den Kommunen die Rücklage, die damals gebildet worden ist, schlicht und einfach über den Tisch reichen würde, weil sie ja im Landeshaushalt sei. Hätten wir das getan, hätten wir ein Problem bei der Finanzierung unserer übrigen Politik bei der Kreditaufnahme.

(Möllring [CDU]: Jetzt haben die Kommunen ein Problem!)

Es ist Ihnen doch klar, dass Rücklageeinstellungen nicht vollzogene Kreditaufnahmen sind.

(Möllring [CDU]: Sie waren doch selbst mal Ratsherr!)

- Herr Möllring, lesen Sie Ihre eigene Presseinformation vom 29. September 1999.

(Möllring [CDU]: Das finde ich ja gut, dass Sie die alle aufheben! - Eveslage [CDU]: Das ist eine „Perspektiven-Rede“ eines Finanzministers zu seinem Haushalt!)

Weil man ja ziemlich genau weiß, wie Sie argumentieren, möchte ich auch ein Wort zu dem Vorwurf sagen, der hier aufgestellt worden ist, die Konsolidierungspolitik in Niedersachsen sei nur mäßig erfolgreich. Das ist falsch. Wenn Sie nicht glauben wollen, welche guten Noten uns das unabhängige Wirtschafts-Institut im Ländervergleich gegeben hat, dann mag es Ihnen vielleicht helfen, wenn ich Ihnen sage, dass von 1980 bis 1989 - damals hat in Niedersachsen die CDU regiert - die Kreditfinanzierungsquote durchschnittlich bei 9,05 %, in den Jahren 1990 bis 1999 bei 7,49 % gelegen hat und 2000 bis 2004 - allerdings einschließlich Planung - bei 6,6 % liegt. Aus dieser fallenden Kurve erkennen Sie, dass der Anteil der Kredite am Gesamthaushalt ständig zurückgeht. Das ist unter den insgesamt sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen Niedersachsen Finanzpolitik macht, eine durchaus ansprechende Leistung.

(Zustimmung bei der SPD - Möllring [CDU]: Haben Ihre Kinder Ihnen Mathematik beigebracht?)

Jetzt kommt das, was Sie versuchen, in Niedersachsen als neue Legende aufzubauen, als sei unsere Einstellungspolitik an den Schulen in den letzten Jahren falsch gewesen. Es mag Sie ja geärgert haben, dass wir ernst genommen haben, dass wir zu wenig junge Kolleginnen und Kollegen an den Schulen haben. Es mag Sie ja geärgert haben, dass wir auf Dreiviertelstellen eingestellt haben. Dahinter stand aber die klare Überlegung, dass wir mehr Beschäftigung in den Schulen haben wollten, damit mehr jüngere Kolleginnen und Kollegen - allerdings mit weniger Unterrichtsstunden pro Kopf und weniger Gehalt, aber insgesamt mehr Lehrkräfte - in die Schulen kommen. Wenn Sie nun so tun, als hätte das den Bildungsstandort Niedersachsen unattraktiv gemacht,

(Möllring [CDU]: Das ist doch so!)

dann müsste das ja auch aus den Statistiken über diejenigen belegbar sein, die sich aus anderen Bundesländern in Niedersachsen bewerben.

(Möllring [CDU]: Es soll sogar eine Anzeige in der „FAZ“ geschaltet werden, dass wir alle beleidigt sind!)

Es hätte eines Telefonates bedurft, um herauszubekommen, ob das gestimmt hat, Herr Möllring. Ich nenne Ihnen ein paar Zahlen. Es hat am 19. August 2000 insgesamt 7.670 Bewerbungen gegeben, davon 5.014 aus Niedersachsen und 2.654 aus anderen Bundesländern. 2.654 wollten aus anderen Bundesländern in dieses „Bildungsnotstandsland“ Niedersachsen kommen. Daraus spricht genau das andere Ergebnis, das Sie nicht wahrhaben wollen.

(Frau Vockert [CDU]: Das ist Ihre Interpretation!)

Eingestellt worden sind insgesamt 2.255, davon 1.740 aus Niedersachsen und 515 aus anderen Bundesländern. Das macht deutlich, dass das Land Niedersachsen trotz der ausgewiesenen Politik der Kultusministerin

(Frau Vockert [CDU]: Ha, ha, ha!)

mit der Schulpolitik, die dahinter steht, ein attraktiver Beschäftigungsstandort ist. Ich fände es auch gar nicht schlecht, das einmal zur Kenntnis zu nehmen.

An Ihnen dürfte auch nicht vorbeigegangen sein, dass da flexibel reagiert worden ist, Frau Kultusministerin, wo wir Engpässe in der Rekrutierung von neuen Lehrkräften und jungen Lehrkräften festgestellt haben. Wir haben beispielsweise bei den berufsbildenden Schulen und insbesondere bei den Sonderschulen auf volle Stellen umgestellt. Das macht deutlich, dass wir - allerdings um den Preis, nicht mehr ganz so viele neue Lehrkräfte in die Schule zu bekommen - ganze Stellen ausgewiesen haben, um das Attraktivitätsmerkmal, das Sie haben wollen, in den Bereichen, wo es sich anbietet, so zu verfahren, auch zu bekommen.

Um das noch einmal deutlich zu machen, möchte ich noch zwei weitere Beispiele dafür anführen, dass man mit Zahlen der Opposition in der Auseinandersetzung um die Haushaltspolitik des Landes Niedersachsen und deren Erfolge sehr vorsichtig umgehen muss.

Das Erste ist, dass wir in der Tat 21.000 Arbeitslose weniger haben als noch im Jahr zuvor. Das hat der Oppositionsvorsitzende Wulff hier als zu vernachlässigend hingestellt.

(Möllring [CDU]: Das hat er nicht getan!)

Was er nicht gesagt hat, ist, dass in dem gleichen Zeitraum 73.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Niedersachsen neu geschaffen worden sind.

(Möllring [CDU]: Mit 630-DM-Verträgen!)

- Dabei sind möglicherweise auch ein paar 630-DM-Arbeitsplätze, Herr Möllring, aber eines ist auch klar: Die 630-DM-Arbeitsplätze sind inzwischen in den regulären Arbeitsmarkt zurückgeführt worden. Das haben wir so gewollt. Die Betroffenen zahlen jetzt Sozialversicherungsbeiträge, und sie sind damit in das Arbeitsmarktsystem eingebunden, wie wir es auch insgesamt wünschen.

Des Weiteren darf ich vielleicht noch darauf hinweisen, wie es mit den Personalkosten aussieht. Sie kritisieren ja ständig, wie wir unsere Personalplanung in der letzten Legislaturperiode und in der jetzigen Legislaturperiode vorangetrieben haben. Sie bezweifeln, dass wir in der Lage sein werden, die tausenden von Arbeitsplätze, die wir in Zielvereinbarungen verabredet haben, auch tatsächlich in die Einsparung einzubringen.

(Frau Vockert [CDU]: Richtig!)

Ich sage Ihnen, dass, wenn wir das Jahr 2000 und das Jahr 2001 vergleichen und auch die Abwanderung in die Landesbetriebe neutralisieren, die Löhne und Gehälter der aktiv Beschäftigten praktisch gleich geblieben sind. Wir haben einen leichten Zuwachs bei den Beihilfen, und wir haben einen Zuwachs bei den Versorgungslasten, aber nicht bei den aktiv Beschäftigten. Ich will Ihnen das auch in Zahlen sagen: Bei den Personalausgaben waren es insgesamt 17,065 Milliarden DM. Das ist gestiegen auf 17,6 Milliarden DM. Die Beihilfe stieg von 874 Millionen DM auf 900 Millionen DM und die Versorgung von 3 Milliarden DM auf 3,1 Milliarden DM. Das macht deutlich, dass das Personalkonsolidierungsprogramm, das sich die Landesregierung vorgenommen hat, nicht nur zu greifen beginnt, sondern dass es auch im Ländervergleich massive Erfolge zeitigt.

Dass unsere Position im Ländervergleich besser geworden ist, konnten wir zum einen durch die Charts aus dem Finanzministerium, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, nachweisen. Zum anderen haben auch unabhängige Institute festgestellt, dass sich Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern hervorragend entwickelt hat, was beispielsweise die Verschuldung pro Kopf angeht. Wir liegen inzwischen besser als Rheinland-Pfalz. Der Abstand zu Nordrhein-Westfalen wird geringer, und zwar nicht nur in dem Sinne, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Nordrhein-Westfalen dramatisch anwächst, sondern auch in dem Sinne, dass wir durchaus moderatere Zuwächse als die anderen Bundesländer aufzuweisen haben.

Ich will auf das, was Herr Wulff heute hier wieder abgeliefert hat, nicht zu ausführlich eingehen, aber an dieser Stelle doch schon deutlich machen, dass es in seiner heutigen Rede einen Unterschied zu früheren Beiträgen zur Haushaltsberatung gegeben hat. Ich muss dabei zugeben, dass ich eine Wette verloren habe. Ich habe gesagt, dass er überhaupt nicht zum Haushalt reden werde. Das trifft auf die heutige Rede jedenfalls nicht zu. Er hat versucht, einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Änderungsantrag seiner Fraktion und dem, was er auch sonst immer gesagt hat. In diesem Sinne stimmt es also doch, dass Vieles aus den vergangenen Jahren hier wiederholt worden ist. Der entscheidende Punkt bei Herrn Wulff, der ja auch den Oppositionsvorsitz hier für sich reklamiert, ist aus der Sicht der Landesregierung der, dass er mit seinem Änderungsantrag zwei Dinge gemacht hat, wie er auch selbst ausdrücklich gesagt hat. Er hat erstens gesagt, er wolle den Nachweis führen, dass er 3.000 zusätzliche Lehrkräfte finanzieren könne.

(Frau Vockert [CDU]: Das hat er auch gemacht!)

Zweitens hat er gesagt, er wolle nachweisen, dass das EXPO-Defizit auf einen Schlag abgebaut werden könne, wenn man einfach die Mehreinnahmen aus dem Jahre 2000 zugrunde lege und die EXPO-Belastungen dann einfach mit einem Federstrich aus dem Kassenbuch striche. Nun weiß Herr Möllring so gut wie jeder andere Haushaltsexperte in der CDU, dass eine Rücklage erst dann gebildet werden kann, wenn der Haushaltsabschluss vollzogen worden ist. Herr Rolfes als Sprecher und Herr Möllring als Schattenfinanzminister der CDU, wie ich es einmal sagen möchte

(Plaue [SPD]: Er ist mehr Schatten als Minister!)

- er muss sich aber noch mit seinem Freund Michel einigen -, müssen nun sagen, ob es überhaupt möglich ist, eine virtuelle Rücklage, d. h. etwas, was es noch gar nicht gibt, und zwar weder der Höhe nach noch der Masse nach, in Anspruch zu nehmen und bereits im Dezember gewissermaßen einzuwerfen, um einen noch nicht feststehenden Teil des Haushaltsdefizits aufgrund der EXPO zu finanzieren. Dass das nicht geht, ist klar; dass das rechtswidrig ist, ist klar; dass das mit der Landeshaushaltsordnung nicht funktioniert, ist klar. Das stört aber Herrn Möllring nicht, weil die Botschaft ja lautet: Wir sind cleverer als die Landesregierung und arbeiten mit Zahlen, die noch gar nicht feststehen.

Diese Rücklage, Herr Möllring, die Sie hier einwerfen, gibt es nicht, weil sie sich erst im April/Mai nächsten Jahres verdichten wird, wir also berücksichtigen müssen, ob wir die Rücklage tatsächlich erwirtschaften. Ich gehe davon aus, dass wir das schaffen, aber wir müssen es rechnerisch darstellen. Zum anderen habe ich in der Pressekonzferenz, die Sie angesprochen haben, darauf hingewiesen, dass wir inzwischen 215 Millionen DM an überplanmäßigen Ausgaben zu verkraften haben, die auf die globale Minderausgabe oben drauf kommen. Das macht deutlich, dass zumindest der Teil des Antrags schon einmal zu den Akten gelegt werden kann.

Zu dem zweiten Punkt, die Lehrkräfte zu bezahlen aus Teilen der Rücklage, die Sie in der beschriebenen Art gebildet haben, und aus Einsparmaßnahmen, die Sie dargelegt haben,

(Möllring [CDU]: Das hat er nicht getan!)

will ich nur sagen, Herr Möllring, dass nicht nur die Holzverkäufe, sondern auch noch eine ganze Reihe von Kleinpositionen, die Sie aufgeschrieben haben, zur Gegenfinanzierung von Dauerausgaben für Lehrkräfte eben nicht verwendbar sind. Dazu nur ein Beispiel: Wenn wir die Einsparungen im EDV-Bereich, die Sie vorgeschlagen haben, tatsächlich realisierten, dann müssten wir wahrscheinlich alle Rechner in Niedersachsen abschalten und würden damit die Landesverwaltung lahm legen.

Damit wird deutlich, dass Ihr Antrag zumindest an diesen beiden Zielvorgaben gemessen von der

Substanz her schon nicht tragfähig ist, so will ich einmal sagen. Des Weiteren steht etwas dahinter, was nicht in dem Antrag enthalten ist. Ich darf dazu daran erinnern, dass in den Eingangsreden von Herrn Wulff und auch in den Kommentaren von Herrn Möllring die globale Minderausgabe immer, bei jeder Debatte als von Übel bezeichnet worden ist. Sie ist immer dargestellt worden als ein Verstoß gegen das Budgetrecht des Landtags, und es ist immer gesagt worden: Die werden das nie schaffen. Das ist der Versuch, den Haushalt auszugleichen, ohne zu sagen, wie das denn eigentlich geschehen soll. - Abgesehen davon, dass auch viele andere Bundesländer mit globalen Minderausgaben arbeiten, ist jetzt zumindest eines festzustellen: Mit dem Änderungsantrag der CDU ist die globale Minderausgabe in der Höhe von 400 Millionen DM kein Thema mehr.

(Möhrmann [SPD]: Zum zweiten Mal schon!)

Die CDU hat zum zweiten Mal die globale Minderausgabe in ihrem eigenen Antrag nicht infrage gestellt und stimmt ihr damit im Umkehrschluss im Prinzip zu.

Der zweite große Brocken, die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs, ist ebenfalls erledigt. Die CDU, die noch wenige Wochen vorher von einem „Raubzug durch die Gemeinden“ geredet hat, hat in ihrem Antrag nicht eine einzige Mark mehr für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt als der Regierungsentwurf. Damit haken wir diese 500 Millionen DM, Herr Eveslage, für die Zukunft ebenfalls ab.

(Zurufe von der CDU)

Die CDU hat erneut gesagt, sie sehe sich angesichts der Finanzlage des Landes nicht in der Lage, den Kommunen mehr zu geben, als die Landesregierung dies tut.

(Eveslage [CDU]: Das haben Sie nicht verstanden!)

Damit ist klar, dass der kommunale Finanzausgleich, wie ihn die Landesregierung geordnet und dotiert hat, für die CDU-Opposition in diesem Lande offensichtlich kein ernsthaftes Thema mehr ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie dann auch, mit Ihren Kampagnen und unabgesicherten Äußerungen zu dieser Frage vor Ort aufzuhören.

Wenn ich das richtig gesehen habe, dann ist auch der dritte große Brocken, nämlich die Nettokreditaufnahme, für Sie von der CDU kein großes Problem mehr; denn bis auf den nicht tauglichen Vorschlag zu der EXPO haben Sie keine Anstalten unternommen, die Nettokreditaufnahme, so wie sie im Haushaltsplanentwurf ausgewiesen ist, nämlich ohne EXPO in Höhe von 2,65 Milliarden DM, deutlich zu verringern. Auch hier scheinen Sie nicht in der Lage zu sein, das, was Sie landauf, landab lauthals verkünden, durch einen nachprüfbaren Antrag zu hinterlegen.

(Zurufe von der CDU)

Damit komme ich zu der Auseinandersetzung um die Bildungspolitik. Was Herr Wulff und andere hier in den Mittelpunkt der Debatte gestellt haben, will ich gern aufgreifen. 3.000 virtuelle neue Beschäftigte in die Diskussion zu bringen und nicht zu sagen, wie diese finanziert werden sollen - denn ich gehe davon aus, dass neue Lehrkräfte auch für die CDU nicht kostenlos arbeiten -, ist das Eine. Im Rahmen der Bildungsoffensive des Ministerpräsidenten, bei der 2.000 Lehrkräfte zusätzlich eingeplant worden sind,

(Frau Vockert [CDU]: Das ist doch wieder falsch!)

sind zum einen 1.000 Lehrkräfte für die Verlässliche Grundschule, Frau Kollegin, vorgesehen. Schauen Sie doch einmal in den Haushalt! Die 80 Millionen DM dafür sind eingeplant.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen sind Mittel für weitere 1.000 Lehrkräfte, und zwar in zwei Tranchen zu je 500 bis zum Jahre 2003, im Haushalt ausgewiesen. Des Weiteren sind ausgewiesen 40 Millionen DM für Sozialarbeiter an Hauptschulen und 75 Millionen DM für einen ehrgeizigen Auftritt im IT-Bereich, was durch public private partnership verdoppelt werden soll. Das sind insgesamt 275 Millionen DM, solide finanziert für die Bildung an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen. Das sind 275 Millionen DM, die nicht durch Tricks hinterlegt worden sind, sondern die sauber durchfinanziert worden sind für die Schulpolitik in diesem Lande.

Zieht man darunter einen Strich, dann wird deutlich, dass durch die rund 15.000 Lehrkräfte, die von 1998 bis 2003 in die Schulen kommen werden, eine deutliche Verjüngung der Lehrerkollegien möglich wird. Ungefähr 20 % der Lehrkräfte werden dann innerhalb von sechs Jahren eingestellt worden sein.

Fasst man das zusammen, dann bleibt, was die Frage Internet angeht, ein weiterer Gesichtspunkt, der hier kritisch angemerkt worden ist: Wir haben in Niedersachsen wenig Geld, um neue politische Aktivitäten zu entwickeln.

(Zuruf von Frau Vockert [CDU])

- Sicherlich haben wir wenig Geld. - Der Ministerpräsident hat einen Weg eingeschlagen, den ich als ausgesprochen Erfolg versprechend ansehe, weil er im Sinne von public private partnership in vielen Bereichen Initiativen entwickelt hat, die sich auszahlen beginnen.

(Frau Vockert [CDU]: Und die Kommunen müssen es nachher bezahlen!)

Das gilt für die Internet-Initiative „N-21“ und genauso für das, was wir inzwischen in anderen Politikfeldern auf den Weg gebracht haben.

(Frau Körtner [SPD]: Wer bezahlt denn den Hauptanteil? Die Kommunen!)

Hinsichtlich der EXPO-Nachnutzung lohnt es sich bisweilen, in der Zeitung nachzulesen, wie denn die Entwicklung im Bereich des EXPO-Geländes ist. Die Ansiedlung der Nord Media ist etwas, was deutlich macht, dass wir den Zug der Zeit erkannt haben und intensiv für diesen Medienstandort Hannover als das Zentrum in Niedersachsen werben.

Nimmt man das alles zusammen, dann stelle ich fest, dass der CDU-Antrag in keiner Weise eine Alternative zum Regierungsentwurf und dem, was die SPD-Landtagsfraktion dazu eingebracht hat, ist. Insbesondere im kommunalen Bereich - dafür kann man vielleicht auch einmal positive Worte finden - ist es mit dem „Quotalen System“ gelungen, eine Hängepartie zu beenden, die zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden seit einiger Zeit zu erkennen war.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, dass das Regierungsprogramm, wie es sich jetzt darstellt, Profil hat, dass es eine Plattform für die zukünftige Arbeit in diesem Lande ist und dass es ehrlich mit den Risiken im Haushalt und für die mittelfristige Finanzplanung umgeht.

Damit bin ich exakt bei dem Thema, das einige der klugen Oppositionspolitiker offensichtlich immer nur dann aktivieren wollen, wenn es darum geht, ein Horrorszenario zu zeichnen. Wenn es aber darum geht, einen Haushalt für ein Jahr beschlussfähig zu machen, dann vergisst man es. Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung offen die Handlungsbedarfe für die Jahre 2002, 2003 und 2004 ausgewiesen, und es ist uns in den letzten Debatten um die Ohren gehauen worden, wie groß diese Handlungsbedarfe insgesamt sind. Es ist wieder gesagt worden: Sie werden es nie schaffen, diese zukünftige Haushalte ausgeglichen vorzulegen und dann noch die Nettokreditaufnahme abzusensenken.

Wir haben uns fest vorgenommen, meine Damen und Herren, dass die Frage der Nettokreditaufnahme eine der zentralen Fragen der nächsten Haushaltsberatungen sein wird. Aber wir berücksichtigen durchaus auch die steuerpolitischen Effekte, die wir bei den bisherigen Steuereingängen auf der Basis der Steuerreform für Niedersachsen haben verzeichnen können. Es ist in der Tat so, dass wir im Jahr 2000 mit zurzeit rund 700 Millionen DM an Mehreinnahmen relativ günstig liegen. Wir wissen aber auch, dass wir im nächsten Jahr um 90 Millionen DM hinter den zu erwartenden Einnahmen liegen werden, und es ist nicht sicher abzusehen, wie der Trend weiterhin laufen wird. Wenn das, was hier beispielsweise von Herrn Wulff angesprochen worden ist, nämlich die Frage der AfA-Tabellen, so interpretiert werden würde, wie es die CDU gerne möchte, und die 3,5 Milliarden DM, die darin als Gegenfinanzierung für die Steuerreform vorgesehen sind, nicht kämen, dann würde das voll auf Niedersachsens Haushalt durchschlagen, und damit hätten wir dann ein neues Problem.

Ich stelle fest, dass wir mit diesem Haushaltsplan in der Form, in der er in dieser Woche in die Beratung geht, eine sichere Plattform für die Weiterentwicklung der Konsolidierung der Finanzen in Niedersachsen haben, dass die neuen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, die heute ihren Job angetreten haben, auf hervorragende Leistungen ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger aufbauen können und dass ein gewisses Maß an Kontinuität

sichergestellt ist. Die Landesregierung hat sich darauf verständigt, dass alle drei Ressorts - das Sozialressort, das MFAS, wie es heute noch heißt, das Ressort für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, aber auch das Justizressort - davon ausgehen können, dass sie mit ihren Aufgabenfeldern in den nächsten Jahren im Zentrum von politischen Aktivitäten stehen werden, so weit sie - das sage ich ausdrücklich - finanzierbar sind.

Im Großen und Ganzen kann ich feststellen: Die Landesregierung hat nicht so lange geredet wie die Opposition, sie hat nicht so viel versprochen wie die Opposition, aber sie hat gehandelt und einen beschlussfähigen Haushalt auf den Tisch gelegt. Ich hoffe, dass er eine Mehrheit finden wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Nach § 71 Abs. 2 erhält Herr Kollege Möllring eine zusätzliche Redezeit von bis zu drei Minuten.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, immerhin fanden sich in Ihrer Rede nicht ganz so viele Verdrehungen wie beim letzten Mal, aber ein paar Sachen waren leider wieder daneben.

(Frau Lau [SPD]: Oh! Das können Sie gerade beurteilen!)

Lassen Sie mich bei der Internet-Geschichte anfangen, die Sie hier so groß gelobt haben. Es war ja ein toller Aufschlag vom Ministerpräsidenten, sich mit Ron Sommer hinzusetzen und zu sagen: Jetzt bekommt jedes Lehrerzimmer einen Internetanschluss. Da habe ich mich zuerst gefragt: Worin liegt da denn der Erfolg? Bei mir zu Hause gibt es vier Internetzugänge. Ich habe mich dann bei Fachleuten erkundigt, ob das in Lehrerzimmern anders sein müsste. Sie sagten: Nein, dafür braucht man eine Telefonbuchse und eine FRITZ!-Card für 100 DM oder 150 DM, und schon ist das Ganze internetfähig. Das war die eine Aktion.

Die zweite Aktion war: Jedem Schüler einen Laptop. - Eine tolle Aktion! Schüler haben mir, als wir hier mit den Kindern gehattet haben, die Frage gemailt, wann das denn komme.

(Plaue [SPD]: Chatten oder Mailen? Das ist doch ein Unterschied! - Gegenruf von Frau Körtner [CDU]: Das ist nur Plaue! Der weiß gar nichts!)

Da habe ich eingegeben: Ein Laptop kostet 3.000 DM. - Die haben gleich gesagt, ich hätte keine Ahnung, der kostete nämlich 4.000 DM.

(Frau Harms [GRÜNE]: Fast 6.000 DM, würde ich sagen!)

Ich habe gesagt: Wenn wir auf einen Schlag 1 Million Laptops kaufen würden - weil es ja 1 Million Schüler in Niedersachsen gibt -, dann bekämen wir die vielleicht für 3.000 DM. Das sind 3 Milliarden DM. Die hat er eben einmal mit links versprochen, und Sie bekommen es nicht einmal hin, 300 Millionen DM für 3.000 Lehrer bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Wahrheit in diesem Lande. Da wird viel versprochen. Aber man muss eben zehn Entscheidungen treffen, und wenn davon sechs oder sieben verkehrt sind, dann ist es besser, wenn man eine richtige Entscheidung getroffen hat, als dass man gar keine getroffen hätte. Das sagt dieser Ministerpräsident. Aber er belügt und betrügt die Leute, und das wollen wir nicht hinnehmen.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Das war doch nun bei den Laptops eindeutig. Das konnten doch sogar Sie mitrechnen, oder nicht?

Ich komme nun zu der Rücklage. Ich habe nicht gesagt, dass wir die am 1. Januar entnehmen wollen. Wir müssen das für die EXPO-Schulden doch nicht am 1. Januar entnehmen. Sie haben auch eine Entnahme aus dem Grundstock in Ihrem Haushalt. Sie haben eine Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB. Sie haben eine Entnahme aus den Rückflüssen des Wohnungstreuhandfonds. Das alles haben Sie im Haushalt. Kein Mensch hat je behauptet, dass das am 1. Januar um 0 Uhr zur Verfügung stehe, sondern das wird im Laufe des Jahres kommen. Wenn Sie die 690 Millionen DM am 1. März aus der Rücklage entnehmen, dann ist das für die EXPO völlig ausreichend; denn bis dahin werden Sie sie gar nicht brauchen. Deshalb sollten Sie unseren sicheren Weg gehen.

Sie haben gesagt, die Nettokreditaufnahme sinke prozentual immer weiter. Es ist doch völlig selbst-

verständlich, dass, wenn man jedes Jahr mehr Schulden macht, dann das, was man sozusagen oben drauf packt, prozentual immer weniger wird.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn man 1 DM Schulden macht und im nächsten Jahr noch einmal 1 DM, dann erhöht man die Schulden um 100 %. Wenn man im dritten Jahr noch einmal 1 DM Schulden macht, dann hat man die Schulden nur noch um 50 % erhöht. Wenn man dann noch einmal um 1 DM erhöht, dann hat man nur um 33 % erhöht.

(Möhrmann [SPD]: Jetzt wird es aber schwierig, Herr Möllring!)

Aber es ist immer der gleiche Schuldenbetrag, um den Sie erhöhen, und so steht es in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung. Sie wollen jedes Jahr neue Schulden in Höhe von 2,65 Milliarden DM machen und sagen, prozentual werde es immer weniger. Damit wollen Sie die Leute doch für dumm verkaufen. Tun Sie das bitte nicht.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das ist doch völlig falsch!)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit jetzt um 30 % überschritten. Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Möllring (CDU):

Ich beuge mich dem Herrn Präsidenten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Möllring, ich muss Ihnen wegen des „Lügens und Betrügens“ einen Ordnungsruf erteilen. Da ich weiß, wie sensibel Sie sind, fällt mir das schwer, aber er ist gerechtfertigt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zu diesen beiden Tagesordnungspunkten liegen mir, zumindest für heute, keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir werden die Debatte vereinbarungsgemäß Morgen wieder aufnehmen.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ministergesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1660 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/2078

und

Tagesordnungspunkt 9:

Zweite Beratung:

Erste Konsequenzen aus den ernsthaften Fehlern in der Amtsführung des früheren Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski - Änderung des Niedersächsischen Ministergesetzes - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1395 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/2079

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 1660 wurde in der 52. Sitzung am 20. Juni 2000 und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1395 wurde in der 44. Sitzung am 16. Februar 2000 an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen überwiesen.

Berichterstatter zu Punkt 8 ist der Abgeordnete Schlüterbusch. Bitte schön!

Schlüterbusch (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Drucksache 2078 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Diese Empfehlung ist sowohl im federführenden als auch im mitberatenden Ausschuss jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen worden.

Der Gesetzentwurf umfasst im Wesentlichen vier Regelungsgegenstände, die ich ganz kurz ansprechen möchte. So wird durch eine Änderung des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes klargestellt, dass Regierungsmitglieder, die im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit dem Vorstand, Aufsichtsrat, Beirat

oder einem vergleichbaren Organ oder Gremium eines Unternehmens angehören, unverzüglich die dafür gezahlten Vergütungen an das Land abzuführen haben, soweit sie 10.800 DM im Jahr übersteigen.

Als neue Regelung wird dem § 5 ein Absatz 4 angefügt, in dem Regierungsmitgliedern die Annahme von Belohnungen und Geschenken, die sie mit Bezug auf ihr Amt erhalten, grundsätzlich untersagt wird.

Die dritte Regelung ist die Neufassung des § 10. Darin geht es um die Entschädigung der Regierungsmitglieder für Reisekosten.

Mit der Änderung des § 18 werden schließlich die für ehemalige Mitglieder der Landesregierung und ihre Hinterbliebenen bestehenden Regelungen über die Anrechnung von Einkünften ergänzt.

Ich gebe den gesamten Bericht zu Protokoll und bitte Sie im Namen des Ausschusses, der Beschlussempfehlung zu zustimmen.

(Beifall)

(Zu Protokoll:)

In der Drucksache 2078 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Diese Empfehlung ist sowohl im federführenden als auch im mitberatenden Ausschuss jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen worden.

Die Fraktionen sind sich über das Grundanliegen des Gesetzentwurfs einig. Gestatten Sie mir bitte trotzdem, Ihnen die vorgesehenen Änderungen kurz zu erläutern.

Der Gesetzentwurf umfasst im Wesentlichen vier Regelungsgegenstände. So wird durch eine Änderung des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes klargestellt, dass Regierungsmitglieder, die im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit dem Vorstand, Aufsichtsrat, Beirat oder einem vergleichbaren Organ oder Gremium eines Unternehmens angehören, unverzüglich die dafür gezahlten Vergütungen an das Land abzuführen haben, soweit sie 10.800 DM im Jahr übersteigen.

Als neue Regelung wird dem § 5 ein Absatz 4 angefügt, in dem Regierungsmitgliedern die Annahme von Belohnungen und Geschenken, die sie mit Bezug auf ihr Amt erhalten, grundsätzlich untersagt wird. Ausnahmen hiervon kann nur die Landesregierung selbst oder mit ihrer Ermächtigung die Staatskanzlei zulassen. Es ist vorgesehen, die für die Landesbeamten geltenden Regelungen über die Annahme von Geschenken ihrem wesentlichen Inhalt nach für anwendbar zu erklären, und dabei die Entgegennahme von Geschenken, die nach den Regeln des gesellschaftlichen Verkehrs oder der Höflichkeit nicht abgelehnt werden können, zu ermöglichen.

Mit der Neufassung des § 10 wird zum einen die Entschädigung der Regierungsmitglieder für Reisekosten, die im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit entstehen, durch eine grundsätzliche Übernahme der für die Landesbeamten geltenden Regelungen neu geordnet. Die in diesem Zusammenhang notwendige Abgrenzung der amtlichen Tätigkeit von solcher für Parteien oder auch rein privaten Betätigungen soll in Verwaltungsvorschriften vorgenommen werden. Jedoch ist schon im Gesetz festgehalten, dass für Reisen als Vertreter eines Unternehmens von Seiten des Landes keine Reisekosten übernommen werden. Im Rahmen der Neufassung des § 10 werden weiter die praktisch bedeutungslosen Bestimmungen über Amtswohnungen der Regierungsmitglieder aufgehoben.

Mit der Änderung des § 18 werden schließlich die für ehemalige Mitglieder der Landesregierung und ihre Hinterbliebenen bestehenden Regelungen über die Anrechnung von Einkünften ergänzt. Zukünftig findet eine Anrechnung auch dann statt, wenn Ruhegehalts- oder Hinterbliebenenversorgungsbezüge mit Einkünften zusammentreffen, die außerhalb des öffentlichen Dienstes erzielt worden sind. Ebenso sind zukünftig Abfindungen auf das Übergangsgeld anzurechnen. Allgemein wird hier eine Angleichung an die für Beamte geltenden Vorschriften angestrebt. Durch die Einführung einer siebenjährigen Übergangsfrist für die Anrechnung von außerhalb des öffentlichen Dienstes erzieltm Einkommen auf Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgungsbezüge bleiben dabei die Interessen derjenigen, die schon vor Inkrafttreten des Gesetzes derartige Bezüge neben einem Einkommen von außerhalb des öffentlichen Dienstes beziehen, gewahrt.

Die Landesregierung hat im Übrigen angekündigt, Detailfragen der angesprochenen Regelungen

durch Verwaltungsvorschriften, in ihrer Geschäftsordnung oder durch Beschlüsse näher und ergänzend zu regeln.

Von der Aufnahme weiterer Regelungen über die Tätigkeit der Regierungsmitglieder, wie sie in anderem Zusammenhang diskutiert wurden, wie z. B. die Einführung einer Unvereinbarkeit von Regierungamt und kommunalem Mandat oder von weitgehenden Offenlegungspflichten der Regierungsmitglieder, hat der Ausschuss abgesehen. Die beschlossenen Regelungen erscheinen seiner Mehrheit zunächst ausreichend, um in der Vergangenheit aufgetretene Missstände zu bewältigen.

Namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen bitte ich Sie, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 2078 zuzustimmen.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Berichterstatter zu Punkt 9 ist der Kollege Ontijd. Bitte schön!

Ontijd (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Bericht schließt an die Ausführungen an, die der Kollege Schlüterbusch Ihnen soeben namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in Bezug auf den Entwurf zur Änderung des Ministergesetzes vorgetragen hat.

Bekanntlich hat die Landesregierung mit diesem Entwurf die aus ihrer Sicht - und wie die Berichterstatter soeben verdeutlicht hat, mit Zustimmung der Fraktionen der SPD und der CDU - erforderlichen Schlussfolgerungen aus den Umständen des Rücktritts des früheren Ministerpräsidenten Glogowski gezogen. Da dem jetzt zur Abstimmung anstehende Entschließungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Kern dasselbe Ziel verfolgt, hat der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen die Beratungen dieser Punkte miteinander verbunden. Deshalb gelten die zum Ministergesetz vorgetragenen Erwägungen des Ausschusses selbstverständlich auch insoweit.

So ist zu der in Nr. 1 des Antrages enthaltenen Forderung, eine Unvereinbarkeit zwischen Minister- oder Staatssekretärsamt und einem kommunalen Mandat zu postulieren, bereits das Erforderliche gesagt worden.

Ebenso ist in den Ausschussberatungen klar geworden, dass ein Bedarf an derart einschränkenden Regelungen in Bezug auf die Annahme von Geschenken und die Durchführung von Flugreisen, wie sie die Nr. 2 des Entschließungsantrages fordert, mehrheitlich nicht gesehen wird.

Gezeigt hat sich auch, dass die Forderung der Grünen, den Mitgliedern der Landesregierung dieselbe Offenlegungspflicht für Einkünfte aufzuerlegen, wie dies mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes auch für Mitglieder des Landtages verlangt wird - Frau Kollegin Schuster-Barkau wird dazu gleich weitere Ausführungen machen -, weder im Ausschuss eine Mehrheit gefunden hat noch auf einhellige Zustimmung in der Sachverständigenanhörung gestoßen ist.

Schließlich hält die Ausschussmehrheit die von der Landesregierung selbst beabsichtigten Restriktionen bei der Zulassung von Mitgliedschaften in Aufsichtsräten für ausreichend. Die in der Nr. 4 des Entschließungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geforderten weitergehenden Einschränkungen sind deshalb ebenfalls auf Ablehnung gestoßen.

Dies zusammengenommen, meine Damen und Herren, hat den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen bewogen, die Ablehnung des Antrages der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu empfehlen. Dieser Empfehlungen sind die mitberatenden Ausschüsse beigetreten.

Namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen darf ich Sie deshalb bitten, seiner Beschlussempfehlung zu folgen und den Antrag der Fraktion der Grünen abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat der Kollege Schröder. Bitte schön!

Schröder (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den ersten Dementis bis kurz vor dem Amtseid heute Mittag: Diese Kabinettsumbildung war weiß Gott kein Glanzstück. Aber immerhin hat Ministerpräsident Gabriel damit eine alte grüne Forderung verwirklicht, nämlich die Trennung von

Regierungsamt und Abgeordnetenmandat. Ich fürchte nur, das geschah mangels Masse und mangels Klasse in der SPD-Fraktion; denn sonst hätte er das ja in das Ministergesetz aufgenommen und als großen Erfolg gefeiert. Aber auch sonst, meine Damen und Herren, ist dieses Gesetz kein großer Wurf, trotz allen Geredes um einen neuen Ehrenkodex für Politiker.

Warum eigentlich müssen Landespolitiker überhaupt in Aufsichtsräten sitzen? Auf Bundesebene - bei der Bahn, bei der Post - werden Sie keinen einzigen Minister in einem Aufsichtsrat finden. Warum eigentlich dürfen sich diese Minister, wenn sie denn schon im Interesse eines Landes ein Aufsichtsratsmandat wahrnehmen, dafür mehr als 10.000 DM in die eigene Tasche stecken und liefern nicht, wie ihre bayerischen Kollegen, alles für gute Zwecke ab? Und warum eigentlich müssen wir ein Gesetz ändern, in dem wir vorschreiben, dass ein Mitglied der Landesregierung pünktlich zu zahlen hat?

Meine Damen und Herren, es gibt aber auch einige positive Elemente in dem Gesetzentwurf der Landesregierung, z. B. zur Annahme von Geschenken oder auch die Reisekostenregelungen.

Unsere Ablehnung stützt sich im Wesentlichen auf zwei Gründe:

Erstens halten wir als Konsequenz aus den diskutierten Fehlern des früheren Ministerpräsidenten nach wie vor eine Unvereinbarkeit von Ministeramt und kommunalem Mandat unbedingt für erforderlich. Bei der Anhörung haben uns praktisch alle Sachverständigen in diesem Punkt bestätigt und die Auffassung vertreten, dass dies ein richtiger und wichtiger Schritt ist, dem Verdacht unsauberer Interessenverquickung vorzubeugen.

Warum machen wir eigentlich Anhörungen, wenn das Ergebnis von Ihnen ohnehin nicht zur Kenntnis genommen wird? Die SPD-Fraktion lehnt nach meinem Eindruck die Forderung hauptsächlich deswegen ab, weil der Kollege Senff im Stadtrat von Hann. Münden bleiben will - bei seinem Ministerium kann ich es mir noch am ehesten vorstellen, dass er da nicht unter Arbeitsüberlastung leidet - und weil der Kollege Oppermann, wie man hört, demnächst in den Stadtrat von Göttingen einziehen möchte.

Der zweite Grund für unsere Ablehnung ist die verpasste Chance bei der Anrechnungsregelung für die Alterspensionen. Vorweg: Das Amtsgeld

eines Ministers ist angemessen. Wer einen Milliardenetat verantwortet, sollte ruhig so viel bekommen wie der Vorstand einer größeren Sparkasse.

Das eigentliche Problem bei den Ministerbezügen ist der Wust von Nebeneinkünften, die im Kleingedruckten geregelt sind, in einem Dschungel, den niemand verstehen kann und den wohl auch niemand verstehen soll. Einen kleinen Eindruck haben wir heute Morgen im Zusammenhang mit der Geschäftsordnungsdebatte bekommen.

Die Sachverständigenkommission unter Roland Berger hat errechnet, dass das Amtsgeld nur die Hälfte des wirklichen Einkommens ausmacht. Herr Berger hat deshalb vorgeschlagen, einem Landesminister jährlich 0,5 Millionen DM zu zahlen, weil dies unter Hinzurechnung aller geldwerten Vorteile eine kostenneutrale, aber wesentlich transparentere Regelung ist.

Nehmen wir einmal Frau Trauernicht, Frau Knorre und Herrn Pfeiffer, die heute Morgen vor diesem Haus ihren Amtseid abgelegt haben. Ihnen steht nach vier Jahren eine Pension von 29 % des aktuellen Amtsgelds zu. Das sind 6.141 DM monatlich, zahlbar ab dem 55. Lebensjahr. Selbst wer 40 Jahre lang als Angestellter sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, wird diese Monatsrente nicht erreichen, und der muss auch noch zehn Jahre länger arbeiten, um seine Altersrente überhaupt zu erhalten.

Wir haben bereits vor drei Jahren verlangt, die Altersgrenze - - -

(Eveslage [CDU]: Wie ist das denn bei der Kreissparkasse, die Sie vorhin zitiert haben?)

- Ich glaube nicht, Herr Kollege, dass die sparkassenrechtlichen Regelungen mit den Regelungen über die Ministerbezüge vergleichbar sind. - Wir haben jedenfalls schon vor drei Jahren verlangt, die Ministerpensionen vom 55. auf das 60. Lebensjahr zu verschieben, und sind dabei an der SPD gescheitert.

Außerdem, meine Damen und Herren, können unsere fröhlichen Frühpensionäre zwischen ihrem 55. und ihrem 65. Lebensjahr monatlich 15.000 DM hinzuverdienen, ohne dass ihre Pension von mehr als 6.000 DM gekürzt wird. Eine Kürzung erfolgt nämlich erst dann, wenn die Summe aus Pension und privaten Einkünften höher ist als das Gehalt als aktiver Minister. Private

Erwerbseinkünfte sollten daher - wir finden den Vorschlag des Bundes der Steuerzahler sehr sinnvoll, Herr Kollege Eveslage - mindestens zur Hälfte angerechnet werden.

Im Februar des Jahres sagte Ministerpräsident Gabriel: Bei vielen Menschen ist der Eindruck entstanden, Parteien und Politiker hätten sich in weiten Bereichen den demokratischen Staat zu Eigen gemacht, statt ihm zu dienen. - Herr Gabriel, diese üppige Ministerversorgung ist kein Beitrag dazu, diesem Eindruck entgegenzuwirken. Es kommt darauf an, nicht nur mutig zu reden, sondern auch mutig zu handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Debatte. Wir kommen zur Abstimmung.

(Zuruf von der CDU: Was?)

- Hier liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich habe die Debatte geschlossen, und damit ist sie geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

(Frau Hansen [CDU]: Er hat doch abgegeben! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Mir liegen hier keine Wortmeldungszettel mehr vor. Die Debatte ist geschlossen. Jetzt geht es zur Abstimmung. Bitte nehmen Sie Platz!

(Zuruf von Frau Körtner [CDU])

- Es tut mir Leid. Ich habe die Debatte schon geschlossen. Damit ist die Debatte geschlossen. Bitte nehmen Sie Platz!

(Zuruf von der CDU: Das darf nicht wahr sein!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf.

(Stratmann [CDU] - zum Präsidium gehend -: Ich habe doch meinen Zettel - - - Gegenruf von Plaue [SPD]: Setz dich hin!)

Ich rufe auf:

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Artikel 3. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung, meine Damen und Herren. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich, sich jetzt zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 2079 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1395 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1394 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/2080

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, kann etwas mehr Ruhe eingehalten werden?

Der Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1394 - - -

(Anhaltende Unruhe)

- Können auch die Unterhaltungen an der Regierungsbank, für die ich ja Verständnis habe, eingestellt werden? - Der Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1394 wurde in der 44. Sitzung am 16. Februar 2000 an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zur federführenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatteerin ist die Kollegin Frau Schuster-Barkau. Bitte schön!

Schuster-Barkau (SPD), Berichterstatterin:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Drucksache 2080 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Diese Empfehlung ist sowohl im federführenden als auch im mitberatenden Ausschuss jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU beschlossen worden. Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in beiden Ausschüssen für die Annahme des Gesetzentwurfs gestimmt.

Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben verschiedene jüngste Vorkommnisse auf der Landes- wie auch auf der Bundesebene das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Amtsführung der Träger öffentlicher Ämter und Funktionen und in ihre Verpflichtung zu einer nur am Wohl des Landes orientierten Tätigkeit erschüttert. Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, dieses Vertrauen, jedenfalls soweit es die Lauterkeit der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages betrifft, wieder zu stärken.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb sollen die Abgeordneten jährlich Art, Höhe und Herkunft ihrer Einkünfte aus selbständigen oder unselbständigen Tätigkeiten oder aus dem Betrieb eines Gewerbes sowie die ihnen persönlich zugewendeten Spenden anzeigen. Der Gesetzentwurf sieht weiter verfahrensmäßige Vorkehrungen vor, die der Publikation dieser Angaben dienen. Schließlich ist ein Verfahren vorgesehen, in dem die Abgeordneten geltend machen können, dass ein berechtigtes Interesse der Veröffentlichung ihrer Einkünfte entgegsteht.

(Unruhe)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat u. a. zu den durch diesen Gesetzentwurf berührten Fragen die früheren Landtagspräsidenten Blanke und Milde, den früheren Präsidenten des Landesrechnungshofs, Herbst, den Landesbeauftragten für den Datenschutz, Nedden, sowie die Professoren Dr. Scheuch und Dr. Nassmacher angehört. Das Ergebnis dieser Anhörung hat die mit dem Gesetzentwurf befassten Ausschüsse in ihrer weit überwiegenden Mehrheit darin bestärkt, dass über die nach dem niedersächsischen Abgeordnetenrecht bereits vorhandenen Verhaltensregeln und Offenbarungspflichten für Abgeordnete

hinaus keine weiteren Verhaltensregeln oder Offenbarungspflichten vorgesehen werden sollten.

(Unruhe)

Die angehörten Sachverständigen haben zwar das Anliegen, mögliche finanzielle Bindungen der Abgeordneten an Dritte noch transparenter zu machen, zum Teil begrüßt. Sie haben aber zugleich darauf hingewiesen, dass auch durch noch so perfektionierte gesetzliche Verhaltens- und Transparenzregeln das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Abgeordneten und Inhaber politischer Ämter nicht ohne weiteres vergrößert werde, dass dieses Vertrauen vielmehr vom politischen Auftreten der Abgeordneten selbst abhängt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Auffassung teilt die weit überwiegende Mehrheit in den Ausschüssen. Bei den angehörten Sachverständigen wie auch bei der weit überwiegenden Mehrheit der Ausschüsse bestand auch Einigkeit darüber, dass Abgeordnete - anders als z. B. Regierungsmitglieder, die als solche stets die Interessen des ganzen Landes wahren müssen - Vertreter von Interessen, z. B. der ihres Wahlkreises, sein dürfen.

(Zuruf von Schirmbeck [CDU])

Nicht nur die weit überwiegende Mehrheit in den Ausschüssen, sondern auch die angehörten Sachverständigen haben im Übrigen erhebliche Bedenken gegen eine umfassende Verpflichtung der Abgeordneten zur Offenlegung aller Einkünfte neben ihrer Abgeordnetenentschädigung gehabt.

Zum einen - ich komme gleich zum Schluss - könne sie Personen, die weiterhin einem Beruf nachgehen wollten, von einer Kandidatur abhalten, da viele eine vollständige Offenlegung ihrer privaten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht akzeptierten. Insoweit bestehe die Gefahr, dass sich insbesondere freiberuflich oder selbständig Tätige nicht um ein politisches Mandat bewerben würden und eine weitere unerwünschte „Verbeamtung“ des Parlaments gefördert werde. Zum anderen könnten Standesrecht oder die Interessen Dritter verletzt werden, wenn die Dritten und ihre Verhältnisse - wie es für die Offenbarung von Interessenverknüpfungen wohl notwendig wäre - als Quelle der Abgeordneteneinkünfte genannt werden müssten.

Namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen bitte ich Sie daher, dieser Beschlussempfehlung in der Drucksache 2080 zuzustimmen.

(Zustimmung von Dr. Domröse
[SPD])

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat jetzt der Herr Kollege Dr. Biester.

Dr. Biester (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf erklärt sich eigentlich aus der Zeit seiner Entstehung. Ich will sie einmal so bezeichnen: die Post-Glogowski-Zeit. - Wir haben darüber diskutiert, welche Verfehlungen von dem früheren Ministerpräsidenten begangen wurden. Es war ein Rücktritt erfolgt. Es war ein Untersuchungsausschuss eingerichtet worden. Das ganze Maß dessen, was da geschehen war und was sich in der Begründung des Entwurfs mit der Vokabel „Verfälschung“ wiederfindet, war zutage getreten. In der Situation haben die Grünen gemeint, dieses Thema auch politisch aufarbeiten zu sollen und über die bereits bestehenden Regelungen dazu, was ein Abgeordneter anzuzeigen hat und was nicht, hinaus neue Regelungen schaffen zu sollen, eine Verschärfung herbeiführen zu sollen in der Frage, was anzeigespflichtig sein soll und was nicht.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz bewusst, vielleicht auch gerade als Jurist: Es gibt Dinge, die man gesetzlich nicht regeln kann. Sie können Netze manchmal nicht so feingesetzlich weben, wie das erforderlich wäre, um das, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf erreichen wollen, auch tatsächlich zu regeln.

Ich sage ein Weiteres ganz bewusst: Es gibt aus meiner Sicht auch Dinge, die man gesetzlich nicht regeln sollte.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf machen Sie praktisch eine Ausnahme zur Regel.

(Unruhe)

Sie unterstellen im Ergebnis, dass jeder Abgeordnete latent gefährdet ist, hier Fehler zu begehen. Sie unterstellen praktisch indirekt, dass ein Wertekodex bei den Abgeordneten nicht oder nicht mehr vorhanden ist. Das ist schlicht und ergreifend falsch. Ich glaube, dass jeder von uns, der hier im

Niedersächsischen Landtag sitzt, auch ohne diesen Gesetzentwurf ganz genau weiß, was er als Politiker an eigenem Tun verantworten kann und was er nicht verantworten kann. Wer diese Einsicht nicht hat oder wem diese Einsicht im Verlaufe eines Mandats verloren gegangen ist, den holt die Wirklichkeit - das haben wir in mehreren Fällen gesehen - sehr schnell ein. Unser demokratisches System hat Vorkehrungen, um hier selbstheilend zu wirken. Auch die Presse ist in dem Zusammenhang als Regulierungsorgan ausdrücklich zu erwähnen.

Es ist bereits von der Berichterstatterin gesagt worden, welche Wirkungen ein solcher Gesetzentwurf haben könnte. Es wird jetzt schon häufig darüber geklagt, dass es viele Abgeordnete in diesem Parlament gibt, denen es relativ leicht fällt, aus einem Beruf heraus in die Politik zu gehen, weil sie eine sichere Rückkehrmöglichkeit haben, z. B. öffentlicher Dienst, Funktionär in einer Partei oder in einer Gewerkschaft. Wir wissen aber ganz genau, dass es auch viele gibt, die nicht die Sicherheit haben, zurückzukehren, z. B. selbständig Tätige, freiberuflich Tätige. Diese haben erhebliche Probleme, sich vor dem Hintergrund der damit verbundenen wirtschaftlichen Unsicherheiten um ein politisches Mandat zu bemühen. Wenn Sie jetzt diesem Personenkreis auch noch auferlegen wollen, alle Einkünfte, egal aus welchen Quellen, hier offenzulegen und anzuzeigen und diese dann in Drucksachen veröffentlichen wollen, dann ist das für diesen Personenkreis ein weiteres Argument dafür, sich sehr genau zu überlegen, ob sie ein Mandat anstreben sollen oder nicht. Das wird zu weiteren Veränderungen in der Zusammensetzung eines Parlamentes führen, was wir nicht für gut halten.

Sie begründen das mit zwei Argumenten, die wir beide für falsch halten. Sie sagen zum einen: Wenn sie uns die anderen Einnahmen anzeigen, dann wird eine eventuelle Mehrbelastung offenkundig. Unserer Meinung nach sollte jeder Abgeordnete für sich entscheiden, ob er sich mehrfach belasten will oder nicht. Sie führen aus, dass das politische Mandat darunter leiden könnte. Ich sage Ihnen: Ein Abgeordneter, der sein politisches Mandat nicht mehr ordnungsgemäß ausübt, weil er darüber hinaus andere Dinge tut, wird sehr schnell von der Wirklichkeit eingeholt und mit seinem eigenen Ortsverband bei der Aufstellung für die nächste Wahl erhebliche Probleme haben. Auch das ist durch das System selbstheilend geregelt.

Zum anderen sprechen Sie in Ihrer Begründung das so genannte arbeitslose Einkommen an. Das ist ein sehr gefährlicher Begriff, weil er fast die Tendenz hin zu einem Bestechungstatbestand hat. Sie wollen dieses arbeitslose Einkommen mit Anzeigepflichten und Veröffentlichungspflichten aufdecken. Das ist schlicht falsch. Das können Sie gar nicht. Wenn Sie einen Freiberufler, einen Selbständigen zwingen, zu sagen „Ich verdiene jährlich den Betrag X aus meiner Praxis, die ich noch habe“, dann wissen Sie nicht, ob das arbeitslose Einkommen ist oder ob das mit Arbeit verbunden war. Wenn Sie das wissen wollen, dann müssen Sie sagen: Sagen Sie mir, von wem Sie für welches Mandat welches Geld bekommen haben. - Nur dann können Sie feststellen, woher der Geldfluss kommt. Aber auch dann können Sie immer noch nicht kontrollieren, ob es ein arbeitsloses Einkommen oder ein anderes Einkommen ist. Denn dann müssten Sie in jedem Einzelfall prüfen, ob diesem Entgelt, das gezahlt worden ist, eine entsprechende Arbeitsleistung entgegensteht. Das ist unsinnig, unmöglich, und es ist, wie ich versucht habe, für meine Fraktion klarzumachen, nicht erforderlich, in einer solchen Form einzuwirken.

Ich möchte zusammenfassen: Wir halten den Gesetzesvorschlag für ungeeignet, das von den Grünen erstrebte Ziel zu erreichen. Wir halten ihn auch für nicht erforderlich, weil wir meinen, dass das System, so wie es besteht, und zwar mit den Anzeigepflichten, ausreichend ist. Wir vertrauen darauf - ich meine, das sind wir alle unserem Berufsstand schuldig -, dass jeder von uns in diesem Hause weiß, was er zu tun und zu lassen hat.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat der Kollege Schröder.

Schröder (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Biester, es war eine überraschende Kehrtwende, die Sie und Ihre Kollegen aus der CDU-Fraktion, aber auch aus der SPD-Fraktion innerhalb eines halben Jahres vollzogen haben. Ich will einmal ein wenig in der Zeit zurückgehen.

Es gab einmal einen tüchtigen SPD-Landtagsabgeordneten, der als junger Wilder und als Querdenker galt, weil er sich nicht scheute, Besitzstän-

de und andere heilige Kühe infrage zu stellen. Mit anderen jungen Wilden schrieb er ein Papier, wonach es mitunter notwendig sei, auch einmal ins eigene Fleisch zu schneiden. Gemeint war damit, Eigeninteressen zurückzustellen, damit Politik glaubwürdig ist. Einem Redakteur der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" diktierte er in die Feder, er sei durchaus dafür, dass alle Parlamentarier ihre Nebenbeschäftigungen ebenso wie Aufsichtsratsmandate angeben und sagen, wie viel Geld sie dafür bekommen.

Das ist gerade 14 Monate her. Der weitere Verlauf ist bekannt. Ich kann es mir wohl ersparen, dazu weitere Ausführungen zu machen. Unser junger Wilder wurde ein immer gefragterer Gesprächspartner in unzähligen Talkshows und Interviews zu der Frage, wie Politik verlorenes Vertrauen zurückgewinnen kann, wie das Vertrauen in die Interessenneutralität, in ein sachgerechtes Agieren der Politik wiedergewonnen werden kann, wie man Interessenverflechtungen und einer Vermischung privater und amtlicher Belange entgegenwirken kann. Eine der gängigen Antworten auf diese Fragen war: Mehr Transparenz schafft Vertrauen.

Im Februar haben wir gewissermaßen als Schnelltest diesen Gesetzentwurf vorgelegt, und die Haltung der beiden großen Fraktionen dazu war geradezu erwartungsgemäß. Es wurde nämlich auf beiden Seiten des Hauses gesagt: Im Prinzip wollen wir das, wir finden das richtig, aber der Datenschutz lässt das leider nicht zu. Die Grünen haben unter anderem dafür gesorgt, dass wir ein starkes und strenges Datenschutzrecht haben. Deshalb geht das nicht. - Der Kollege Wulff erklärte z. B. am 16. Februar: Ich bin für Transparenz über Politikereinkünfte. Er warnte aber davor, den Datenschutz zu übergehen. Auch der Kollege Plaue sagte, er habe überhaupt keine Probleme mit einer Offenlegung der Art und der Herkunft von Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Tätigkeit, um dann - das ist die eigenartige Art, in der Herr Plaue argumentiert - zu dem Problem zu kommen, das bei Freiberuflern die Grenzen vielleicht zu eng gesteckt sind und eine großzügige Offenlegung notwendig wäre.

Im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen gab es eine Anhörung, in der der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Herr Nedden, unseren Gesetzentwurf kurz und klar für datenschutzkompatibel erklärt hat. Ich möchte zitieren, was Herr Nedden im Rahmen dieser öffentlichen Anhörung gesagt hat:

"Ich halte die vorgeschlagene Regelung in dem Entwurf der Grünen, um das Ergebnis vorwegzunehmen, im Wesentlichen für datenschutzkonform. Das mag Sie überraschen, aber nach meiner Auffassung sind die Grenzen, die hier sicherlich zu berücksichtigen sind, durch die vorgesehenen Regelungen eingehalten."

So weit, meine Damen und Herren, Herr Nedden. Was wird heute passieren? - Wir werden eine Wende um 180 Grad erleben. Wir haben das eben schon beim Kollegen Biester erlebt. Ich glaube, Frau Kollegin Bockmann wird sich ähnlich äußern. Die SPD hat nämlich gesagt: Es mag ja datenschutzrechtlich gehen, aber politisch wollen wir es nicht mehr. So viel zum Thema „mehr Politik wagen“. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Bockmann, Sie haben das Wort.

Frau Bockmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10 sind ja ineinander verzahnt.

(Schirmbeck [CDU]: Nein, nein, nein!
- Weitere Zurufe von der CDU)

Gestatten Sie mir deshalb einige grundsätzliche Anmerkungen.

(Schirmbeck [CDU]: Wenn Ihr euch nicht rechtzeitig meldet, dann dürft Ihr euch nicht wundern! - Beckmann [SPD]: Herr Präsident, was sagen Sie dazu?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren - - -

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, fahren Sie fort.

Frau Bockmann (SPD):

Es geht um Resultate aus der Anhörung. Lassen Sie mich bitte deshalb in diesem Zusammenhang einige Anmerkungen machen.

Erstens. Es ist hier der Eindruck erweckt worden, als habe bei dieser Anhörung eine große Einigkeit darüber geherrscht, dass es z. B. eine Unvereinbarkeit von Ministeramt und kommunalem Mandat gebe. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang den ehemaligen Präsidenten des Landesrechnungshofes, Herrn Heiner Herbst, zitieren, der zu dieser Problematik salopp sagte:

"Sie halten die Füße eher auf dem Boden,"

- also die Minister -

"wenn sie auch Erfahrungen auf der kommunalen Ebene sammeln konnten."

Der Politikwissenschaftler Prof. Naßmacher hat in diesem Zusammenhang ausgeführt:

"Ich bin für Grauzonen. Ich bin deswegen für Grauzonen, weil ich glaube, dass die Grauzonen Stellen sind, an denen die Presse ihr Skandalbedürfnis abarbeiten kann."

Das zur Einigkeit im Ausschuss.

Die zweite Forderung, Herr Kollege Schröder, war die, dass das Bundesgesetz auf das Landesgesetz übertragen werden solle, nämlich dass eine Unvereinbarkeit des kommunalen Mandates zur Ministerbene hergestellt werden solle. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, dass eine der Bundesregelung entsprechende Regelung bereits im Landesgesetz enthalten ist. Im Landesgesetz ist in § 5 Abs. 2 Satz 2 fixiert, dass Minister in dieser Funktion keine Ehrenämter wahrnehmen sollen. Insofern geht Ihre Argumentation ins Leere.

Der nächste Punkt, den der Herr Kollege Biester angesprochen hat - ich kann ihm nur zustimmen -, ist, dass der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes ungeeignet ist, Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen. Er kann Vertrauen deshalb nicht schaffen, weil er relativ undifferenziert ist und Spekulationen zulässt. Ich möchte dafür nur ein Beispiel geben.

In den Bericht sind nach dem Gesetzentwurf Spenden und Einkünfte nur dann aufzunehmen, wenn sie nach ihrer Höhe Hinweise auf für das Mandat bedeutsame Interessenverknüpfungen geben können. Unkonkreter und auslegungsbedürftiger geht es nun wirklich nicht, Herr Kollege Schröder; und das, obwohl gerade Sie als Grüne immer Entbüro-

kratisierung, Vereinfachung und Transparenz von Gesetzen fordern.

Woran - diese Frage möchte ich stellen - soll bitte eine Grenze hinsichtlich der Höhe von Einkünften festgemacht werden? Hinzu kommt: An welchen Maßstäben sollen diese Interessenverknüpfungen gemessen werden? Ab wann sollen solche Interessenverknüpfungen bedeutsam sein? - Dies alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Fragen, die deutlich machen, dass wir nicht alle Probleme gesetzlich regeln können; nicht durch gesetzlich festgeschriebene Regelungen und schon gar nicht in dieser schwammigen Form.

Bei dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes kann man sich auch des Eindrucks nicht erwehren, dass einige Abgeordnete gleicher sind als andere. Ich denke zum Beispiel an die Gruppe derjenigen, die im Gegensatz zu anderen auf ein Standesrecht zurückgreifen können.

Was wir brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Gesetz, in dem wir eine trennscharfe Definition haben. Das, was uns vorliegt, sind Beruhigungsspillen für die Bevölkerung, die im Endeffekt aber eines nicht bewirken werden, nämlich ein verstärktes Vertrauen in die Politik. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, auch dieses Mal liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Auch dieses Mal kann ich deshalb die Debatte schließen.

(Rolfes [CDU]: Soll ich einmal schauen, ob noch Zettel da liegen?)

- Mir hat kein Zettel vorgelegen. Im Übrigen möchte ich empfehlen, die Zettel einfach abzugeben. Dann liegen sie mir vor, und dann wird jeder aufgerufen, der sprechen will. So einfach ist das.

Wir kommen nun zur Abstimmung, meine Damen und Herren. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 2080 zustimmen will und damit den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1394 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegen-

probe! - Stimmenthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu dem letzten Tagesordnungspunkt für heute, nämlich zu

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, der Niedersächsischen Landkreisordnung und des Niedersächsischen Meldegesetzes - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs. 14/2090

Zu diesem Gesetzentwurf hat sich der Kollege Collmann zu Wort gemeldet.

Collmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Aufgabe einer NGO-Optimierung hat sich die SPD-Fraktion sehr intensiv auseinander gesetzt. In mehreren Anhörungen wurde eines nachhaltig deutlich: Wir haben zunächst den Müttern und Vätern der derzeit geltenden NGO bzw. NLO für deren Arbeit daran zu danken. Immer wieder wurde betont, dass sich NGO bzw. NLO bewährt habe. Also Ehre, wem Ehre gebührt, meine Damen und Herren! Gleichwohl war uns Optimierungsbedarf bekannt. Eine Reihe kleinerer Fehler, Mängel und Ungereimtheiten musste beseitigt werden. Beim Abschleifen von Kanten und beim Ausbügeln von Falten sollte es, meine sehr verehrten Damen und Herren, allerdings nicht bleiben. Eine bemerkenswerte Reihe von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen, die uns gemacht wurde, war abzuarbeiten.

Lassen Sie mich zunächst die ansprechen, denen wir mit der Vorlage unseres Novellierungsentwurfes nicht entsprechen möchten. Das sind erstens die Bildung von Einheitsgemeinden aus Samtgemeinden durch Mehrheitsbeschluss der Mitgliedsgemeinden - daran hindern uns verfassungsrechtliche Bedenken -, zweitens die Erhöhung der Fraktionsmindeststärke, drittens die Forderung nach Sitz und Stimme für Hauptverwaltungsbeamte der kreisangehörigen Kommunen in Kreisgremien, viertens die Streichung der Wählbarkeit kommunaler Mitarbeiter in den Rat ihrer Heimatkommunen, fünftens Vertretungsregelung für den Fall der

Verhinderung des Hauptverwaltungsbeamten bei Sitzungen des Verwaltungsausschusses bzw. des Kreisausschusses und sechstens die Erweiterung des § 108 NGO bezüglich der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Hierzu wurde uns deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die seitens der Städte vorgeschlagene Lösung aufgrund der Vorgaben des Artikels 28 des Grundgesetzes sowie des Artikels 57 der Niedersächsischen Verfassung verfassungsrechtlichen Bedenken nicht standhält. Auf den Punkt gebracht: Bestehendes Verfassungsrecht lässt sich eben nicht durch eine Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung abändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu den von uns vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen kommen.

Erstens. Wir schlagen vor, die ruhegehaltstfähige Dienstzeit von acht auf fünf Jahre zu senken. Das ist in acht weiteren Bundesländern bereits jetzt der Fall und macht Sinn. Die bisherige Nichtberücksichtigung einer Amtszeit als ruhegehaltstfähige Dienstzeit führte offenkundig zur Zurückhaltung bei Bewerbungen um frei werdende oder freie Stellen von Hauptverwaltungsbeamten. Die vorgeschlagenen Alternativen Erhöhung der Wahlzeit auf acht Jahre und Rückkehrrecht fanden nicht unsere Zustimmung.

Bei einer Erhöhung der Wahlzeit muss die Wahl des Hauptverwaltungsbeamten immer außerhalb der Kommunalwahlen stattfinden. Das schafft besondere Probleme, wie wir wissen. Ich will das nicht im Einzelnen auflisten. Ein generelles Rückkehrrecht schafft erstens zweierlei Recht - eines für Mitglieder des öffentlichen Dienstes, ein anderes für aus der freien Wirtschaft kommende Hauptverwaltungsbeamte - und belastet zweitens kleinere Kommunen, wie wir meinen, unbotmäßig. Soll etwa, so frage ich, eine kleinere Kommune eine in der Regel höherwertige Stelle fünf Jahre lang frei halten oder beispielsweise im Rahmen eines Zeitvertrages besetzen, weil der an anderer Stelle zum Hauptverwaltungsbeamten gewordene frühere Stelleninhaber wegen Nichtwiederwahl zurückkehren könnte?

Zweitens. Nach unseren Vorstellungen soll § 5 a NGO bzw. § 4 a NLO insoweit ergänzt werden, als die Kommunen künftig gehalten sein sollen, eine Stellvertreterin für die Frauenbeauftragte zu beauftragen, wenn die Frauenbeauftragte länger als sechs Wochen, z. B. durch Mutterschutzfristen, an

der Ausübung ihres Amtes verhindert ist. Diese Regelung erscheint uns insoweit rechtslogisch, als die Frauenbeauftragte laut unserer NLO bzw. NGO grundsätzlich zu berufen ist.

Drittens. Vor dem Hintergrund auch international wachsender Forderungen, Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker zu berücksichtigen, wollen wir mit unserem Entwurf erreichen, dass die Kommunen bei ihren Planungen und Vorhaben die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe künftig in angemessener Weise berücksichtigen. Die Art der Verfahren möchten wir den Kommunen allerdings nicht vorschreiben, meine Damen und Herren. Dass das nicht zu viel von den Kommunen verlangt ist, zeigt die bereits vielfach geübte kommunale Praxis, so z. B. in Wolfsburg. Wir sind überzeugt, dass diese Praxis dazu beiträgt, Kinder und Jugendliche in ihrem demokratischen Denken und Handeln voranzubringen.

Viertens. Ein häufiger zu beobachtendes Problem hat sich im Zusammenhang mit der Wahl von Zeitbeamten ergeben; festgemacht am so genannten Oldenburger Fall. Die besondere, ausdrücklich vom Gesetzgeber gewollte starke Stellung des Hauptverwaltungsbeamten auch in dieser Frage darf nicht zu Blockaden in der Verwaltungsarbeit führen. Deshalb: Schlägt der Hauptverwaltungsbeamte für eine frei gewordene Zeitbeamtenstelle keine Bewerberin bzw. keinen Bewerber vor, oder kommt es in der Frage der Ausschreibung nicht zum Einvernehmen, so soll künftig der Rat mit einer Dreiviertelmehrheit allein entscheiden. Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Quorum bewusst sehr hoch angesetzt. Wir meinen aber, dass dem Rat dieses Mittel in die Hand gegeben werden muss, wenn ein Einvernehmen absolut nicht mehr erreichbar ist.

Fünftens. Ungeregt ist bisher die Frage, wer im Fall der Verhinderung des Hauptverwaltungsbeamten den Rat bzw. den Kreistag oder den VA bzw. den KA einberuft. Wir wollen damit den ehrenamtlichen stellvertretenden Bürgermeister bzw. Landrat beauftragt wissen. Selbstverständlich soll dabei die allgemeine Vertreterin oder der allgemeine Vertreter verlangen können, dass ein bestimmter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wir haben uns für diese Regelung entschieden, weil der jeweilige Stellvertreter zu den von der Bevölkerung direkt Gewählten zählt und zudem eine hervorgehobene Stellung in der jeweiligen Gebietskörperschaft einnimmt.

Sechstens. Verschiedentlich wurde Klage darüber geführt, dass eine Kommune ein eingeleitetes Bürgerbegehren dadurch ad absurdum führte und es zum gewünschten Bürgerentscheid nicht mehr kam, weil die Kommune in der Zwischenzeit vollendete Tatsachen geschaffen hatte. Wir wollen, dass Bürgerbegehren durch solche Tricks - denn um die handelt es sich zweifelsfrei - künftig nicht unzulässig werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus der Vielzahl der mit diesem Entwurf vorgeschlagenen Änderungen habe ich nur die wesentlichen angesprochen. Die nicht erwähnten, wie auch die Änderung zum Meldegesetz, werden naturgemäß in den Ausschüssen erörtert werden. Den in Artikel 2 Punkt 20 c) eingebauten Schreibfehler bitten wir im Übrigen zu entschuldigen. Natürlich muss dort von der Landrätin bzw. dem Landrat die Rede sein.

Wir freuen uns auf sachgerechte Beratungen in den zuständigen Ausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat der Kollege Eveslage.

Eveslage (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, der heute von der SPD-Fraktion vorgelegt worden ist, war uns ja schon seit längerer Zeit und wiederholt angekündigt worden. Herr Collmann hat wiederholt mit unserer Fraktion Gespräche geführt, um schon im Vorfeld die Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem Gesetzentwurf zu bekommen.

In der Tat ist diese Reparaturnovelle zu den kommunalen Verfassungen unseres Landes in vielen Punkten längst überfällig. Wir haben die Änderungspunkte eben gehört; sie sind fast alle aufgezählt worden. Nicht zufällig hat uns und der interessierten Öffentlichkeit der für Kommunalangelegenheiten zuständige Abteilungsleiter des Innenministeriums über die Zeitschrift eines kommunalen Spitzenverbandes schon vor Wochen, wenn nicht vor Monaten mitgeteilt, was uns die SPD-Fraktion heute vorlegen wird.

Vieles von dem, was in den drei Gesetzen - NGO, NLO und Meldegesetz - nun verändert werden soll, findet unsere volle Zustimmung - das lassen Sie

mich einmal vorweg sagen -, weil es einfach Klarstellungen für kommunale Praxis beinhaltet oder Verbesserungen, wo es offensichtlich Mängel gibt.

Wir stimmen ausdrücklich zu, dass wir eine Vertretungsregelung in Bezug auf die kommunalen Frauenbeauftragten gebrauchen können. Wir stimmen zu beim Anerkennungsverfahren für Badeorte. Wir stimmen zu bei den Klarstellungen zu den Bürgerbegehren. Wir stimmen zu bei der Möglichkeit, künftig schriftliche Unterlagen wie Sitzungseinladungen auch auf elektronischem Wege übermitteln zu dürfen. Wir stimmen auch zu den Vertretungsregelungen für die Einladung zu den Ratsitzungen oder zu den Kreistagssitzungen. Ich will nicht alle diese Selbstverständlichkeiten weiter auflisten; Herr Collmann hat dazu schon einen Beitrag geleistet. Insofern hätte das Innenministerium diesen Teil seines Gesetzentwurfes auch über die CDU in den Landtag einbringen können.

Ich freue mich ausdrücklich - ich will das betonen -, dass die SPD mit einer Neuregelung endlich einem schon vor zwei Jahren von uns eingebrachten Vorschlag Folge leistet. Unsere Kollegin Astrid Vockert nämlich hat hier im Landtag wiederholt gefordert, Kinder und Jugendliche stärker in die kommunale Politik einzubeziehen.

(Zustimmung von Wulff (Osnabrück)
[CDU])

Der § 22 e zeigt nun eine wenn auch recht unverbindliche Regelung dafür auf. Dies ist ein ursprüngliches Anliegen der CDU in Niedersachsen. Kinder- und Jugendräte haben wir schon überwiegend in CDU-geführten Städten und Gemeinden, und diese belegen, dass uns die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen schon lange ein ernstes Anliegen ist, das wir bislang auch ohne ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung dazu in der Praxis umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt zu § 108 und § 109 der Gemeindeordnung. Ich bin der SPD-Fraktion eigentlich recht dankbar dafür, dass sie nicht von dem bewährten Örtlichkeitsprinzip abgewichen ist. Wir wissen ja, dass das im Vorfeld überlegt worden war. Ich kann nur davor warnen, dieses im Zuge der Ausschussberatungen doch noch in die Gemeindeordnung hineinzuschreiben. Ich warne davor, weil wir sehen, dass es in Nordrhein-Westfalen, wo diese Praxis sehr ausgeweitet worden ist, zu eindeutigen Missbräuchen kommt.

Wenn nämlich eine Stadt oder Gemeinde glaubt, sie könne ein wirtschaftliches Unternehmen im privaten Bereich besser als die zuständigen mittelständischen Unternehmen führen, die das als ihre ureigenste Aufgabe betrachten, dann ist diese Stadt oder Gemeinde auf dem Holzweg und darf dazu nicht eigens durch eine Gemeindeordnung ermächtigt werden. Kommunen sollen sich nur auf den Gebieten und in ihrem jeweiligen Gebiet wirtschaftlich betätigen, wo Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht anders oder besser wahrgenommen werden können. Ich verweise ausdrücklich auch auf die Diskussion um die öffentliche Daseinsvorsorge, die wir in der Europäischen Union führen. Wenn wir hier provozieren wollen, dass die Bundesrepublik Deutschland wegen Missbrauchs des Wettbewerbs vor den Europäischen Gerichtshof gezerrt wird, dann hätten wir eine wunderbare Gelegenheit dazu. Wir wollen das nicht.

Wir begrüßen allerdings die vorsichtige Auflockerung, dass kommunale Unternehmen nun auch als Eigenbetriebe oder in der Rechtsform privaten Rechts geführt werden können. Wir müssen insoweit die Entwicklung in Niedersachsen weiter abwarten und überlegen, ob wir in einigen Jahren zu weiter gehenden Änderungen kommen können.

Wir wollen den Ausschussberatungen hier heute nicht vorgreifen. Ich will Ihnen deshalb mindestens einen Punkt nennen - ich sage ausdrücklich „mindestens einen“ -, in dem wir dem SPD-Entwurf auf keinen Fall zustimmen werden. Die SPD will nämlich - das hat Herr Collmann als Erstes gesagt - mit dieser Reparaturnovelle zur NGO sozusagen auf dem Schleichweg die Versorgung der Hauptverwaltungsbeamten spürbar verbessern - nämlich derjenigen Hauptverwaltungsbeamten, die nach fünfjähriger Amtszeit nicht wiedergewählt werden. Bislang muss ein Beamter - auch ein kommunaler Wahlbeamter - acht Jahre im Dienst gewesen sein, bevor er Anspruch auf Pensionszahlungen aus öffentlichen Kassen erhält. Das gilt im Übrigen - daran darf ich erinnern - auch für Abgeordnete, für die wir diese acht Jahre gesetzlich festgeschrieben haben. Nun soll dieser Anspruch schon nach fünf Jahren rechtlich abgesichert werden. Das ist, Herr Collmann, wieder einmal ein dreister Griff in die Kassen der Kommunen, denn diese müssen zahlen, wenn der Landtag dieses Gesetz beschließt.

(Beifall bei der CDU)

Wer die Musik bestellt, soll sie bezahlen! Solange Sie sagen, dass es diese Regelung in acht Bundesländern schon gibt, müssen Sie sich auch vorhalten lassen, dass die kommunalen Kassen in allen anderen Bundesländern, nämlich in allen anderen 15, nicht so schlecht gestellt sind wie in Niedersachsen,

(Beifall bei der CDU)

und zwar deswegen nicht so schlecht gestellt sind, weil Niedersachsen das einzige Land ist, das die Kommunen finanziell so schlecht ausstattet, wie es sonst nirgends in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.

(Beifall bei der CDU) - Möhrmann [SPD]: Deshalb haben Sie ja auch keine Haushaltsanträge gestellt, Herr Kollege!

Nicht umsonst klagen quer durch alle Parteien und Mehrheiten in den kommunalen Vertretungen wieder zahlreiche Kommunen und Landkreise gegen das derzeit noch gültige Finanzausgleichsgesetz. Sie werden dazu im nächsten Frühjahr vom Staatsgerichtshof in Bückeburg die Quittung bekommen.

(Coenen [CDU]: Das ist die nackte Wahrheit!)

Es wird auch interessant sein, was der Bund der Steuerzahler zu diesen neuen Versorgungsregelungen für kommunale Hauptverwaltungsbeamte schon nach fünf Jahren Amtszeit sagen wird.

Wir sind dazu einer grundsätzlich anderen Meinung. Die CDU-Fraktion hat hier im Landtag schon häufig deutlich gemacht, dass wir die Amtszeit der kommunalen Hauptverwaltungsbeamten, der hauptberuflichen Bürgermeister und hauptberuflichen Landräte, nicht auf fünf Jahre begrenzt haben wollen, sondern wie in einigen anderen Ländern - dafür könnte ich auch Beispiele anführen - auf acht Jahre festsetzen möchten. Dann haben wir nämlich nicht das versorgungsrechtliche Problem in Bezug auf diese Leute. Wir machen dieses Amt aber auch für Leute aus der so genannten freien Wirtschaft viel attraktiver, wenn sie nämlich einen Gestaltungsspielraum von acht Jahren vor sich haben und nicht damit rechnen müssen, nach fünf Jahren wieder in die Wüste geschickt zu werden.

(Beifall bei der CDU - Wulff (Osna-brück) [CDU]: Mit dem Argument: Es kostet nichts!)

Wir machen dieses Amt auch attraktiver für alle anderen qualifizierten Bewerber, auch aus anderen „ganz normalen Berufen“.

Ich weiß - ich sehe hier bei der SPD-Fraktion Kopfnicken -, dass sich dieser Punkt auch bei Ihnen in der Diskussion befindet. Ich weiß natürlich, dass Sie einen Parteitagsbeschluss haben, diesen wie ein Schild vor sich hertragen und sagen: Unsere Partei hat beschlossen, wir dürfen nicht anders. - Wenn sich die SPD-Fraktion wirklich einmal intern ein Meinungsbild verschaffen würde, um Aufschluss darüber zu bekommen, welche Wünsche es in ihrer Partei insbesondere bei den Kommunalpolitikern gibt, dann könnte ich mir vorstellen, dass Sie unserem Vorschlag zustimmen können. Ich kann Ihnen sogar versprechen: Wenn Sie unserem Vorschlag zustimmen, haben wir überhaupt kein Problem, dieses Gesetz, das wir, wie ich schon gesagt habe, in vielen Punkten für notwendig und sinnvoll halten, in diesem Landtag einstimmig oder zumindest mit großer Mehrheit zu beschließen. Geben Sie sich einen Ruck. Stimmen Sie den acht Jahren zu. Sie haben dann viele Probleme gelöst und unsere Zustimmung gefunden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege Eveslage. - Das Wort erhält jetzt der Kollege Klein.

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen; denn ich habe den Eindruck, dass das Konfliktpotential dieses Gesetzesentwurfs auch bei allen Anstrengungen des Kollegen Eveslage doch nur sehr begrenzt ist. Deshalb möchte ich zu den einzelnen Dingen, die hier unter „Korrekturbedarf“ genannt worden sind, überhaupt nichts mehr sagen. Ich möchte betonen, dass wir es begrüßen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen inzwischen Eingang in diesen Gesetzesentwurf gefunden hat. Manchmal sind Parteitagsbeschlüsse in solchen Geschichten auch ganz gut und nützlich.

Von daher will ich jetzt nur ankündigen, dass wir sehr ernsthaft darauf achten werden, dass insbe-

sondere die Pflicht, hier eine über das übliche Maß hinaus gehende angemessene Beteiligung sicherzustellen, entsprechend nachvollzogen und bekannt gemacht wird. Ich sehe die Landesregierung hier durchaus in der Pflicht, einer solchen sicherlich guten Regelung durch entsprechende Kampagnen zum Durchbruch zu verhelfen. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, dass Konnexitätsprinzip zu beachten und vielleicht auch einmal eine Mark in die Hand zu nehmen, um hier ein bisschen weiter voranzukommen.

Auf keinen Fall aber dürfen wir sagen: Auf der einen Seite habt ihr ein bestimmtes Mitspracherecht. Dafür nehmen wir euch auf der anderen Seite - ich will jetzt nicht das Kindertagesstätten-gesetz ansprechen - ein bisschen Geld weg. Das wäre ein schlechtes Geschäft für die Jugendlichen. Das wollen wir auf keinen Fall.

Wir wollen noch für zwei oder drei Punkte Beratungsbedarf im Ausschuss anmelden. Dies gilt insbesondere auch für die geregelte Vertretung für die Frauenbeauftragte. Ich meine, wir hätten hier einen kleinen Schritt weitergehen und dies insbesondere im Bereich der ständigen Vertretung etwas verbindlicher regeln können, damit dort in Zukunft keine Unsicherheiten mehr entstehen und nicht wieder das Gezerre in den Kommunen selbst erforderlich wird.

Wo wir ein bisschen mehr oder überhaupt etwas erwartet hätten, ist der Bereich der Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerbegehren oder Bürgerentscheiden. Die jetzt getroffene Regelung, dass das Bürgerbegehren auch dann, wenn eine Gemeinde schon durch eigenes Handeln Tatsachen geschaffen hat, weiterlaufen kann, ist sicherlich sinnvoll. Das kann es aber nicht gewesen sein. Es gibt nämlich noch eine ganze Reihe weiterer Punkte, bei denen diese Verfahren zu bürokratisch sind und die Verfahrenshürden zu hoch angesetzt sind. Darüber sollten wir meiner Meinung nach noch einmal reden. Schließlich geht es darum, die Bürger zur Beteiligung zu ermutigen, nicht aber darum, sie durch Verwaltungsvorschriften und -hürden davon abzuhalten.

In diesem Zusammenhang werden wir sicherlich auch noch einmal über diejenigen Personengruppen sprechen müssen, die nicht die Möglichkeit haben, an Wahlen teilzunehmen. Ich denke hier insbesondere an das Problem der Ausländerbeiräte. Auch hier sollte man noch einmal überlegen, ob man dem Demokratiedanken auf der kommunala-

len Ebene nicht noch etwas weiter vorwärts helfen kann.

In Bezug auf die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden werden wir in der Ausschussarbeit sehr genau zu prüfen haben, ob die jetzt vorgeschlagenen Regelungen dazu führen, dass es - ich sage einmal - zu einer Chancengleichheit zwischen Kommunen und der privaten Wirtschaft kommt. Ich glaube nicht, dass es hier einer Regelung bedarf, die die Priorität der freien Wirtschaft nach ganz oben stellt, sondern hier sollte meiner Meinung nach eine Chancengleichheit für beide Bereiche angestrebt werden. In diesem Zusammenhang freue ich mich auf die Ausschussberatungen. - Danke sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Danke, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Debatte.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, diesen Gesetzentwurf zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für innere Verwaltung zu überweisen und folgende Ausschüsse mitberatend zu beteiligen: Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, Ausschuss für Jugend und Sport, Ausschuss für Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht, Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen. - Weitere Wünsche sehe ich nicht. Dann ist dies so beschlossen worden.

Ich darf mich herzlich für Ihre Mitarbeit bedanken und wünsche allen noch einen schönen Abend. Wir sehen uns wieder morgen früh um 9 Uhr. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 18.36 Uhr.